



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht Februar 2018



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwi.de

Redaktion

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Redaktionsteam „Schlaglichter der
Wirtschaftspolitik“

Gestaltung und Produktion

PRpetuum GmbH, München

Redaktionsschluss

7. Februar 2018

Druck

Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG, Frankfurt

Bildnachweis

Kick Images – Jupiter Images (Titel), BMWi/Susie Knoll (S.2),
BMWi (S. 5), BMWi (S. 6), LaymanZoom/istock (S. 9),
Markus Mainka/fotolia (S. 12), ollo/istock (S. 14),
Zapp2Photo/istock (S. 15), Jirapong Manustrong/istock (S. 16),
monkeybusinessimages/istock (S. 17), Petmal/istock (S. 18),
jotily/istock (S. 19), cinoby/istock (S. 21), Anzel/istock (S. 23),
Becker Marine Systems (S. 25), Briese Schifffahrts GmbH (S. 26),
Mlenny/istock (S. 27), imaginima/istock (S. 29), Zapp2photo/
istock (S. 30), xavierarnau/istock (S. 32), vege/fotolia (S. 33)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des
Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.
Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum
Verkauf bestimmt. Nicht zulässig ist die Verteilung
auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen
der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder
Aufkleben von Informationen oder Werbemitteln.



Das Bundesministerium für Wirtschaft und
Energie ist mit dem audit berufundfamilie® für
seine familienfreundliche Personalpolitik
ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von
der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der
Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.



Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwi.de

Zentraler Bestellservice:
Telefon: 030 182722721
Bestellfax: 030 18102722721

Inhalt

Editorial	2
I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen	4
Auf einen Blick	5
Überblick über die wirtschaftliche Lage	10
Jahreswirtschaftsbericht 2018: Wirtschaftlich gestärkt in die Zukunft	12
Maritime Energiewende gewinnt an Fahrt	21
Ist das Europäische Vertragsrecht fit für das digitale Zeitalter?	29
II. Wirtschaftliche Lage	35
Internationale Wirtschaftsentwicklung	36
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland	38
III. Übersichten und Grafiken	49
1. Gesamtwirtschaft	50
2. Produzierendes Gewerbe	58
3. Privater Konsum	66
4. Außenwirtschaft	68
5. Arbeitsmarkt	70
6. Preise	72
7. Monetäre Entwicklung	76
Erläuterungen zur Konjunkturanalyse	78
Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben	80

Editorial



Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Das Bruttoinlandsprodukt ist im vergangenen Jahr um 2,2 Prozent gestiegen. Die deutsche Wirtschaft wächst damit bereits das achte Jahr in Folge. Auf dem Arbeitsmarkt können wir mit 44,3 Millionen Erwerbstätigen einen neuen Rekord vermelden. Die Arbeitslosigkeit befindet sich auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Auch die Investitionstätigkeit der Unternehmen hat sich dank der anziehenden Weltwirtschaft spürbar belebt. Insgesamt hat der wirtschaftliche Aufschwung an Schwung und Breite gewonnen.

Und dieser Aufschwung wird sich weiter fortsetzen, da sind sich alle Experten einig. Die Bundesregierung hat im Rahmen des Jahreswirtschaftsberichts ihre neue Konjunkturprognose vorgelegt und rechnet für das laufende Jahr mit einem kräftigen Wirtschaftswachstum von 2,4 Prozent. Die Auftragsbücher sind voll, die Stimmung in den Unternehmen ist hervorragend und die Kauflaune der Deutschen bleibt ungebremsst. Der Arbeitsmarkt wird sich positiv weiterentwickeln und auch die Löhne dürften kräftig steigen. In einem Satz: Die Aussichten für die deutsche Wirtschaft sind so gut wie lange nicht.

Dies sind gute Voraussetzungen, um die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen. Dies betont auch der Titel des Jahreswirtschaftsberichts 2018: „Wirtschaftlich gestärkt in die Zukunft“. Gerade beim Thema Europa kann Deutschland dank seiner wirtschaftlichen Stärke wichtiger Impulsgeber sein. Doch dafür bedarf es starker Partner wie Frankreich. Seit der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags vor 55 Jahren hat die Bedeutung der deutsch-französischen Beziehungen als Motor für die wirtschaftliche Entwicklung und Integration ständig zugenommen. Wirtschaftlich ist Frankreich unser wichtigster Partner in der Europäischen Union. Gemeinsam wollen wir uns für mehr Wohlstand und mehr Arbeitsplätze einsetzen.

Dabei wird auch das Thema Digitalisierung eine zentrale Rolle spielen. Die Entwicklung in Deutschland geht bereits in die richtige Richtung. Vor Kurzem wurde der jüngste Digitalindex der Initiative D21 vorgestellt. Er misst seit vielen Jahren, wie die Bürgerinnen und Bürger mit dem digitalen Wandel Schritt halten. Der Index zeigt: Die Gesellschaft begegnet der Digitalisierung aufgeschlossener als noch vor einigen Jahren. Das Internet, soziale Medien, digitale Assistenten und Haushaltsroboter gehören mittlerweile für immer mehr Menschen zum Alltag. Dennoch gibt es in vielen Bereichen Luft nach oben. Beispielsweise verfügen nur 13 Prozent der Bevölkerung über Programmierkenntnisse. Hier müssen wir besser werden. Fortschritt benötigt digitale Kompetenz! Darüber hinaus braucht es einen Rechtsrahmen, der den Anforderungen der digitalen Welt gerecht wird. Was das für das europäische Vertragsrecht bedeutet, greift diese Ausgabe auf.

Im vorliegenden Heft finden Sie außerdem Beiträge über den aktuellen Jahreswirtschaftsbericht und die Jahresprojektion der Bundesregierung. Wir berichten zur Energiewende im Seeverkehr und darüber hinaus von den Ergebnissen der Konferenz „Deutschlands Rolle in der Globalisierung“, die am 9. Januar 2018 im BMWi stattgefunden hat. Wie immer geben wir einen Überblick über die aktuelle wirtschaftliche Lage.

Ich wünsche Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, viel Freude bei der Lektüre.



Brigitte Zypries

Bundesministerin für Wirtschaft und Energie

I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

Auf einen Blick

Konferenz „Deutschlands Rolle in der Globalisierung“



Dr. Philipp Steinberg, Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik, vertritt das BMWi auf der abschließenden Podiumsdiskussion.

Am 9. Januar 2018 fand im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie die Konferenz „Deutschlands Rolle in der Globalisierung“ statt, die gemeinsam vom Wirtschaftsministerium und dem Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE) organisiert wurde. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen die Herausforderungen, die sich aus der Globalisierung für die deutsche Wirtschaftspolitik ergeben.

Staatssekretär Matthias Machnig eröffnete die Konferenz. Er betonte die hohe Bedeutung des Außenhandels für die deutsche Wirtschaft. Deutsche Produkte erfreuten sich weltweit einer großen Nachfrage, gleichzeitig investierten ausländische Unternehmen umfangreich in Deutschland. Beides schaffe und sichere Arbeitsplätze im Inland. Deutsche Konsumenten profitierten von der Globalisierung durch eine größere und auch günstigere Produktauswahl. Die Globalisierung der Wirtschaftswelt sei somit ein Garant für Wachstum und Wohlstand in Deutschland. Machnig stellte jedoch zugleich fest, dass die Vorteile des internationalen Handels ungleich verteilt seien. Nicht jeder Einzelne werde durch die Globalisierung besser gestellt. Der damit verbundene beschleunigte technologische Wandel, die Konkurrenz durch importierte Produkte, mögliche Standortverlagerungen und Arbeitsplatzverluste könnten ganze

Berufsgruppen, Branchen und Regionen verunsichern. Die Bundesregierung habe den Anspruch, die Globalisierung proaktiv zu gestalten. Protektionistische Tendenzen lehnte Machnig ab. Stattdessen plädierte er für eine „soziale Globalisierung“: Wirkungsvolle Politiken für ein inklusives Wachstum könnten dafür sorgen, alle Menschen in einem sich wandelnden Umfeld mitzunehmen und ihnen neue wirtschaftliche Perspektiven zu eröffnen. Die Handels- und Investitionspolitik allein könne allerdings die Herausforderungen im In- und Ausland nicht bewältigen, vielmehr seien auch andere nationale Politikfelder mitzubedenken. Auch in der Entwicklungs-, Klima- und Umweltpolitik bedürfe es eines hohen Engagements der Bundesregierung und der internationalen Gemeinschaft.

Deutschland als Globalisierungsgewinner

Als erster Referent zeigte Gabriel Felbermayr (ifo Institut München) anhand eigener Studien die Vorteile der Globalisierung für Deutschland auf. Er machte diese an konkreten Beispielen fest: Rund 12 Millionen Arbeitsplätze seien direkt oder indirekt auf die deutsche Exporttätigkeit zurückzuführen. Verschiedene „Globalisierungsprämien“ ließen sich



nachweisen: Unternehmen, die im Außenhandel aktiv seien, zahlten beispielsweise höhere Löhne, böten sicherere Jobs und seien darüber hinaus innovativer als rein nationale Firmen. Die von Felbermayr konstatierte kontinuierliche Ausweitung von internationalen Handelsbarrieren (v.a. Anti-Dumping-Zölle) belaste daher den Wachstumsausblick für die deutsche Wirtschaft.

Lohnentwicklung als Ursache für Leistungsbilanzüberschuss?

Im zweiten Themenblock der Veranstaltung diskutierten Holger Schmieding (Berenberg Bank) und Gustav Horn (IMK Düsseldorf) über den deutschen Leistungsbilanzsaldo. Während Schmieding vor allem strukturelle Faktoren wie Demografie, Euro-Wechselkurs und Ölpreis als Ursachen des deutschen Überschusses anführte, verwies Horn auf die deutsche „Lohnzurückhaltung“ nach der Jahrtausendwende. Diese habe die Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone verstärkt. Horn stimmte jedoch zu, dass dieser Effekt nicht allein durch eine Gegenbewegung, d.h. durch zukünftige Lohnzuwächse, ausgeglichen werden könne. Schmieding und Horn zeigten sich einig, dass für eine Reduktion des Leistungsbilanzüberschusses auch fiskalpolitische Ausgaben, z.B. für die frühkindliche Bildung, die digitale Infrastruktur und die Integration von Geflüchteten, notwendig seien. Außerdem müssten Investitionshemm-

nisse reduziert werden, um die hohen privaten Ersparnisse abzubauen und die Nettoinvestitionstätigkeit in Deutschland zu beleben.

Fördert Globalisierung populistische Tendenzen in Europa?

Im dritten Themenblock hinterfragten Stefanie Walter (Universität Zürich), Dennis Novy (Universität Warwick) und Guntram Wolff (Bruegel, Brüssel), ob die Auswirkungen der Globalisierung auf Strukturwandel, Migration oder Ungleichheit zur Verbreitung populistischer Ansichten in Europa beigetragen hätten, und wie darauf politisch reagiert werden könnte. Walter stellte dar, dass Wähler populistischer Parteien meist eine überdurchschnittlich große Besorgnis vor Immigrationsbewegungen, der Automatisierung von Produktionsprozessen und dem gesellschaftlichen Wandel zeigten. Populistische Parteien würden typischerweise nicht nur von Personen gewählt, die einen gesellschaftlichen Abstieg konkret erlebten, sondern vielmehr von denen, die einen solchen fürchteten. Mit Blick auf das Brexit-Referendum bestätigte Novy diese Beobachtungen. In Großbritannien sei das Thema Immigration das dominierende Thema vor der Abstimmung und die Hauptmotivation für ein Brexit-Votum gewesen. Interessanterweise seien Befürchtungen negativer Auswirkungen von Immigration am höchsten in den Regionen, in denen kaum

Ausländer lebten. Wolff zog Parallelen zur deutschen Bundestagswahl. Auch hier sei das Wahlverhalten von Abstiegsängsten geprägt gewesen. Er zeigte auf, dass unterschiedliche Wahlergebnisse in Ost- und Westdeutschland auch mit unterschiedlichen sozioökonomischen Charakteristika wie Einkommen, Beschäftigungsstatus und Bildung in beiden Regionen einhergingen. In der deutschen Politik müsse dies größere Berücksichtigung finden. Einigkeit zwischen den drei Referenten bestand darin, dass das gesunkene Vertrauen in die EU gegenwärtig nicht durch eine bloße Ausweitung der EU-Kompetenzen geheilt werden könne. Stattdessen müssten die bisherigen Errungenschaften besser kommuniziert werden. Dazu zählten beispielsweise die Personenfreizügigkeit, eine günstigere und größere Produktvielfalt sowie Produktsicherheit durch Handelsabkommen und europäische Initiativen wie der Aktionsplan zur Besteuerung multinationaler Konzerne.

Podiumsdiskussion: Inklusives Wachstum essenziell

In der abschließenden Podiumsdiskussion wurden die politischen Handlungsimplicationen vertieft. Dazu begrüßte Moderator Jens Südekum (DICE) Peter Bofinger (Sachverständigenrat), Michael Hüther (IW Köln), Marion Jansen (International Trade Center Genf), Andreas Schaal (OECD) sowie Philipp Steinberg, Abteilungsleiter „Wirtschaftspolitik“ im BMWi. Letzterer sah unter anderem in der Regionalpolitik eine Möglichkeit, negative Effekte der Globalisierung abzufedern. Ziel sei es, die Regionen über Innovationsförderungen und Infrastrukturmaßnahmen zu Wirtschaftswachstum und Beschäftigung aus eigener Kraft heraus zu befähigen. Hüther betonte, dass ein Abstieg von Regionen schon früh vorhersehbar sei und eine Gegensteuerung daher ebenso frühzeitig ansetzen müsse. Zwischen den Diskutanten bestand Konsens, dass auch der Investitionspolitik der Bundesregierung eine entscheidende Rolle zukomme, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken. Dazu gehöre die Entlastung von Ländern und Kommunen bei deren Sozialausgaben. Einig waren die Panelteilnehmer auch, dass arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen, Migranten und Älteren entscheidend seien, um der Einkommensungleichheit zu begegnen und eine breite Teilhabe am Wirtschaftswachstum zu gewährleisten. Die Erwerbsintegration trage maßgeblich dazu bei, Abstiegsängste zu lindern, so Hüther. Bofinger ergänzte, dass auch die Steuerpolitik auf die Einkommensungleichheit einwirken könne. Eine zentrale Herausforderung bestehe darin, die Gewinne der Globalisierung gerechter zu verteilen.

Jansen und Schaal machten deutlich, dass Deutschland – trotz aller genannten Sorgen im Inland – im Ausland beinahe ausnahmslos als Globalisierungsgewinner angesehen werde. Es sei interessant, dass typisch „globale Produkte“ wie Smartphones von deutschen Konsumenten sehr geschätzt würden, der dahinter stehende Prozess der Globalisierung jedoch so viel Besorgnis hervorrufe. Die Politik sei gefordert, Befürchtungen aufzugreifen und Globalisierungsverlierer besser mitzunehmen. Dazu bedürfe es auch einer besseren Kommunikation der positiven Effekte der Globalisierung. Die EU und auch konkret Deutschland sollten ihr wirtschaftliches Gewicht besser nutzen, um weltweit ein inklusives Wachstum voranzubringen und protektionistischen Bestrebungen entgegenzutreten. Dabei gehe es auch um industrie- und sozialpolitische Standards. Bei der Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für grenzüberschreitende digitale Geschäftsmodelle sollte die EU ebenfalls eine aktive Rolle einnehmen. Das erste Digitalminister-Treffen der G20 unter deutscher Präsidentschaft im letzten Jahr wurde in diesem Zusammenhang als positives Beispiel hervorgehoben.

In seinem Schlusswort bekräftigte Philipp Steinberg die hohe Bedeutung der zuvor diskutierten Themenfelder in der täglichen Arbeit des Ministeriums. Die Diskussion bestätige die Ausrichtung der deutschen Wirtschaftspolitik auf offene Märkte und ein inklusiveres Wachstum.

Kontakt: Dr. Patrick Brämer
Referat: Internationale Wirtschafts- und
Währungsfragen

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Februar 2018

01.02.	Informeller WBF-Rat (Sofia, BGR)
06.02.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Dezember)
07.02.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Dezember)
14.02.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
19./20.02.	Eurogruppe/ECOFIN
26./27.02.	Informeller Rat für Auswärtige Beziehungen/Handel
Ende Februar 2018	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

März 2018

08.03.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Januar)
09.03.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Januar)
12./13.03.	WBF-Rat
12./13.03.	Eurogruppe/ECOFIN
14.03.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
22./23.03.	Europäischer Rat
Ende März 2018	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

April 2018

05.04.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Februar)
06.04.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Februar)
12.04.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
12.04.	Kohäsionsrat
19./20.04.	Informeller Energierat (Sofia, BGR)
27./28.04.	Informeller ECOFIN (Sofia, BGR)
Ende April 2018	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

In eigener Sache: Die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:

www.bmwi.de/abo-service



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:

www.bmwi.de/schlaglichter



Grafik des Monats

Der Bitcoin ...

... ist die bekannteste und, gemessen an der Marktkapitalisierung, größte unter den inzwischen rund 1.400 virtuellen Währungen. Im Verlauf des Jahres 2017 erlebte der Bitcoin einen rasanten Höhenflug, so stieg sein Kurs seit Januar von etwa 1.000 auf nahezu 20.000 US-Dollar Mitte Dezember. Zu Jahresende folgte dann ein massiver Kurseinbruch: Innerhalb weniger Wochen verlor der Bitcoin an verschiedenen Handelsplätzen über die Hälfte seines Wertes, aktuell notiert er bei unter 8.000 US-Dollar. Auch viele andere virtuelle Währungen haben stark an Wert verloren. Ein wesentlicher Grund für die aktuelle Kursentwicklung dürfte die Furcht vor einer verschärften Regulierung von Digitalwährungen sein. Zuletzt wurden insbesondere in Südkorea und China Stimmen laut, die Einschränkungen des Bitcoin-Handels forderten.

Entwicklung des Bitcoin-Kurses in Dollar vom 01.01.2017 bis zum 07.02.2018



Quelle: Macrobond Financial AB

Überblick über die wirtschaftliche Lage

- ▶ Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem kräftigen Aufschwung. Im Jahr 2017 nahm das Bruttoinlandsprodukt stärker zu als in den vorangegangenen Jahren.
- ▶ Auftragseingänge und Stimmungsindikatoren senden positive Signale für die Industrie. Nach einem schwächeren Ergebnis im Oktober zieht die Industrieproduktion im November wieder deutlich an.
- ▶ Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte bleibt rege. Die Anschaffungsneigung der Konsumenten und die Stimmung im Handel sind positiv.
- ▶ Die hohe Nachfrage nach Arbeitskräften in weiten Teilen der Wirtschaft sorgt für eine Beschäftigung auf Rekordniveau und regional für Vollbeschäftigung. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind weiterhin rückläufig.

Das Bruttoinlandsprodukt ist im Jahr 2017 preisbereinigt um 2,2 % gewachsen¹, obwohl weniger Arbeitstage zur Verfügung standen als im Vorjahr. Es war das höchste Wirtschaftswachstum seit dem Jahr 2011. In den vorangegangenen Jahren war der Konsum die treibende Kraft der Konjunktur gewesen. Im Jahr 2017 kam es durch das verbesserte weltwirtschaftliche Umfeld zusätzlich zu verstärkten außenwirtschaftlichen Impulsen. Vom Außenhandel gingen dennoch rein rechnerisch nur geringe Wachstumsimpulse aus, da die höhere Binnennachfrage auch zu einem höheren Anstieg der Importe führte. Die kräftigen Exporte stimulierten jedoch auch die Investitionen in Ausrüstungen. Die Investitionen in Bauten blieben angesichts der hohen Nachfrage und des günstigen Finanzierungsumfeldes ebenfalls rege. Alles in allem kam es somit im vergangenen Jahr zu einem Aufschwung auf breiter binnen- und außenwirtschaftlich fundierter Basis. Allerdings ist in Segmenten des Arbeitsmarktes auch die Knappheit an Fachkräften spürbarer geworden.

Zum Jahresende 2017 dürfte sich die hohe konjunkturelle Dynamik ein wenig abgeschwächt haben. Die umfangreichen Auftragseingänge sowie die positiven Geschäftserwar-

tungen signalisieren aber, dass sich die konjunkturelle Entwicklung im laufenden Jahr lebhaft fortsetzen wird.

Die Weltwirtschaft hat im Jahr 2017 an Fahrt gewonnen. Die weltweite Industrieproduktion lag im Oktober 2017, dem aktuellsten vorliegenden Wert, um 3,6 % über dem Niveau vor einem Jahr. Die globalen Stimmungsindikatoren spiegeln einen zunehmenden Optimismus wider. Von der US-amerikanischen Steuerreform dürften national zusätzliche konjunkturelle Impulse ausgehen. Auf längerfristige Sicht muss sich erweisen, ob die Reform auch Wachstumswirkungen entfaltet und wie sie sich auf den internationalen Standortwettbewerb auswirkt. In den Industriestaaten insgesamt setzte sich der konjunkturelle Aufschwung fort. Im Euroraum nahm das BIP im dritten Vierteljahr um 0,7 %, in den Vereinigten Staaten um 0,8 % und in Japan um 0,6 % zu. Von den Schwellenländern verzeichnen China und Indien weiter eine starke wirtschaftliche Entwicklung und Russland und Brasilien haben ihre Rezession überwunden. Angesichts dessen dürfte sich die Weltkonjunktur im laufenden Jahr 2018 insgesamt weiter leicht beschleunigen.

Die verbesserten außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen stützen die deutschen Ausfuhren. Nach der Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank erhöhten sich die Ausfuhren an Waren und Dienstleistungen im November 2017 in jeweiligen Preisen kräftig um 2,3 % gegenüber dem Vormonat. Im weniger schwankungsanfälligen Dreimonatsvergleich nahmen sie um 0,9 % zu. Die Einfuhren stiegen im November um 1,2 %. Im Dreimonatsvergleich ergab sich ein Anstieg um 1,1 %. Der kumulierte Leistungsüberschuss lag im vergangenen Jahr weiter etwas unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Die positiven Signale der nationalen Indikatoren zur Außenwirtschaft deuten auf eine weitere Expansion der deutschen Exporte hin.

Die Industriekonjunktur verläuft weiterhin recht dynamisch, wenn auch im zweiten Halbjahr 2017 etwas weniger ausgeprägt als im ersten. Die Produktion erhöhte sich im November um 4,3 %. Dieser kräftige Anstieg war auch eine Folge der aufgrund der Feier- und Brückentage schwächeren Produktion im Oktober. Die Auftragseingänge der Industrie konnten im November das Rekordniveau aus dem Vormonat nicht ganz halten (November: -0,4 %), blie-

1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 16. Januar 2018 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.

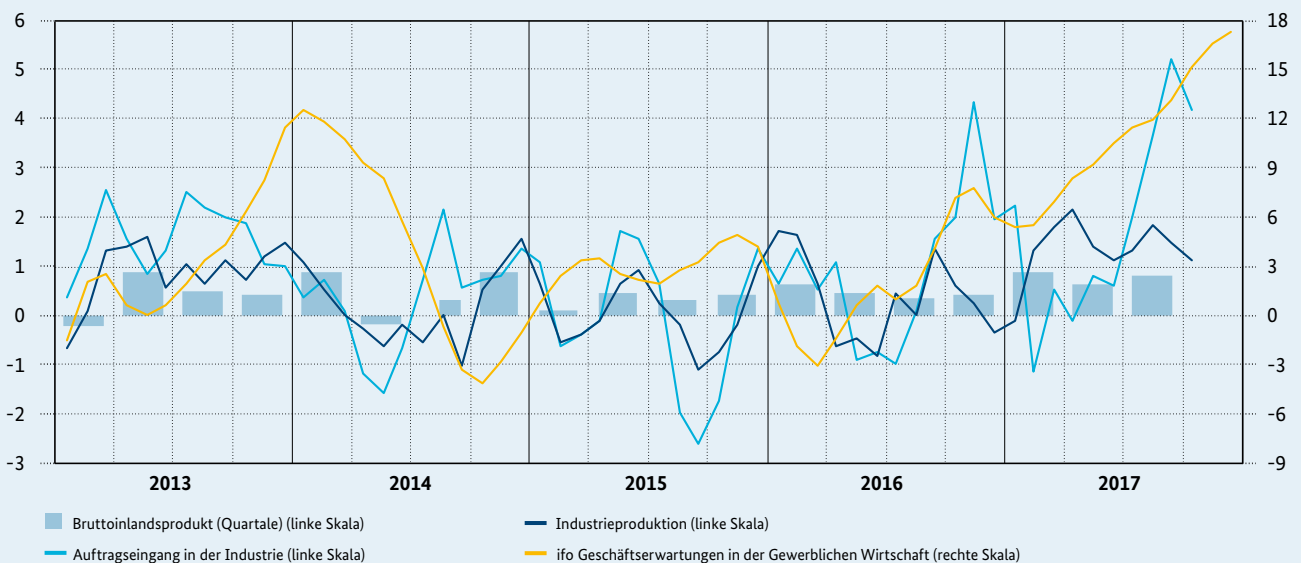
ben in der Tendenz aber kräftig aufwärtsgerichtet (Dreimonatsvergleich: +4,2 %). Die rege Bestelltätigkeit spiegelt sich auch in hohen Auftragsbeständen wider. Die gute Entwicklung der Auftragseingänge und die hervorragenden Stimmungswerte deuten darauf hin, dass die Industrieproduktion wieder etwas stärker anziehen könnte. Auch die Bauproduktion legte nach einigen schwachen Monaten wieder zu (November: +1,5 %). In der Tendenz blieb sie aber seitwärtsgerichtet. Angesichts der guten Konjunktur scheint sie allmählich an ihre Kapazitätsgrenzen zu stoßen.

Angetrieben von der steigenden Erwerbstätigkeit und den höheren Löhnen sind die privaten Konsumausgaben im letzten Jahr kräftig um 2,0% gestiegen. Sie lieferten damit einen wichtigen Beitrag zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts. Nach einer schwächeren Entwicklung im dritten Quartal dürfte der private Konsum zum Jahresende wieder an Schwung gewonnen haben. Dies zeigen die Einzelhandelsumsätze, die im November um 1,8% zunahmen. Allerdings hat sich die Umsatzdynamik beim Handel mit Kfz seit dem letzten Sommer merklich verlangsamt. Insgesamt bleibt die Stimmung im Handel aber ausgesprochen gut. Die Erwartungen der Einzelhändler laut dem ifo Konjunkturtest lagen im Schlussquartal auf dem höchsten Niveau seit 1991. Dank der guten Einkommensentwicklung konnte auch das Konsumklima der Verbraucher sogar noch etwas zulegen.

Die positiven Entwicklungen am Arbeitsmarkt hielten im Jahr 2017 an. Im Jahresdurchschnitt 2017 stieg die Beschäftigung im Inland um 1,5% auf rund 44,3 Mio. Erwerbstätige. Die Arbeitslosigkeit sank um 158.000 auf 2,53 Mio. Personen, die Arbeitslosenquote ging um 0,4 Prozentpunkte auf 5,7% zurück. Im November 2017 stieg die Erwerbstätigkeit saisonbereinigt um 50.000 Personen. Die Entwicklung bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung verläuft noch dynamischer. Die einschlägigen Frühindikatoren von BA, ifo und IAB signalisieren, dass die anhaltend hohe Nachfrage nach Arbeitskräften in weiten Teilen der Wirtschaft anhalten wird. Die Zahl der Arbeitslosen stieg im Dezember deutlich schwächer als saisonal üblich; sie liegt weiter unter 2,4 Mio. Personen. Saisonbereinigt sind Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung weiter rückläufig. Zukünftig könnte sich der von den Arbeitsagenturen prognostizierte leichte Abbau der Arbeitslosigkeit etwas verlangsamen, da mehr Personen mit Migrationshintergrund auf den Arbeitsmarkt drängen. Zudem bleiben ungeachtet der jüngsten positiven Entwicklungen weitere Herausforderungen, wie die Eindämmung der Langzeitarbeitslosigkeit und die höhere Arbeitslosigkeit in strukturschwachen Gebieten, bestehen.

Konjunktur auf einen Blick*

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktion und Auftragseingang in der Industrie sowie ifo Geschäftserwartungen



* zentrierte gleitende 3-Monats-Durchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in v. H. bzw. Salden bei ifo

Quellen: StBA, BBk, ifo Institut.

Jahreswirtschaftsbericht 2018: Wirtschaftlich gestärkt in die Zukunft

Erfolgreiche Wirtschaft, zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik

Das Bundeskabinett hat am 31. Januar den Jahreswirtschaftsbericht 2018 beschlossen. Die deutsche Wirtschaft bleibt weiterhin in guter Verfassung. Die Bundesregierung hat hierzu mit einer zukunftsorientierten Wirtschaftspolitik beigetragen und sich vom Ziel inklusiven Wachstums leiten lassen.



Deutschland 2018: im neunten Jahr des Aufschwungs

Die deutsche Wirtschaft befindet sich weiterhin in einem kräftigen Aufschwung, wie der Jahreswirtschaftsbericht 2018 darlegt: Nach einem Wachstum von 2,2 Prozent im Jahr 2017 erwartet die Bundesregierung mit ihrer Projektion für dieses Jahr eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts um 2,4 Prozent (siehe Tabelle 1). Die gute

gesamtwirtschaftliche Lage zeigt sich insbesondere am Arbeitsmarkt: Der Beschäftigungsaufbau setzt sich fort, die Arbeitslosenquote hat im Jahr 2017 den niedrigsten Stand seit über 25 Jahren erreicht, und die realen Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer haben seit 2013 um durchschnittlich 1,6 Prozent pro Jahr zugenommen. Dabei lässt sich – trotz einer leichten Überauslastung der Wirtschaft und Anspannungen in einigen Bereichen wie etwa der Bauwirtschaft – derzeit keine Überhitzung konstatieren.

Tabelle 1: Ausgewählte Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland¹

	2016	2017	Jahresprojektion 2018
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent, soweit nicht anders angegeben			
ENTSTEHUNG des Bruttoinlandsprodukts (BIP)			
BIP (preisbereinigt)	1,9	2,2	2,4
Erwerbstätige (im Inland)	1,3	1,5	1,1
Arbeitslosenquote in Prozent (Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit) ²	6,1	5,7	5,3
VERWENDUNG des BIP preisbereinigt (real)			
Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	2,1	2,0	1,9
Ausrüstungen	2,2	3,5	5,0
Bauten	2,7	2,6	2,8
Inlandsnachfrage	2,4	2,2	2,3
Exporte	2,6	4,7	5,3
Importe	3,9	5,2	5,8
Außenbeitrag (Impuls) ³	-0,3	0,2	0,2
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer	2,5	2,7	2,9

1 Bis 2017 vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 2018.

2 Bezogen auf alle Erwerbspersonen.

3 Absolute Veränderung der Vorräte bzw. des Außenbeitrags in Prozent des BIP des Vorjahres (= Beitrag zur Zuwachsrate des BIP).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Jahresprojektion 2018 der Bundesregierung

Wirtschaftspolitische Herausforderungen angenommen

Mit ihrer Wirtschaftspolitik hat die Bundesregierung auch im Jahr 2017 Weichen gestellt, damit die deutsche Volkswirtschaft weiterhin ihre Potenziale nutzen kann. Sie hat aktuelle und langfristige Herausforderungen wie den demografischen Wandel, die Digitalisierung, die Globalisierung und den Klimawandel aktiv aufgegriffen und eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik verfolgt. Dabei hat sich die Bundesregierung von der Zielsetzung eines inklusiven Wachstums leiten lassen, das alle gesellschaftlichen Wachstumskräfte zur Entfaltung bringt. Deutschland ist aufs engste mit seinen Nachbarn verflochten: Wirtschaftspolitik endet daher nicht an den Landesgrenzen. Die Bundesregierung setzt sich gemeinsam mit ihren europäischen Partnern, allen voran Frankreich, dafür ein, Europa für die anstehenden Aufgaben vorzubereiten. Auch der Klimawandel und seine Folgen stellen eine Herausforderung für fortgesetztes Wirtschaftswachstum und steigenden Wohlstand dar. Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung zugleich die Klimaverträglichkeit von Maßnahmen und die Besonderheiten der deutschen Wirtschaft im Blick.

Solide Finanzpolitik

Die Staatsfinanzen sind weiterhin nachhaltig aufgestellt: Seit Beginn der vorangegangenen Legislaturperiode hat der Bund keine neuen Schulden aufgenommen. Auch im laufenden Jahr kann der Staatshaushalt voraussichtlich wieder einen Überschuss erzielen. Die Bundesregierung geht davon aus, dass die Schuldenstandsquote bereits im Jahr 2019 unter die „Maastricht-Grenze“ von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sinken wird.

Eine wichtige wirtschaftspolitische Aufgabe ist es, ein modernes und gerechtes Steuersystem zu gewährleisten. Dazu gehört, dafür Sorge zu tragen, dass in Deutschland erwirtschaftete Gewinne nicht in Niedrigsteuerländer verschoben werden. Die Bundesregierung hat deswegen im Jahr 2017 in Übereinstimmung mit den Vereinbarungen auf internationaler Ebene das Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen auf den Weg gebracht. Mit dem Gesetz werden auch die Abschreibungsgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter von 410 auf 800 Euro angehoben und Unternehmen so von Bürokratie entlastet. Über diese Maßnahmen auf nationaler Ebene hinaus setzt sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene weiterhin aktiv für die Einführung einer Gemeinsamen Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage ein.



Im Bereich der Einkommensteuer tragen weitere Entlastungen zur Stärkung von Arbeitsanreizen und der Binnenwirtschaft bei. Mit Wirkung zum 1. Januar 2018 erfolgte eine erneute Anpassung des Einkommensteuertarifs, um die Effekte der kalten Progression auszugleichen und das gestiegene Existenzminimum zu berücksichtigen. So wurden sowohl der Grundfreibetrag als auch die übrigen Tarifeckwerte erhöht sowie der Kinderfreibetrag, das Kindergeld und der Unterhaltshöchstbetrag angepasst. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler werden durch diese Maßnahmen um etwa 4 Milliarden Euro entlastet.

Auch die Länder und Kommunen profitieren: Im Rahmen der Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ist eine jährliche Entlastung der Länder durch den Bund ab 2020 um anfänglich rund 9,7 Milliarden Euro vorgesehen. Darüber hinaus hat der Bund den Kommunalinvestitionsförderungsfond um 3,5 Milliarden Euro auf insgesamt 7 Milliarden Euro aufgestockt.

Gesamtdeutsche Strukturpolitik

Für die Zeit nach dem Auslaufen des Solidarpaktes II Ende des Jahres 2019 wird ein gesamtdeutsches Fördersystem entwickelt. Im Mittelpunkt steht dabei die

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW), in deren Rahmen Bund und Länder gemeinsam die Wachstums- und Innovationskraft strukturschwacher Regionen gezielt finanziell fördern. Bereits im Jahr 2017 wurden die Möglichkeiten der GRW zur Förderung von wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen und von Technologie- und Gründerzentren erweitert. Anfang des vergangenen Jahres ist zudem die Förderung von Forschung und Entwicklung gemeinnütziger externer Industrieforschungseinrichtungen durch das Programm INNO-KOM von den neuen Ländern auf strukturschwache Regionen in ganz Deutschland ausgeweitet worden. Um den Strukturwandel in den Braunkohleregionen zu unterstützen, bereitet die Bundesregierung eine Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Regionalentwicklung“ vor.

Impulse für öffentliche Investitionen

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und zusätzliche Investitionen Hand in Hand gehen können. So wurden die Ausgaben für Investitionen im Bundeshaushalt zwischen 2013 und 2017 um rund 45 Prozent auf 36,1 Milliarden Euro erhöht.

Die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur werden im Jahr 2018 voraussichtlich auf 14,2 Milliarden Euro steigen und in den Folgejahren auf hohem Niveau fortgeführt. Durch die ab dem 1. Juli 2018 vorgesehene Ausweitung der Lkw-Maut auf alle Bundesstraßen werden die Einnahmen künftig steigen. Auch die geplante Infrastrukturabgabe (Pkw-Maut) soll zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur beitragen. Künftig wird es darüber hinaus darauf ankommen, die Planungsverfahren für die Realisierung der Infrastrukturinvestitionen schneller und effizienter zu machen. Ein wichtiger Schritt ist die Reform der Bundesfernstraßenverwaltung: Der Bund erhält ab dem 1. Januar 2021 die alleinige Verantwortung für Planung, Bau, Betrieb, Erhaltung, vermögensmäßige Verwaltung und Finanzierung der Bundesautobahnen. Zur Erledigung der Aufgaben wird der Bund eine Infrastrukturgesellschaft für Autobahnen und andere Bundesfernstraßen gründen.

Chancen der Digitalisierung genutzt

Die Bundesregierung hat im April 2017 den Legislaturbericht Digitale Agenda 2014 – 2017 verabschiedet. Im Mittelpunkt der Digitalen Agenda stehen insbesondere der Ausbau der digitalen Infrastruktur, die Begleitung der Wirtschaft auf dem Weg in die Industrie 4.0, die Unterstützung des Mittelstandes und junger, innovativer Unternehmen, die Förderung einer attraktiven und wettbewerbsfähigen Berufsbildung 4.0, die Stärkung der Cybersicherheit in Deutschland sowie die Änderung des Telemediengesetzes, das die Haftungsregelungen für WLAN-Anbieter klarstellt.

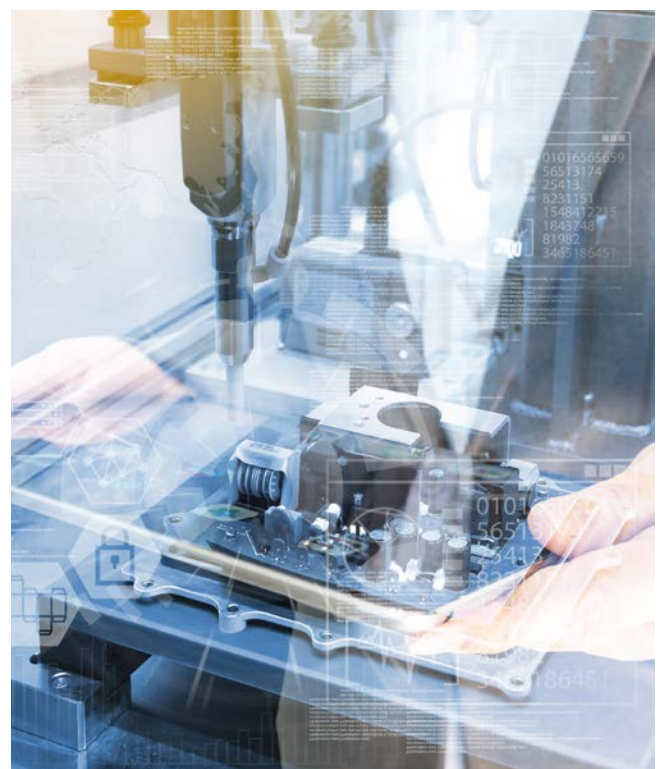
Auch in einer digitalisierten Welt schafft Wettbewerb den größtmöglichen Raum zur Entfaltung von Innovationen und Wachstum. Die Offenhaltung der Märkte der digitalen Wirtschaft erfordert einen passgenauen Ordnungsrahmen, der die Marktchancen innovativer Ideen und Geschäftsmodelle gewährleistet und die Ausnutzung von Marktmacht wirksam verhindert. Eine proaktive Wettbewerbspolitik in der Plattformökonomie muss frühzeitig und schnell ineffizienten Monopolisierungstendenzen entgegenwirken können. Die Bundesregierung hat deswegen die Entwicklung eines modernen Ordnungsrahmens für die digitale Welt vorangetrieben. So wurde das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen an die Besonderheiten der Märkte der digitalen Wirtschaft angepasst. Ferner wurden im März 2017 mit dem Weißbuch „Digitale Plattformen: Ordnungspolitik für Wachstum, Innovation, Wettbewerb und Teilhabe“ Impulse für die politische

Diskussion zur Fortentwicklung des Wettbewerbs- und Regulierungsrahmens für die digitale Wirtschaft gesetzt. Zuvor wurde im November 2016 als weiterer Diskussionsimpuls für einen modernen Ordnungsrahmen das Weißbuch „Arbeiten 4.0“ veröffentlicht.

Um die Chancen der Digitalisierung zu nutzen, ist nicht zuletzt eine leistungsfähige und flächendeckende Infrastruktur erforderlich. Für die Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland wurden im Jahr 2017 weitere 400 Millionen Euro bereitgestellt. Damit stellt die Bundesregierung bisher 4,4 Milliarden Euro für den Ausbau zukunftsfähiger Breitbandnetze zur Verfügung.

Industrielle Basis gestärkt

Die starke industrielle Basis in Deutschland leistet einen wichtigen Beitrag zum Wachstum und zum Erhalt von Arbeitsplätzen. Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung ist in den letzten zwanzig Jahren weitgehend stabil geblieben (2016: rund 23 Prozent), während er in anderen großen Volkswirtschaften gesunken ist. Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Digitalisierung der Industrie voranzubringen, und unterstützt Letztere mit der Plattform Industrie 4.0.





Von zentraler industriepolitischer Bedeutung sind ferner eine gesicherte Rohstoffversorgung und eine gesteigerte Ressourceneffizienz. Auch in der EU setzt sich die Bundesregierung für eine längerfristig ausgerichtete Industriepolitik mit konkreten Maßnahmen zur nachhaltigen Stärkung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit ein.

Impulse für nachhaltige und moderne Mobilität

Die Bundesregierung will Mobilität nachhaltig und klimaschonend gestalten. Deswegen wurde im Herbst 2017 das „Sofortprogramm Saubere Luft 2017 bis 2020“ aufgelegt, mit dem die Umsetzung von Maßnahmen in den von NO_2 -Grenzwertüberschreitung betroffenen Kommunen finanziert werden soll. Ziel ist es ferner, Deutschland zum Leitmarkt und Leitanbieter für Elektromobilität zu machen und dabei die gesamte Wertschöpfungskette am Standort anzusiedeln. Im Zeitraum 2017 bis 2020 stellt der Bund 300 Millionen Euro für den Ausbau von mindestens 15.000 Ladestationen zur Verfügung. Ferner wird der Umweltbonus als Maßnahme zur Förderung des Absatzes elektrisch betriebener Fahrzeuge bis längstens 2019 gewährt, wofür insgesamt 600 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Automatisiertes und vernetztes Fahren ist eine Zukunftstechnologie an der Schnittstelle von Mobilität und digitalem Fortschritt, aus der neue Geschäftsfelder entstehen können. Im Rahmen der „Strategie automatisiertes und vernetztes Fahren“ hat die Bundesregierung Maßnahmen zur Erhöhung der Rechtssicherheit ebenso beschlossen wie einen Maßnahmenplan zur Schaffung von Ethikregeln für Fahrcomputer.

Forschung und Innovation vorangetrieben

Die Bundesregierung hat im Rahmen ihrer Hightech-Strategie auch im Jahr 2017 zahlreiche Impulse für Forschung und Entwicklung gegeben. Mit deutlich gestiegenen Ausgaben für Forschung und Entwicklung hat die Bundesregierung im Jahr 2017 weiterhin dazu beigetragen, das Ziel, drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung auszugeben, zu erreichen. Um den Technologietransfer von der Forschung in marktfähige Produkte zu beschleunigen, werden vor allem Forschungsk Kooperationen gefördert, so zum Beispiel im technologieoffenen Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) oder der Industriellen Gemeinschaftsforschung (IGF). Infolge eines Beschlusses des Deutschen Bundestags vom März 2017 wurden ferner unterschiedliche Modelle einer steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung geprüft. Die steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung für den Mittelstand sollte dabei die für den Technologietransfer wichtige Projektförderung ergänzen.

Verbesserte Voraussetzungen für Start-ups und junge Unternehmen

Damit Deutschland beim Start-up-Geschehen im internationalen Wettbewerb mithalten kann, ist eine ausreichende Finanzierung über alle Phasen der Unternehmensentwicklung unerlässlich. Für die Frühphase der Unternehmensgründung hat sich einiges zum Besseren entwickelt (Neuaufgabe High-Tech Gründerfonds III, Aufstockung INVEST-Programm). Eine Angebotslücke besteht dagegen vor allem bei der Wachstumsfinanzierung durch Wagniskapital. Es bedarf in den kommenden Jahren einer weiteren Ausweitung des Wagniskapitalvolumens in Deutschland durch Privatwirtschaft, Bund, KfW und unter Einbeziehung europäischer Finanzpartner. Ein weiteres wichtiges Element ist das wachsende Engagement der KfW in der Beteiligungsfinanzierung (ERP-VC-Fondsinvestments, Ko-Investitionsfonds coparion, Neugründung einer KfW-Beteiligungsgesellschaft).

Reform des Vergaberechts

Durch die im April 2016 in Kraft getretene Vergaberechtsreform wurde erstmals ein umfassender, moderner und flexibler Rahmen für die öffentliche Auftragsvergabe oberhalb der EU-Schwellenwerte geschaffen. Um die neuen und flexibleren Vorschriften auch auf den Bereich der

kleineren Aufträge unterhalb der EU-Schwellenwerte zu übertragen, hat die Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) erarbeitet. Diese ist für den Bund in Kraft seit September 2017; die Bundesregierung setzt sich für eine möglichst rasche Einführung in allen Ländern ein.

Bürokratieabbau

In der 18. Legislaturperiode hat die Bundesregierung zahlreiche Maßnahmen zum Abbau von Bürokratie und zur besseren Rechtsetzung ergriffen. Das Zweite Bürokratieentlastungsgesetz senkt den Erfüllungsaufwand für Unternehmen um 135 bis 360 Millionen Euro pro Jahr. Bereits seit 2015 müssen die Bundesministerien neu eingeführte Belastungen für die Wirtschaft an anderer Stelle durch Entlastungen ausgleichen („One-in-one-out-Regel“). Das Ergebnis der Sonderbilanz zur Anwendung dieser Bürokratiebremse vom Oktober 2017 ist sehr positiv: Der unter die Bürokratiebremse fallende laufende Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft hat sich seit deren Einführung um rund 1,5 Milliarden Euro jährlich verringert. Auch die Einführung der elektronischen Vergabe in der Unterschwellenvergabeordnung wird zu einer erheblichen Entlastung der Wirtschaft und der öffentlichen Hand führen.

Zeitgemäße und faire Gestaltung der Arbeitswelt und der sozialen Sicherung

Der Arbeitsmarkt präsentiert sich insgesamt in der besten Verfassung seit der Wiedervereinigung. Die Bundesregierung hat diese Entwicklung unterstützt und damit ein inklusives Wachstum befördert. Trotz guter Arbeitsmarktentwicklung bestehen insbesondere für Geringqualifizierte, Langzeitarbeitslose, ältere und behinderte Menschen sowie Menschen mit Migrationshintergrund jedoch nach wie vor große Herausforderungen, sich adäquat in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Die Bundesregierung hat daher eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die Erwerbsbeteiligung weiter zu stärken, etwa durch eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie (u. a. ElterngeldPlus, Kita-Ausbau) und einen flexibilisierten Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand. Darüber hinaus wurden Verbesserungen beim Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende sowie Anpassungen des Mutterschutzgesetzes unternommen.



Die Integration der Geflüchteten, die auf absehbare Zeit in Deutschland bleiben, ist eine der großen Herausforderungen der nächsten Jahre. Aufbauend auf den umfassenden Anstrengungen der jüngeren Vergangenheit hat die Bundesregierung im Jahr 2017 eine Reihe weiterer Maßnahmen ergriffen, um zur erfolgreichen Integration der Geflüchteten in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt beizutragen (Neuregelung Asylbewerberleistungsgesetz, Erste Verordnung zur Änderung der Deutschsprachförderverordnung, Dritte Verordnung zur Änderung der Integrationskursverordnung).

Für eine faire Gestaltung des Arbeitsmarktes hat die Bundesregierung auch nach der Einführung des Mindestlohns Impulse gesetzt. So wirkt das Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und anderer Gesetze der missbräuchlichen Verwendung von Werkverträgen entgegen, orientiert die Leiharbeit auf ihre Kernfunktion hin und stärkt die rechtliche Stellung von Leiharbeitskräften. Das Gesetz zur Förderung der Transparenz von Entgeltstrukturen macht Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern sichtbar und setzt dadurch das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit“ in der Praxis besser durch.

Nach dem Rentenpaket aus dem Jahr 2014 wurden zum Ende der vergangenen Legislaturperiode im Bereich der Alterssicherung weitere wichtige Änderungen beschlossen. Mit dem Gesetz über den Abschluss der Rentenüberleitung werden die bisher zwischen Ost- und Westdeutschland noch abweichenden Rechengrößen für die Rentenberechnung schrittweise angeglichen. Darüber hinaus wurde die Absicherung für erwerbsgeminderte Menschen in der gesetzlichen Rentenversicherung weiter verbessert. Schließlich wurden mit dem Betriebsrenten-



stärkungsgesetz zahlreiche Verbesserungen für eine stärkere Verbreitung der betrieblichen Altersversorgung beschlossen.

Moderne, wettbewerbliche und umweltverträgliche Energiepolitik, effektiver Klimaschutz

Die Bundesregierung hat die Energiepolitik in der 18. Legislaturperiode grundlegend erneuert, wettbewerblicher ausgestaltet und europäisch eingebettet. Fast alle Vorhaben aus der 10-Punkte-Energie-Agenda vom Beginn der Legislaturperiode sind umgesetzt.

Erneuerbare Energien sind mittlerweile die wichtigste Stromquelle in Deutschland (33,1 Prozent der Bruttostromerzeugung in Deutschland 2017 laut vorläufigen Zahlen). Der Paradigmenwechsel hin zu wettbewerblich ermittelten Fördersätzen und einer mengen- statt preisbasierten Förderung führt zu einem deutlich kosteneffizienteren Ausbau der erneuerbaren Energien. So sind die durchschnittlichen Fördersätze für Photovoltaik-Freiflächenanlagen seit den ersten Ausschreibungen im April 2015 um mehr als 45 Prozent auf zuletzt unter 5 Cent pro Kilowattstunde gesunken. Im nächsten Schritt will die

Bundesregierung praktische Erfahrungen mit technologieübergreifenden Ausschreibungen sammeln (ab 2018 dreijährige Pilotphase für Wind an Land und Solar).

Die Stromversorgung in Deutschland muss auch bei einem weiter steigenden Anteil erneuerbarer Energien verlässlich bleiben. Voraussetzung dafür sind ein flexibles Stromsystem, ein zügiger Ausbau der Netze und die Verstärkung bestehender Netze.

Energieeffizienz ist eine tragende Säule der Energiewende. Die Bundesregierung unterstützt Effizienzmaßnahmen im Gebäudebereich und bei der Energieverbrauchskennzeichnung. Im nächsten Schritt sollen Handlungsoptionen für eine mittel- bis langfristige Effizienzstrategie im „Weißbuch Energieeffizienz“ konkretisiert werden. Das Energieforschungsprogramm der Bundesregierung legt Schwerpunkte auf erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energiesystemtechnologien. 2018 soll das Programm in seiner siebten Auflage fortgeschrieben werden.

Mit dem Klimaschutzplan 2050 wurden erstmals für das Jahr 2030 Zielkorridore für alle Sektoren beschlossen. Die Bundesregierung wird ein quantifiziertes Maßnahmenprogramm vorlegen, das sicherstellen soll, dass alle Ziele

erreicht werden können. Auf europäischer Ebene wurde im November 2017 eine Einigung über die Reform des EU-Emissionshandels erzielt. Dabei steht die Verknappung des Zertifikateangebots in einem ausgewogenen Verhältnis zur Sicherstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie.

In den kommenden Jahren wird es darauf ankommen, den gesamten Energiebedarf sektorübergreifend weiter zu reduzieren (Prinzip „Efficiency First“). Dabei sollte auch die so genannte Sektorkopplung, das heißt der effiziente Einsatz von erneuerbaren Energien für Wärme, Verkehr und Industrie, einen Beitrag zur weitgehenden Dekarbonisierung leisten. Es ist zu prüfen, wie insbesondere eine Überarbeitung der Struktur von Steuern, Abgaben und Umlagen im Einklang mit den Zielen des Energiekonzepts, der Energiewende und des Klimaschutzplans 2050 dies maßgeblich unterstützen kann.

Auch auf europäischer Ebene setzt sich die Bundesregierung für eine ambitionierte Energie- und Klimapolitik mit dem Ziel einer robusten Energieunion und der verlässlichen Erreichung der EU-Energie- und Klimaziele für 2030 ein.

Vertrauen in ein starkes Europa und in stabile Finanzmärkte

Die Bundesregierung setzt sich gemeinsam mit ihren europäischen Partnern dafür ein, Europa für die Herausforderungen der Zukunft stark zu machen. Die gute wirtschaftliche Lage sollte für Investitionen, Reformen und den Aufbau von fiskalischen Puffern genutzt werden, um Vorsorge für die Zukunft zu treffen. Dies schafft Vertrauen und bildet die Grundlage für mögliche weitere Integrationsschritte. Beim Eurogipfel am 15. Dezember 2017 haben sich die Staats- und Regierungschefs zur Fortentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ausgetauscht und über weitere Arbeiten gesprochen. Gemeinsames Ziel ist dabei, die Krisenprävention und Widerstandsfähigkeit der WWU insgesamt zu stärken. Mit ihren konkreten Vorschlägen vom 6. Dezember 2017 leistet die Europäische Kommission ebenfalls einen Beitrag zur Debatte.

Über die Weiterentwicklung der WWU hinaus muss auch der Binnenmarkt weiter gestärkt werden. Neben Strukturreformen kommt auch Investitionen eine wichtige Rolle zu, um nachhaltiges Wachstum der EU-Mitgliedstaaten zu festigen. Die Bundesregierung begrüßt daher, dass der Europäische Fonds für strategische Investitionen



(EFSI) deutlich erweitert und seine Laufzeit bis Ende 2020 verlängert wird. Bei der Diskussion um die Einführung einer elektronischen Dienstleistungskarte setzt sich die Bundesregierung für eine Lösung ein, bei der die bestehenden nationalen Regelungen und qualitätssichernden Anforderungen nicht unterlaufen werden. Die Bundesregierung unterstützt ferner aktiv und konstruktiv die Digitale Binnenmarktstrategie der Europäischen Kommission.

Mit der Kapitalmarktunion sollen die europäischen Finanzmärkte weiter integriert und so die Finanzierungsmöglichkeiten insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen der Realwirtschaft weiter verbessert werden. Um die Finanzstabilität zu sichern, traten im vergangenen Jahr Gesetze in Kraft, um mögliche Gefahren für die Finanzstabilität zielgenau zu bekämpfen und die Transparenz von Finanzmärkten und -produkten zu erhöhen.

In ihrer Mitteilung zur Vollendung der Bankenunion vom 11. Oktober 2017 hat die Europäische Kommission modifizierte Vorschläge zur Vollendung der Bankenunion durch eine mögliche gemeinsame europäische Einlagensicherung vorgelegt. Der Rat Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN-Rat) hatte zuvor vereinbart, dass eine politische Diskussion über weitere Risikoteilung erst dann möglich ist, wenn ausreichende Fortschritte bei den Maßnahmen zur Risikoreduzierung, inklusive einer angemessenen Regulierung von Staatsanleihen, erreicht wurden. Diese sogenannte ECOFIN-Roadmap vom Juni 2016 gilt weiter. Die Vorschläge der Europäischen Kommission greifen die Forderungen nach Risikoreduktion nur teilweise auf und müssen daher substanziell nachgebessert und auch effektiv umgesetzt sowie angewandt werden.

Der Risikoabbau im Bankensektor kommt voran, bedarf jedoch weiterer Fortschritte. In manchen europäischen Ländern sind weitere Bilanzbereinigungen einiger Banken erforderlich. Das Abwicklungs- und Insolvenzregime bedarf ebenso einer Fortentwicklung: Erforderlich sind der weitere Aufbau qualitativ hochwertiger Verlustpuffer, Schritte zur Harmonisierung des Insolvenzrechts und die international koordinierte Einführung einer Verschuldungsquote (Leverage Ratio).

Gegen Protektionismus, für moderne Handelsregeln und nachhaltige Entwicklung

Auf internationaler Ebene setzt sich die Bundesregierung dafür ein, die Globalisierung aktiv zu gestalten und Protektionismus entschlossen entgegenzutreten. Wie kaum ein anderes Land ist Deutschland mit der Weltwirtschaft verflochten. Gute internationale Wirtschaftsbeziehungen sind für die deutsche Volkswirtschaft deshalb von großer Bedeutung. Offene Märkte und regelbasierter Handel sind die Voraussetzung für Wohlfahrtsgewinne, inklusives Wirtschaftswachstum und den Abbau von Armut.

Unter deutscher Präsidentschaft haben die G20-Staaten beim Gipfel in Hamburg ein klares Bekenntnis zum Multilateralismus abgegeben und verabredeten gemeinsames Handeln, um globale Herausforderungen anzugehen. Zudem hat die Bundesregierung im Kreise der G20 die erste Digitalministerkonferenz ausgerichtet. Dabei wurde ein konkreter Fahrplan für die weitere G20-Arbeit zu Digitalisierung vereinbart.

Für die Bundesregierung steht das multilaterale Handelssystem der Welthandelsorganisation (WTO) als Ordnungsrahmen für einen offenen und regelbasierten Welthandel im Mittelpunkt. Trotz eines deutlichen Bekenntnisses der WTO-Mitglieder für das multilaterale System konnten bei der WTO-Ministerkonferenz im Dezember 2017 keine zufriedenstellenden Ergebnisse erzielt werden. Ergänzend unterstützt die Bundesregierung ehrgeizige und umfassende bilaterale Freihandelsabkommen der EU. Das Abkommen mit Kanada setzt neue Maßstäbe beim Abbau von Handelshemmnissen bei gleichzeitiger Sicherung hoher Standards und dient als Vorbild für künftige Abkommen.

Die Erschließung von Drittmärkten hat für die exportorientierte deutsche Wirtschaft große Bedeutung. Mit einem breiten Instrumentarium der Außenwirtschaftsförderung wie Exportkredit- und Investitions Garantien werden deutsche Unternehmen auf wichtigen Auslandsmärkten unterstützt. Zudem will die Bundesregierung Auslandsprojekte, die im strategischen deutschen Interesse liegen, stärker begleiten. Sie hat dafür eine Geschäftsstelle eingerichtet und einen Koordinator ernannt.

Umgekehrt sind auch ausländische Direktinvestitionen hierzulande ein wesentlicher Impulsgeber für Wachstum und Arbeitsplätze in Deutschland. Staatliche Eingriffe bei ausländischen Direktinvestitionen bedürfen deshalb einer besonderen Rechtfertigung. In den letzten Jahren haben prüfungsrelevante Unternehmenserwerbe an Zahl und Komplexität deutlich zugenommen. Daher hat sich die Bundesregierung im Juli 2017 auf eine Änderung der Außenwirtschaftsverordnung verständigt. Ergänzend hat die Europäische Kommission auf Anregung Deutschlands, Frankreichs und Italiens im September 2017 einen Verordnungsvorschlag zur Schaffung eines Rahmens für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in der Europäischen Union vorgelegt.

Die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ der Vereinten Nationen ist der zentrale internationale Orientierungsrahmen für nachhaltige Entwicklung. Mit der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie hat die Bundesregierung den nationalen Rahmen zur Umsetzung der Agenda 2030 gesetzt. Diese bildet seit der Neuauflage 2017 erstmals nationale und internationale Maßnahmen der Bundesregierung zur Erreichung aller „Sustainable Development Goals“ ab. 2017 wurde auch die deutsche Nationale Kontaktstelle zur Förderung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen strukturell und personell neu aufgestellt. Zudem will die Bundesregierung deutsche Unternehmen besser dabei unterstützen, die wirtschaftlichen Potenziale in Afrika zu nutzen. Gleichzeitig sollen die Perspektiven der afrikanischen Bevölkerung verbessert werden. Daher hat die Bundesregierung im Juni 2017 Eckpunkte zur wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas beschlossen. Hiermit sollen die Instrumente der Außenwirtschaftsförderung und der Entwicklungszusammenarbeit besser verzahnt werden.

Kontakt: Sven Bergschmidt, Julia Gundlach,
Dr. Kenan Šehović, Dr. Lena Roth und Dr. Ulrike Zirpel
Referat: Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik

Maritime Energiewende gewinnt an Fahrt

Die Klimaanforderungen für die Seeschifffahrt steigen – für die deutsche maritime Industrie Herausforderung und Chance zugleich

Die Pariser Klimakonferenz hat den Druck auf den Seeverkehr erhöht, seinen Beitrag zu den globalen Klimaschutzziele zu leisten. Die EU-Kommission hat bereits angekündigt, die Einbeziehung des Seeverkehrs in das europäische Emissionshandelssystem (ETS) zu prüfen. Die Bundesregierung setzt sich für global gültige Vorgaben im Rahmen der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation ein. Mit der Maritimen Agenda 2025 zeigt die Bundesregierung Ziele und Instrumente auf, mit denen die maritime Energiewende vorangebracht wird. Neue Kraftstoffe und Antriebstechnologien, die Sektorkopplung von Energie, Verkehr und Industrie sowie die Digitalisierung bilden zentrale Bausteine.



Seeverkehr nimmt weltweit zu – und damit auch die Anforderungen an den Klima- und Umweltschutz

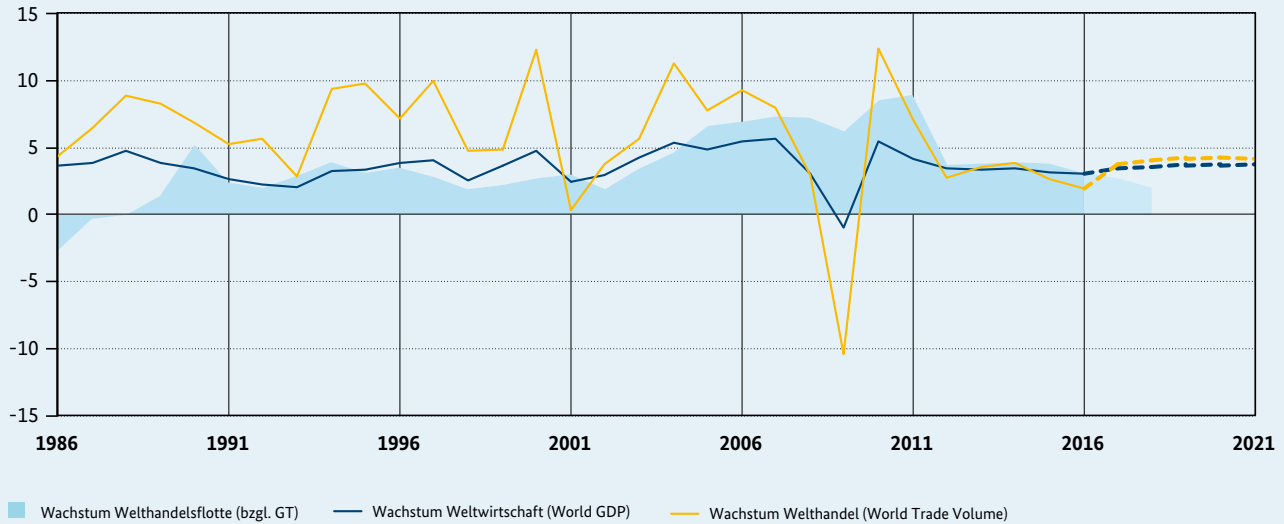
Der Anteil des Seeverkehrs am wachsenden Welthandel ist beachtlich: Derzeit werden 90 Prozent des weltweiten Gütertransports über den Seeweg abgewickelt. Die Quote ist in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen. Die europäischen Seehäfen sind bedeutende Drehscheiben des internationalen Handels – erkennbar daran, dass etwa ein Drittel der weltweiten Schiffsbewegungen in

der EU starten und enden. Die Verkehrsverflechtungsprognose der Bundesregierung aus dem Jahr 2014 geht für die deutschen Seehäfen von einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum des Umschlagvolumens von 2,8 Prozent bis zum Jahr 2030 aus. Dies entspricht einer Zunahme von 74 Prozent im untersuchten Zeitraum 2010 bis 2030. Um den Gütertransport per Seeweg noch effizienter zu gestalten, geht der Trend zu immer größeren Schiffen. Galt ein Containerschiff mit einer Kapazität von 3000 TEU¹ in den 1990er Jahren noch als groß, fahren heute Schiffe mit mehr als 20.000 TEU auf den Weltmeeren.

1 TEU ist eine international standardisierte Einheit zur Zählung von ISO-Containern und steht für „Twenty Foot Equivalent Unit“. Das aktuell größte Containerschiff ist 400 Meter lang und hat 21.413 Stellplätze für Standardcontainer.

Entwicklung der Weltwirtschaft und des Welthandels gegenüber der Welthandelsflotte

Wachstum in %



Datenquelle: Internationaler Währungsfonds (IWF), IHS Maritime & Trade, Clarkson Research Research; Darstellung: VSM

Hinzu kommt der sich weiterhin rasant entwickelnde Kreuzfahrtmarkt. Bislang kamen die Passagiere vor allem aus Europa und den USA. Allein in Europa unternahmen im vergangenen Jahr 6,7 Millionen Passagiere eine Kreuzfahrt, das sind 3,4 Prozent mehr als 2016. Doch vor allem China gilt als Markt der Zukunft: Derzeit buchen jährlich eine Million Chinesen eine Kreuzfahrt, im Jahr 2030 sollen es bereits sieben bis acht Millionen chinesische Passagiere pro Jahr sein. Für die deutschen Werften, die sich insbesondere auf den Bau von Kreuzfahrtschiffen spezialisiert haben, ist dies eine sehr positive Entwicklung. Ihre Bauplätze sind die nächsten Jahre ausgebucht.

Mit dem steigenden Anteil der Schifffahrt am globalen Güter- und Personentransport wird auch der Umwelt- und Klimaschutz in dieser Branche immer wichtiger. Gemessen an seiner Transportleistung gehört der Seeverkehr zu den energieeffizientesten Verkehrsträgern für den Gütertransport. Der Kraftstoffverbrauch und damit der Ausstoß an CO₂ pro Tonne transportierter Ware ist bei einem Schiff deutlich geringer als beispielsweise beim Transport per LKW oder Flugzeug. Von den geschätzt 50.000 Schiffen, die jährlich weltweit auf den Weltmeeren unterwegs sind, fährt jedoch die weitaus größte Anzahl noch mit Schweröl, das wegen der Schwefel- und Stickstoffemissionen sowie Rußpartikeln zum Teil stark umweltbelastend wirkt. Der-

zeit verursacht der Seeverkehr circa 2,2 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen. Laut einer Studie der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation der Vereinten Nationen (IMO) aus dem Jahr 2014 wird der Anteil angesichts des prognostizierten Wachstums des Sektors weiter steigen und kann im Jahr 2050 auf 15 Prozent steigen, wenn keine Gegenmaßnahmen erfolgen.²

Auch durch das Klimaschutzabkommen von Paris im Jahr 2015 hat der Druck auf den Seeverkehr zugenommen, einen angemessenen Beitrag zum Erreichen der globalen Klimaschutzziele zu leisten. Zwar ist der internationale Seeverkehr in dem Abkommen nicht explizit erwähnt, aber an einer Verpflichtung zur Reduzierung der Emissionen kommt auch dieser Sektor nicht vorbei.

In Deutschland haben aktuell die fünf Küstenländer das Thema Schifffahrt und Luftreinhaltung in den deutschen See- und Binnenhäfen in den Fokus gerückt. Während der Liegezeiten der Schiffe in den Häfen wird der an Bord benötigte Strom noch mit Hilfe der schiffseigenen Hilfsdiesel bzw. Generatoren erzeugt. Bei einem Kreuzfahrtschiff beträgt der Stromverbrauch bis zu 10 MWh (Megawattstunden). Die dabei entstehenden Abgasmengen, vor allem Rußpartikel und Stickoxide, tragen erheblich zur Beeinträchtigung der Luftqualität in den Hafenstädten bei.

² IMO, 2017, "Third IMO Greenhouse Gas Study 2014" <http://www.imo.org/en/OurWork/Environment/PollutionPrevention/AirPollution/Pages/Greenhouse-Gas-Studies-2014.aspx>

In der Hamburger Innenstadt geht bspw. bis zu ein Drittel der Stickstoffemissionen von Schiffen aus. Hier müssen zukunftsfähige Lösungen zur sauberen und effizienten Stromversorgung der Schiffe umgesetzt werden.

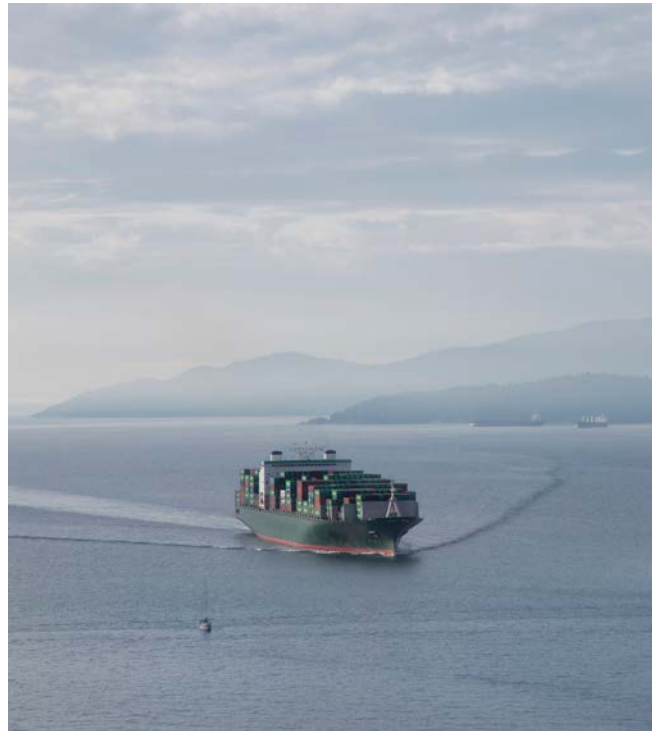
Notwendige Regulierung des Seeverkehrs – aber international

Um den Anforderungen der weltweit tätigen Schifffahrtsbranche gerecht zu werden, bedarf es eines internationalen Rechtsrahmens. Deshalb engagiert sich Deutschland auch im Rahmen der Internationalen Seeschifffahrtsorganisation (IMO) für eine stetige Weiterentwicklung der bestehenden Standards und Regelwerke. Fragen des Umweltschutzes werden im Umweltausschuss (Marine Environmental Protection Committee – MEPC) behandelt. Wichtigstes Dokument ist das Internationale Übereinkommen zur Verhütung der Meeresverschmutzung, kurz: MARPOL-Übereinkommen. Es enthält verbindliche Vorschriften u. a. zur Entsorgung von Abfällen und anderen Rückständen, zur Reduktion von Luftschadstoffemissionen, zur Lärminderung sowie zur Verringerung der Einleitung von Schiffsabwässern und anderen Schadstoffen der Schifffahrt.

Verhandlungen im Rahmen der IMO mit ihren insgesamt 169 Mitgliedstaaten sind oft sehr langwierig, da die Entscheidungen nach dem Konsensprinzip erfolgen. Zum Teil werden die Vereinbarungen im Anschluss nicht von allen Staaten ratifiziert oder in der Umsetzung stark abgeschwächt. Dies hat in der Vergangenheit dazu geführt, dass einzelne Regionen, Staaten und einzelne Häfen lokale Umweltschutzvorschriften festgelegt haben. Aus Sicht des Umweltschutzes auf lokaler Ebene kann dies Sinn machen. Die Konsequenz besteht jedoch häufig darin, dass die Emissionen oder Verschmutzungseinträge woanders erfolgen. Langfristig würde für die internationale Schifffahrt ein Flickenteppich von inkonsistenten Vorschriften entstehen, ohne dass die Meeres- und Klimaschutzziele effektiv umgesetzt werden könnten.

IMO-Strategie zur Eindämmung von Emissionen im Seeverkehr

Bereits seit 2005 sind in der Anlage VI zum MARPOL-Übereinkommen der IMO Grenzwerte für den Schwefelgehalt von ölhaltigen Brennstoffen enthalten. 2016 hat die IMO beschlossen, den für alle Schiffe geltenden Grenzwert von 3,5 Prozent auf 0,5 Prozent im Jahr 2020 zu senken. Die EU-Schwefelrichtlinie hatte ein entsprechendes Schwefel-



limit bereits seit 2012 für europäische Gewässer vorge-schrieben. Durch die nun bestehende Konsistenz zwischen IMO- und EU-Recht wird für die Schifffahrt endlich ein „level playing field“ erreicht. Unabhängig hiervon kann die IMO auf Antrag Überwachungsgebiete für Schwefelemissionen festlegen, in denen noch strengere Grenzwerte gelten. Auf Antrag der Anrainerstaaten wurden die Nord- und die Ostsee als eine solche Sulphur Emission Control Area (SECA) ausgewiesen. Seit 2015 dürfen deswegen Schiffe mit Einfahrt in die SECA-Gebiete lediglich Brennstoffe mit einem maximalen Schwefelgehalt von 0,1 Prozent einsetzen.

Anlage VI zum MARPOL-Übereinkommen sieht auch eine stufenweise Reduzierung der Stickstoffemissionen vor. Schiffsdiesel-Motoren, die ab 2011 konstruiert wurden, müssen ab 2021 in den Nitrogen Emission Control Areas (NECA) den so genannten TIER-III-Standard erfüllen, was eine Emissionsminderung von bis zu 20 Prozent im Vergleich zum bislang geltenden Standard bedeutet. Auf Antrag der Anrainerstaaten wurden die Nord- und die Ostsee als NECA-Gebiete ausgewiesen.

Der Klimaschutz stand bislang nicht im Fokus der IMO. Verpflichtungen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen aus dem Seeverkehr enthält das MARPOL-Übereinkommen bislang lediglich in schiffbaulicher Hinsicht in Form des Schiffsenergieeffizienz-Indexes (EEDI). Der EEDI wurde von der IMO im Jahr 2011 beschlossen. Der Index

zielt darauf ab, die Effizienz von neugebauten Schiffen stufenweise bis 2025 zu verbessern. Für die gesamte Flotte wird dies einen mittelfristigen Effekt haben, denn die Nutzungsdauer von Schiffen kann bis zu 30 Jahre und mehr betragen.

Seit längerem gibt es Diskussionen in der IMO über die Einführung eines weltweiten Systems zur Erfassung von CO₂-Emissionen im Seeverkehr, die jedoch bislang am Widerstand einzelner Mitgliedstaaten scheiterten. Die EU verabschiedete 2015 eine Verordnung, die ein verbindliches Monitoring-, Reporting- und Verification- (MRV-)System für CO₂-Emissionen von Seeschiffen größer als 5.000 Bruttoreaumzahl³ beinhaltet und das ab 2018 in Kraft tritt⁴. Die EU-Bestimmungen gelten für die Schiffseigner unabhängig davon, in welchem Staat ihr Schiff registriert ist. Maßgeblich ist allein, dass das Schiff sich innerhalb des Seegebietes der EU bewegt. Schließlich konnte im Oktober 2016 auch im Rahmen der IMO eine Einigung über die Einführung eines „Data Collection System“ verabschiedet werden. Dies sieht vor, dass die CO₂-Emissionen von Schiffen größer als 5.000 Bruttoreumzahl ab dem Jahr 2019 zu erheben und an den jeweiligen Flaggenstaat zu melden sind. Die Daten sollen in einer zentralen Datenbank gespeichert werden. Um zu verhindern, dass zwei parallele Datenerfassungssysteme existieren, prüft die EU-Kommission derzeit eine Anpassung der MRV-Verordnung an das IMO-Datenerfassungssystem.

Die Einführung des IMO-Datenerfassungssystems ist ein erster Schritt. Zwischenzeitlich wurde ein Fahrplan zur Entwicklung einer mittel- und langfristigen Strategie der IMO beschlossen. Dieser sieht vor, dass bis 2018 zunächst eine vorläufige Strategie mit möglichen Maßnahmen und Zeithorizonten erarbeitet wird. Diese Strategie soll weiterentwickelt werden, wenn zusätzliche Informationen insbesondere aus der Datenerhebung zu CO₂-Emissionen vorliegen. Bis zum Frühjahr 2023 soll eine endgültige Strategie beschlossen werden. In den Verhandlungen zur Änderung der Richtlinie über das Emissionshandelssystem der EU (EU-EHS) (2015/148 (COD)) hat die EU-Kommission bereits angekündigt, im Falle der nicht rechtzeitigen Umsetzung einer IMO-Strategie die Einbeziehung der Seeverkehrsemissionen in den europäischen Emissionshandel ab dem Jahr 2023 zu prüfen.

Nachhaltiger Seeverkehr – Maritime Industrie als Innovationstreiber

Nicht ausgereifte bzw. nicht ausreichend verfügbare Technologien sowie fehlende alternative Kraftstoffe wurden häufig als Argument vorgetragen, um Beschlüsse der IMO über strengere Abgasgrenzwerte zu verzögern bzw. deren Inkrafttreten immer wieder zu verschieben. Studien belegen jedoch, dass mit den von der Industrie angebotenen Technologien wie Katalysatoren, Abgasrückführung (so genannte Scrubber) sowie alternativen Antrieben und Kraftstoffen diese strengeren Grenzwerte umgesetzt werden können. Das Inkrafttreten der strengen SECA-Grenzwerte im Gebiet der Nord- und Ostsee war für die Reedereien sicherlich eine Herausforderung. Die Bilanz nach zwei Jahren ist jedoch positiv: Nach Auskunft der Überwachungsbehörden wie dem Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie hält sich die Schifffahrt weitgehend an die Grenzwerte.

Um die neuen Umwelt- und Klimaanforderungen umzusetzen und langfristig eine Dekarbonisierung des Seeverkehrs zu erreichen, rücken auch im maritimen Sektor alternative Kraftstoffe und Antriebssysteme in den Fokus. Innovative Technologiekonzepte werden in Bereichen wie Elektromobilität, Wasserstofftechnologien, synthetische Kraftstoffe mit grünem Wasserstoff und LNG (liquefied natural gas) verfolgt. Um die Herstellung alternativer Kraftstoffe zu fördern und Anreize zu etablieren, setzt sich die Bundesregierung zudem im Rahmen der Überarbeitung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (REDI) für europaweite und geeignete regulatorische Rahmenbedingungen ein.

Dabei erfordert die Schifffahrt aufgrund ihrer besonderen Anforderungen im Vergleich zu anderen Verkehrsträgern eine sektorspezifische Betrachtung: So ist eine vollständige Elektrifizierung, wie sie für andere Sektoren wie z. B. den PKW-Verkehr diskutiert wird, im Seeverkehr angesichts der zurückzulegenden Transportwege sowie der transportierten Tonnage derzeit nicht umsetzbar. Zumindest für große Containerschiffe kann mittelfristig auf hocheffiziente Diesel- und Gasmotoren als Antriebstechnologien nicht verzichtet werden. Durch moderne diesel-elektrische Antriebsanlagen (so genannte Hybrid-Antriebe) können erhebliche Emissionsreduktionen erreicht werden. Im Kurzstreckenverkehr – bspw. beim Betrieb von Fähren –

3 Die Bruttoreumzahl (BRZ) ist ein dimensionsloses internationales Maß für die Größe eines Schiffs auf der Grundlage des umbauten Volumens, gemessen in Kubikmetern.

4 Verordnung (EU) 2015/757 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 über die Überwachung von Kohlendioxidemissionen aus dem Seeverkehr, die Berichterstattung darüber und die Prüfung dieser Emissionen und zur Änderung der Richtlinie 2009/16/EG, ABL L 2015 vom 19.05.2015.



befinden sich wiederum bereits Batterietechnologien im Einsatz. Entsprechendes Potenzial gibt es auch bei der Binnenschifffahrt. Der Einsatz von Brennstoffzellen wird zudem bei der Bordstromversorgung erprobt.

Schon heute technisch möglich und erprobt ist der Einsatz von LNG. Derzeit kommt vorwiegend fossiles Erdgas zum Einsatz. Die Industrie forscht jedoch bereits an Technologien, um Erdgas auch durch Biogas oder synthetisches Gas zu ersetzen. Mit LNG sinken im Vergleich zum herkömmlichen Schweröl die Partikel- und Schwefelemissionen um nahezu 100 Prozent, die Stickstoffemissionen um 70 Prozent und die Treibhausgasemissionen um ca. 25 Prozent.

Beim Thema Luftreinhaltung in Häfen werden Technologien zur gasbasierten Versorgung von Schiffen mittelfristig ebenfalls eine zentrale Rolle spielen. So wurde für die Versorgung von Kreuzfahrtschiffen im Hamburger Hafen ein Lastkahn mit Gasmotoren entwickelt, die LNG zur Erzeugung des Stroms verwenden (LNG-Barge „Hummel“). Alternativen könnten kleine flexible, landbasierte Anlagen wie z. B. ein in einem Container installiertes Kleinstkraftwerk, das mit LNG befeuert wird (so genannte PowerPacs), darstellen.

Effizienzsteigerungen beim Kraftstoffverbrauch lassen sich neben innovativen Antriebstechnologien auch durch Leichtbau oder die Optimierung der Rumpfform der Schiffe, aber vor allem durch die Nutzung von Erkenntnissen erzielen, die nun aufgrund der Digitalisierung zur Verfügung stehen. So könnten die Daten zu CO₂-Emissionen, die im Rahmen

des IMO-Datensystems erfasst werden, eine wesentliche Grundlage für die Optimierung der Ausnutzung von Kraftstoffen und sonstigen Ressourcen bilden.

Für die deutsche maritime Branche bieten Investitionen in den Klima- und Umweltschutz vor allem die Chance, mit innovativen Unternehmen, Geschäftsmodellen, Produkten und Verfahren international wettbewerbsfähig zu bleiben. Die notwendigen Weichen hierfür müssen jetzt gestellt werden.

Anlässlich der Weltklimakonferenz COP23 in Bonn im November 2017 haben führende Unternehmen der maritimen Branche im Rahmen der Initiative „Ambition 1.5 °C“ den Entwurf für einen Aktionsplan vorgestellt, mit dem die Schifffahrt ihren Beitrag zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen leisten kann. Zu den Vorschlägen zählen u. a.

- ▶ der Bau von Demonstrationsschiffen zur Erprobung neuer Technologien;
- ▶ die Aufnahme eines wissenschaftsbasierten Ziels für CO₂-Emissionen im Rahmen der IMO-Verhandlungen sowie
- ▶ die Fortentwicklung und restriktive Umsetzung des EEID.

Am weitesten geht die Empfehlung, auf eine CO₂-Steuer oder -Abgabe hinzuwirken, um die Einführung sauberer Technologien zu fördern.



Wie unterstützt die Bundesregierung die maritime Energiewende?

Die Bundesregierung hat im Januar 2017 die Maritime Agenda 2025 verabschiedet. Die Agenda definiert zentrale Ziele, Handlungsfelder und Vorschläge für aufeinander abgestimmte Maßnahmen, die zur nachhaltigen Nutzung der Meere und einem hohen Schutzniveau beitragen und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands als Technologie-, Produktions- und Logistikstandort mittel- und langfristig weiter stärken. Zentrale Handlungsfelder sind die Stärkung der Nachhaltigkeit des Seeverkehrs sowie der Beitrag maritimer Technologien zur Energiewende.

Handlungsfelder und Ziele der Maritimen Agenda 2025:

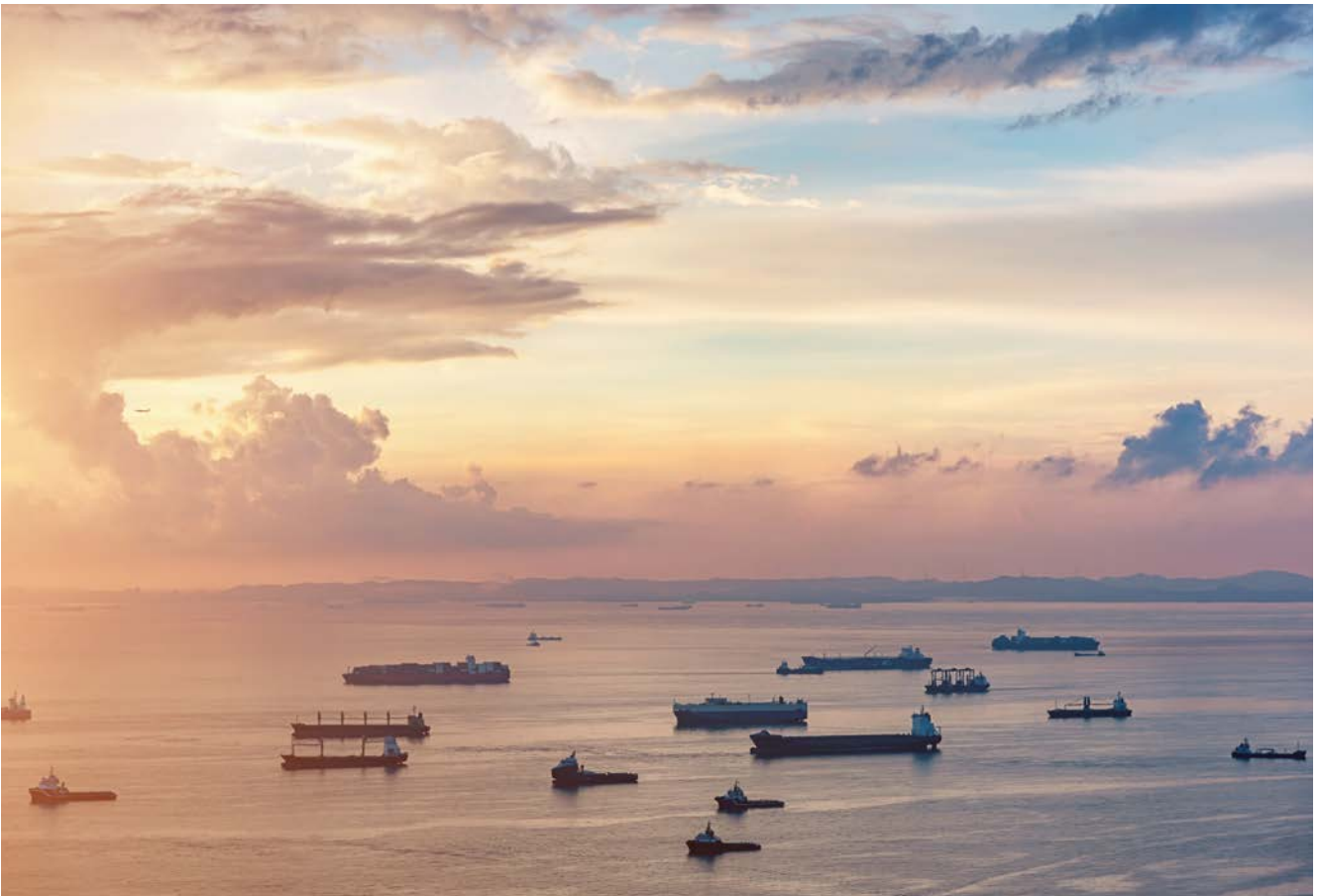
1. Technologieführerschaft sichern und ausbauen
2. Internationale Wettbewerbsfähigkeit sichern
3. Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Häfen stärken
4. Nachhaltigkeit des Seeverkehrs gestalten
5. Mit maritimen Technologien zur Energiewende beitragen
6. Maritim 4.0 – Chancen der Digitalisierung nutzen
7. Maritimes Know-how in Deutschland stärken
8. Industrielle Fähigkeiten beim Bau von Marine- und Küstenwachschiffen weiterentwickeln
9. EU-Strategie zum „Blauen Wachstum“ aktiv gestalten

Bei der Entwicklung von Klima- und Umweltstandards legt die Bundesregierung großen Wert auf einen kohärenten Rahmen mit global gültigen Regeln, um einen effektiven Schutz unter Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen sicherzustellen. Die Bundesregierung wird sich daher auch weiterhin im Umweltausschuss der IMO für eine effektive Umsetzung der beschlossenen Standards und Regelwerke einsetzen und sich gleichzeitig mit Nachdruck in die Verhandlungen um eine umfassende CO₂-Strategie einbringen. Deutschland hat sich u. a. einer Koalition europäischer und vom Klimawandel besonders betroffener Inselstaaten angeschlossen („High Ambition Group“), um sich im Rahmen der Verhandlungen für ein möglichst konkretes Beitragsziel der Schifffahrt zur CO₂-Reduktion einzusetzen.

Für die Unterstützung bei der Einführung neuer Kraftstoffe und Antriebssysteme verweist die Maritime Agenda 2025 auf die Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie (MKS). Mit der 2013 veröffentlichten Strategie hat die Bundesregierung erstmals einen umfassenden Überblick über die Technologien und alternativen Kraftstoffoptionen für die verschiedenen Verkehrsträger vorgelegt. Ziel der MKS ist es, in Form einer „lernenden Strategie“ Wege aufzuzeigen, wie die Energiewende im Verkehr langfristig umgesetzt werden kann. Mit der Weiterentwicklung der MKS soll der Handlungsbedarf für die Bundesregierung und die beteiligte Wirtschaft identifiziert werden, um möglichst kurzfristig marktreife Kraftstoffalternativen zu schaffen.

Daneben läuft die konkrete Umsetzung der MKS durch Förderprogramme und Pilotprojekte. Im August 2017 hat das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur die Richtlinie über Zuwendungen für die Aus- und Umrüstung von Seeschiffen zur Nutzung von LNG als Schiffskraftstoff veröffentlicht. Ziel der Richtlinie ist es, die Nachfrage nach LNG als Schiffskraftstoff in Deutschland zu steigern, um damit Anreize für den Aufbau der entsprechenden LNG-Versorgungsinfrastruktur in Häfen zu geben. Gegenstand der Förderung ist entweder die Ausrüstung von Schiffsneubauten oder die Umrüstung von bestehenden Seeschiffen zur Nutzung von LNG als Schiffskraftstoff im reinen Gas- bzw. Dual-Fuel-Betrieb für den Hauptantrieb.

Der Bund ist selbst Eigentümer von Schiffen u. a. beim Zoll, bei der Bundespolizei, der Fischereiaufsicht oder der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung. Im Wege der Vergabe von Schiffsneubauten kann er so eine wichtige Rolle als Innovationstreiber sowie bei der Durchsetzung hoher umweltbezogener Standards wahrnehmen. Gerade bei langlebigen Wirtschaftsgütern wie Schiffen sind Betriebskosten (u. a. Energieverbrauch) sowie so genannte Lebenszykluskosten



(u. a. Wartungsintensität) wichtige Vergabekriterien. Für das künftig im Dienst des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie fahrende Forschungsschiff ATAIR wurde eine deutsche Werft u. a. mit der Ausrüstung eines emissionsarmen LNG-Antriebs beauftragt.

Mit den Instrumenten der Technologie- und Forschungsförderung setzt die Bundesregierung Anreize, verstärkt in Forschung und Entwicklung zu investieren. Mit der im Februar 2017 veröffentlichten Förderinitiative „Energie- wende im Verkehr: Sektorkopplung durch die Nutzung strombasierter Kraftstoffe“ hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie für die drei Jahre von 2018 bis 2020 rund 130 Millionen Euro bereitgestellt. Ziel der programm- übergreifenden Initiative ist es, die Energiewirtschaft, den Verkehrssektor und die maritime Wirtschaft enger zu ver- zahnern und Anreize für die Nutzung von Synergien zu setzen. Der Fokus der Förderbekanntmachung liegt auf Forschungsprojekten zur Herstellung und Nutzung von alternativen, strombasierten Kraftstoffen und der Einbin- dung der neuen Technologien in die Energiewirtschaft. Ausgehend von einem sektorübergreifenden Ansatz zielt die Förderinitiative auch auf die Entwicklung von leistungs-

autonomen, energieeffizienten Stromerzeugungs- und -versorgungskonzepten (so genannte Microgrids), um eine klimaneutrale Landstromversorgung von Schiffen zu gewährleisten und das regionale Netz zu entlasten bzw. zu unterstützen. Für die aktuelle Diskussion über Maßnahmen des Bundes zur Stärkung der Landstromversorgung von Schiffen in Häfen sind die ausgewählten Forschungspro- jekte von erheblicher Relevanz. Darüber hinaus plant die Bundesregierung, das Thema in ihrem Energieforschungs- programm fest zu verankern und ab 2018 den neuen För- derbereich „EnEff.Hafen.2050“ zu etablieren.

Die Förderbekanntmachung ist Bestandteil der Initiative für eine maritime Energiewende, die das Bundesministe- rium für Wirtschaft und Energie gemeinsam mit dem Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbauer e.V. (VDMA) im Rahmen der Zehnten Nationalen Maritimen Konferenz im April 2017 in Hamburg angestoßen hat. Der Verband für Schiffbau und Meerestechnik e.V. (VSM) ist der Initiative beigetreten. Mit der Initiative wollen die Part- ner die Entwicklung von Technologien an der Schnittstelle von Energie, Verkehr und Industrie gezielt fördern und den Dialog der maritimen Akteure stärken.

Maritime Technologieförderprogramme des Bundes:

- ▶ Maritimes Forschungsprogramm vom 01.12.2017
- ▶ Förderlinie „Echtzeittechnologien für die maritime Sicherheit“ vom 01.12.2017
- ▶ Förderprogramm „Innovativer Schiffbau sichert wettbewerbsfähige Arbeitsplätze“ vom 29.11.2017
- ▶ Förderprogramm „Innovative Hafentechnologien“ (IHATEC) vom 20.06.2016

Energieforschungsprogramm des Bundes

- ▶ Förderbekanntmachung 6. Energieforschungsprogramm „Forschung für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung“ vom 08.12.2014

Die maritime Energiewende wird eines der zentralen Themen für den Maritimen Koordinator der Bundesregierung in der neuen Legislaturperiode sein. Entwicklung und effektiver Einsatz der Technologien kann nur in Zusammenarbeit aller maritimen Akteure erfolgen. Auf die Koordinierung und Bündelung von Maßnahmen der Bundesregierung wird es hier auch in Zukunft maßgeblich ankommen.

Kontakt: Dr. Anja Stenger
Referat: Maritime Wirtschaft, Geschäftsstelle des
Koordinators für die Maritime Wirtschaft

Ist das Europäische Vertragsrecht fit für das digitale Zeitalter?

Reform des Vertragsrechts als Teil der Digitalen Binnenmarktstrategie der Kommission

Die Digitalisierung umfasst immer mehr Lebensbereiche. Eine Vielzahl von heute alltäglich verwendeten Produkten – wie etwa das Smartphone oder intelligente Waschmaschinen – waren vor einigen Jahren noch deutlich weniger verbreitet. Bei allen diesen Produkten ist Software ein integraler Bestandteil der Ware. Daneben sind auch neue digitale Geschäftsmodelle auf dem Vormarsch – wie z. B. das Bezahlen mit Daten. Um mit diesen Entwicklungen Schritt zu halten, plant die EU, die Regeln des Vertragsrechts zu novellieren und fit für das digitale Zeitalter zu machen. Sie hat dazu entsprechende Reformvorschläge vorgelegt. Diese zielen darauf ab, den grenzüberschreitenden Handel zu fördern und den Verbraucherschutz zu stärken.



Der Europäische Binnenmarkt ist als Wachstumsmotor eine entscheidende Säule der Europäischen Union. Vor diesem Hintergrund hat die Europäische Kommission im Mai 2015 ihre digitale Binnenmarktstrategie veröffentlicht. Erklärtes Ziel ist es, die derzeit noch stark national fragmentierten digitalen Märkte zu einem gemeinsamen Markt zu integrieren. Zu den insgesamt 16 zentralen Initiativen der digitalen Binnenmarktstrategie gehören auch zwei Richtlinienvorschläge, die sich mit bestimmten vertragsrechtlichen Aspekten der Bereitstellung digitaler Inhalte und mit bestimmten vertragsrechtlichen Aspekten des Warenhandels befassen.

Der Richtlinienvorschlag Digitale Inhalte betrifft die Bereitstellung klassischer Daten in digitaler Form (z. B. Musik, Apps), die Bereitstellung digitaler Dienste (z. B. Cloud Computing, soziale Netzwerke) und körperlicher Datenträger, auf denen digitale Inhalte gespeichert sind (z. B. CDs, DVDs). Erfasst sind Verträge im Verhältnis Anbieter/Verbraucher, sei es als „klassischer“ Vertrag (digitaler Inhalt gegen Entgelt) oder als Vertrag, bei dem der Verbraucher seine personenbezogenen Daten zur Verfügung stellt und sozusagen mit diesen

Daten „bezahlt“ („Daten als Gegenleistung“). Geregelt wird insbesondere, wann der digitale Inhalt vertragsgemäß ist, wer die Beweislast hierfür trägt und welche Gewährleistungsrechte der Verbraucher bei Vertragswidrigkeit innerhalb welcher Frist geltend machen kann (Nacherfüllung, Preisminderung, Beendigung des Vertrages). Dabei handelt es sich um vollharmonisierende Regelungen. Das heißt, dass die Mitgliedstaaten davon nicht abweichen können. Für die geregelten Aspekte gibt es bisher keine EU-weit einheitlichen Vorschriften.

Der Richtlinienvorschlag zum Warenhandel betrifft alle Kaufverträge über bewegliche Sachen und sieht insbesondere vollharmonisierende Regelungen (d. h. ohne Abweichungsmöglichkeit) zur Vertragsmäßigkeit, zu den Gewährleistungsrechten des Verbrauchers und zur Beweislast vor. Die Richtlinie Warenhandel soll die geltende Verbrauchsgüterkaufrichtlinie ersetzen. Abgesehen davon, dass die Verbrauchsgüterkaufrichtlinie bislang nur Mindestharmonisierende Vorschriften enthält (d. h. mit Abweichungsmöglichkeit für die Mitgliedstaaten), sind der nunmehr vorgelegte



Richtlinienvorschlag und die Verbrauchsgüterkaufrichtlinie in vielen Punkten identisch. Es muss daher abgewogen werden, ob und in welchem Umfang die geltende Verbrauchsgüterkaufrichtlinie, die schon lange in Kraft und erprobt ist, tatsächlich ersetzt werden sollte.

Verabschiedung für 2018 geplant

Die Verhandlungen zu den beiden Richtlinienvorschlägen sind unterschiedlich weit fortgeschritten: Zur Richtlinie Digitale Inhalte haben im Dezember 2017 die informellen Trilogverhandlungen zwischen Kommission, Rat und Parlament begonnen. Die Richtlinie Warenhandel wird noch in Rat und Parlament beraten – die zuständige Ratsarbeitsgruppe ist erst im Dezember 2017 in die inhaltlichen Beratungen eingestiegen. Gleichwohl plant die Kommission für beide Richtlinienvorschläge, wie bei allen Initiativen der Digitalen Binnenmarktstrategie, eine Verabschiedung bis Ende 2018.

Beide Richtlinienvorschläge enthalten zahlreiche kontrovers diskutierte Regelungen. Dies betrifft „klassische“ Themen des Vertragsrechts (z. B. ab wann Verbrauchern bei langfristigen Verträgen ein Kündigungsrecht zustehen sollte), aber auch spezielle Fragen wie Pflichten zur Bereitstellung von (Sicherheits-)Updates oder die Frage, inwieweit elektronische Kommunikationsdienste wie z. B. WhatsApp, Skype, Facetime neben den traditionellen Kommunikationsdiens-

ten von der Richtlinie erfasst sein sollten. Die Verhandlungen gestalten sich daher alles andere als einfach. Dabei wird auch das mitunter bestehende Spannungsverhältnis zwischen den Zielen, den grenzüberschreitenden Handel zu fördern und gleichzeitig die Rechte der Verbraucher zu stärken, immer wieder deutlich. Die Schwierigkeiten der Verhandlungen sollen anhand der folgenden drei Beispiele verdeutlicht werden:

1. Umgang mit integrierten digitalen Inhalten

Zu den Waren mit integrierten digitalen Inhalten (so genannte embedded digital content) gehören z. B. Smartphones mit Betriebssystem und Apps, Waschmaschinen mit eingebauter Software und Autos mit eingebautem Navigations- und Soundsystem. Derartige Verknüpfungen von Waren und digitalem Inhalt nehmen an Bedeutung zu, so dass zunehmend eine Notwendigkeit für entsprechende Regeln gesehen wird.

Drei Regelungsoptionen denkbar

Möglich wäre die Anwendung der Regelungen der Richtlinie Warenhandel (im Folgenden: Regeln des Warenrechts) auf die Ware insgesamt, unabhängig von Existenz und Bedeutung darin integrierter digitaler Inhalte. Der Vorteil läge in der Einfachheit der Regelung, da beispielsweise keine

Abgrenzung nach der Bedeutung des digitalen Inhalts stattfinden müsste. Andererseits könnte diese Lösung künftig nicht mehr sachgerecht sein, wenn integrierte digitale Inhalte mehr und mehr an Bedeutung gewinnen.

Alternativ wäre die Anwendung der Regelungen für digitale Inhalte sowohl auf die Ware als auch auf den integrierten digitalen Inhalt denkbar. Auch diese Option würde klare Regeln schaffen, wäre allerdings ggf. nicht immer sachgerecht, solange es sich um Waren mit nur untergeordnetem Softwareanteil handelt.

Schließlich käme eine differenzierte Regelung in Betracht, z.B. indem Warenrecht auf den Warenteil und die Richtlinie Digitale Inhalte auf den digitalen Inhalt Anwendung findet. Alternativ könnte nach der Bedeutung des digitalen Inhalts differenziert werden. Warenrecht wäre danach anwendbar, solange der digitale Inhalt nur von untergeordneter Bedeutung ist. Sobald er zur Wahrnehmung der Hauptfunktionen der Ware erforderlich ist, wäre dagegen die Richtlinie Digitale Inhalte anwendbar. Auf den ersten Blick mag eine differenzierte Regelung sachgerechter erscheinen. Allerdings birgt sie durchaus Abgrenzungsschwierigkeiten (Liegt der Fehler in der Ware oder doch in der Software? Wann ist ein digitaler Inhalt nur von untergeordneter Bedeutung?).

Insbesondere diese dritte Option einer differenzierten Regelung zeigt auch, welche (Vor-)Frage sich neben der eigentlichen Regelung zum Umgang mit integrierten digitalen Inhalten noch stellt: Ab wann ist ein digitaler Inhalt eigentlich „eingebettet“, d.h. wie ist der Begriff zu definieren?

Ergebnis nicht absehbar

Kommission, Rat und Parlament haben unterschiedliche Auffassungen zu den genannten Regelungsoptionen. Der Kommission schwebt offenbar eine differenzierte Lösung vor, bei der Warenrecht so lange anwendbar bleibt, wie die Ware (noch) im Vordergrund steht und die integrierten digitalen Inhalte nur von untergeordneter Bedeutung sind. Auch das Parlament bevorzugt eine differenzierte Lösung, wenn auch in anderer Form: Für den digitalen Inhalt gilt die Richtlinie Digitale Inhalte, für den Warenteil bleibt es bei der Anwendung von Warenrecht. Nach der Ratsfassung sind nur digitale Inhalte von zentraler Bedeutung überhaupt „eingebettet“. Gleichwohl findet auch bei diesen Waren weiterhin Warenrecht Anwendung.

Die unterschiedlichen Auffassungen lassen umfangreiche Diskussionen und Textänderungen im Trilog zur Richtlinie Digitale Inhalte und in den Verhandlungen zum Richtlinienvorschlag Warenhandel erwarten. Wichtig ist in jedem Fall, zu einer klaren Definition und einer eindeutigen Regelung zu kommen. Abgrenzungsschwierigkeiten und damit Rechtsunsicherheit auf Seiten der Verbraucher und der Unternehmen sollten vermieden werden.

2. Verlängerung der Gewährleistungsfristen

Diskutiert wird auch über eine Verlängerung der Gewährleistungsfrist und der Beweislastumkehrfrist. Das deutsche Recht sieht derzeit grundsätzlich eine Gewährleistungsfrist von zwei Jahren und eine Beweislastumkehrfrist von sechs Monaten vor, was den Regelungen in den meisten anderen EU-Mitgliedstaaten entspricht (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Derzeitige Fristen für Gewährleistung und Beweislastumkehr

Mitgliedstaaten	Gewährleistungsfrist (Jahre)	Beweislastumkehrfrist
Belgien	2	6 Monate
Bulgarien	2	6 Monate
Dänemark	2	6 Monate
Deutschland	2	6 Monate
Estland	2	6 Monate
Finnland	Keine feste Frist	6 Monate
Frankreich	2	2 Jahre
Griechenland	2	6 Monate
Irland	6	6 Monate
Italien	2	6 Monate
Kroatien	2	6 Monate
Lettland	2	6 Monate
Litauen	2	6 Monate
Luxemburg	2	6 Monate
Malta	2	6 Monate
Niederlande	Keine feste Frist	6 Monate
Österreich	2	6 Monate
Polen	2	1 Jahr
Portugal	2	2 Jahre
Rumänien	2	6 Monate
Schweden	3	6 Monate
Slowakei	2	6 Monate
Slowenien	2	6 Monate
Spanien	2	6 Monate
Tschechische Republik	2	6 Monate
Ungarn	2	6 Monate
Vereinigtes Königreich	6 (5 in Schottland)	6 Monate
Zypern	2	6 Monate



Gewährleistungsfrist: Zeitspanne, in der Verbraucher Gewährleistungsrechte wegen Mängeln der (Kauf-) Sache geltend machen können.

Beweislastumkehrfrist: Zeitspanne, in der nicht der Verbraucher den Mangel, sondern der Verkäufer die Mangelfreiheit der (Kauf-)Sache nachweisen muss.

Gleichwohl werden derzeit bei beiden Richtlinienvorschlägen längere Fristen diskutiert: In ihrem Richtlinienvorschlag Digitale Inhalte sah die Kommission keinerlei explizite Fristen vor. Geregelt wurde lediglich, dass die Beweislast beim Anbieter liegt. Folge des Kommissionsvorschlags wäre, dass Verbraucher unbegrenzt Gewährleistungsrechte geltend machen könnten und Anbieter unbegrenzt verpflichtet wären, die Mangelfreiheit des digitalen Inhalts nachzuweisen.

Wäre dieser Vorschlag aus Verbraucherschutzgesichtspunkten der aktuellen Regelung vorzuziehen? Vermutlich würden Anbieter das Risiko, mangels Fristen unbegrenzt haftbar zu sein, über höhere Preise an die Verbraucher weitergeben. Daher wäre jedenfalls fraglich, ob das Verbraucherschutzniveau insgesamt tatsächlich steigen würde.

Doch auch bei expliziten Fristenvorgaben stellen sich zahlreiche Folgefragen, z. B. ob es sich um vollharmonisierende Regelungen handeln sollte. Ein Vorteil wäre, dass Verbraucher und Anbieter EU-weit denselben Regeln unterworfen wären. Dies fördert das Verbrauchervertrauen und stärkt den grenzüberschreitenden Handel. Dafür müssten zugleich aber Mitgliedstaaten mit derzeit längeren Fristen ihr aktuelles Verbraucherschutzniveau herunterfahren.

Dies führt zu der Frage, ob eine Verlängerung der Fristen für alle Mitgliedstaaten überhaupt sinnvoll wäre. Befürworter argumentieren, dass digitale Inhalte sich anders als Waren nicht abnutzen und die Kosten der Nacherfüllung (z. B. ein Update mit einer nicht-defekten Software) oft gering sind. Kritiker argumentieren hingegen, dass die Kosten der Nacherfüllung wegen der rasanten technologischen Entwicklung gerade besonders hoch sein können. Bei der Beweislastumkehr wird es zudem mit zunehmender Fristlänge wahrscheinlicher, dass andere Faktoren (z. B. Anwendungsfehler des Verbrauchers) bei der Entstehung eines Defekts eine Rolle gespielt haben.

Bei den Verhandlungen zur Richtlinie Digitale Inhalte geht die Tendenz im Hinblick auf die Beweislastumkehr in Richtung einer längeren Frist: Der Rat sieht hier eine Frist von

einem Jahr (vollharmonisiert) vor, das Europäische Parlament sogar eine Frist von zwei Jahren (ein Jahr nur bei integrierten digitalen Inhalten).

Eine ähnliche Tendenz zeigt sich auch beim Richtlinien-vorschlag Warenhandel. Hier sieht bereits der Vorschlag der Kommission längere Fristen vor – zwei Jahre für die Beweislastumkehr sowie zwei Jahre Gewährleistungsfrist. Die zweijährige Gewährleistungsfrist entspricht zwar der derzeitigen Rechtslage, wegen des vollharmonisierenden Ansatzes könnten die Mitgliedstaaten aber anders als bisher nicht davon abweichen. Auch hier stellen sich daher die genannten Fragen zu den Vor- und Nachteilen von vollharmonisierenden Regelungen und längeren Fristen – auch vor dem Hintergrund, dass die geltende Verbrauchsgüterkaufrichtlinie schon lange in Kraft und erprobt ist.

3. Umgang mit Verträgen, bei denen der Verbraucher mit seinen Daten „bezahlt“

Speziell beim Richtlinienvorschlag Digitale Inhalte stellt sich die Frage, wie mit vermeintlich „kostenlosen“ Verträgen umgegangen werden sollte. Nach dem Kommissionsvorschlag soll die Richtlinie Digitale Inhalte auch dann Anwendung finden, wenn der Verbraucher keinen Preis für die Bereitstellung digitaler Inhalte zahlt, sondern stattdessen Daten zur Verfügung stellt. Die Kommission verweist insoweit auf den zunehmend mit Geld vergleichbaren Wert von Informationen über Einzelpersonen und stellt zudem fest: „(...) Diese besonderen Geschäftsmodelle treten in verschiedenen Formen in einem erheblichen Teil des Marktes auf. Die Einführung einer Differenzierung nach Art der Gegenleistung würde zu einer diskriminierenden Unterscheidung zwischen verschiedenen Geschäftsmodellen führen und Unternehmen einen ungerechtfertigten Anreiz bieten, digitale Inhalte vermehrt gegen Daten anzubieten. Es sollten gleiche Wettbewerbsbedingungen sichergestellt werden (...)“.

Der Kommissionsvorschlag erfasst derartige Verträge jedoch nicht vollumfänglich, sondern setzt einschränkend voraus, dass der Verbraucher die Daten „aktiv“ und als „echte“ Gegenleistung („counter-performance other than money“) bereitstellt. Nicht erfasst wären damit z. B. Fälle, in denen der Verbraucher die Daten nicht selbst bereitstellt, sondern dem Anbieter über so genannte Cookies automatisch generierte Informationen über das Nutzerverhalten des Verbrauchers zur Verfügung gestellt werden.



Mitgliedstaaten streiten über das „Wie“ der Einbeziehung

Die Mitgliedstaaten waren sich weitgehend einig, derartige Verträge in die Richtlinie einzubeziehen. Umstritten war jedoch das „Wie“: Sollen sie generell erfasst sein, abgesehen von ausdrücklich geregelten Ausnahmen? Sollen sie umgekehrt grundsätzlich nicht erfasst sein, abgesehen von den ausdrücklich in der Richtlinie genannten „Formen“ des Bereitstellens von Daten? Welche Fälle sollten von der Richtlinie erfasst werden? Diskussionsstoff boten auch mögliche Konflikte zum bestehenden Datenschutzrecht und hier insbesondere die Frage, inwieweit der Richtlinie zusätzlich zu den Rechten des geltenden Datenschutzrechts überhaupt ein Mehrwert zukommen kann. Das Datenschutzrecht sieht bereits eine auf Antrag zu erfolgende vollständige Löschung von Daten vor, womit aber der Anbieter keinen Gegenwert für seine Leistung mehr hätte. Zugleich hat der Verbraucher möglicherweise gar kein Interesse an weitergehenden Rechten über die Löschung seiner Daten hinaus.

Europäischer Datenschutzbeauftragter äußert grundlegende Kritik an Formulierungen des Vorschlags

Der Europäische Datenschutzbeauftragte begrüßte grundsätzlich die Einbeziehung derartiger Verträge, kritisierte jedoch die Begriffe „aktiv“ und „als Gegenleistung“. Daten sollten nicht als Ware und damit mögliche Gegenleistung dargestellt werden. Zudem sollte für das aktive und das passive Bereitstellen von Daten der gleiche Schutz gelten, das bestehende Datenschutzrecht differenziere insoweit nicht.

Sachgerechte Lösung erforderlich

Am Ende wird die Richtlinie Verträge, bei denen der Verbraucher mit seinen Daten „bezahlt“, wahrscheinlich grundsätzlich erfassen. Unklar ist noch, in welchem Umfang sie einbezogen werden und welche Ausnahmen es geben wird. Rat und Parlament haben jedenfalls in ihren Textfassungen beispielsweise die Beschränkung auf „aktiv“ und „als Gegenleistung“ bereitgestellte Daten gestrichen. Dies könnte in Richtung einer eher breiten Erfassung dieser Verträge deuten. Wichtig ist am Ende ein sachgerechter Interessenausgleich: Auf der einen Seite steht das Bestreben, Verbrauchern auch für diese Fälle Rechte zuzugestehen und so ggf. auch das Bewusstsein zu steigern, dass es sich gerade nicht um kostenlose Verträge handelt. Auf der anderen Seite dürfen jedoch die Interessen der Wirtschaft und die schon bestehenden Rechte des Datenschutzrechts nicht aus dem Blick verloren werden.

Ausblick: Ausgleich von Verbraucher- und Unternehmensinteressen notwendig

Auch künftig sind sowohl zur Richtlinie Digitale Inhalte als auch zur Richtlinie Warenhandel kontroverse Diskussionen zu erwarten. Wichtig ist dabei, dass am Ende eine sachgerechte Lösung steht, die sowohl den Verbraucher- als auch den Unternehmensinteressen gerecht wird. Dafür müssen nicht nur bei einzelnen Fragen Verbraucher- und Unternehmensinteressen abgewogen werden, sondern auch Zusammenhänge zwischen den Richtlinienvorschlägen bedacht werden. Wichtig sind z. B. möglichst gleichlaufende Fristen in beiden Richtlinien – mit unterschiedlichen Regelungen für verschiedene (Kauf-)Gegenstände und der damit verbundenen Rechtsunsicherheit, welche Regeln eigentlich gelten, wäre letztlich niemandem gedient. Ein übergreifendes Thema wird auch der Grad der Harmonisierung sein (Vollharmonisierung ohne Abweichungsmöglichkeit vs. Mindestharmonisierung). Der Ansatz der Kommission (Vollharmonisierung) ist angesichts ihres Ziels, einen EU-weit einheitlichen Markt zu schaffen, dabei grundsätzlich folgerichtig. Wenn es dadurch gelingt, den grenzüberschreitenden Handel zu fördern und gleichzeitig das Verbraucherschutzniveau anzuheben, dürften die Mitgliedstaaten jedenfalls im Bereich des Vertragsrechts fit für das digitale Zeitalter sein.

Kontakt: Dr. Svenja Solka
Referat: Zukunft der EU, Justiz und Inneres,
Bessere Rechtsetzung

II. Wirtschaftliche Lage

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Weltwirtschaft: weiter dynamisches Wachstum.

Das außenwirtschaftliche Umfeld hat sich im Verlauf des Jahres 2017 deutlich aufgehellt. Die Weltwirtschaft hat, verglichen mit dem Vorjahr, weiter Fahrt aufgenommen. In den Vereinigten Staaten und in Japan hält die konjunkturelle Dynamik an.¹ Auch im Euroraum setzte sich die Konjunktur im dritten Quartal unvermindert fort. In den Schwellenländern hat sich das Expansionstempo ebenfalls belebt. Das Wachstum der chinesischen Wirtschaft wirkt gefestigt, bleibt aber hinter den Raten der Vorjahre zurück. Russland und Brasilien haben ihre Rezessionsphasen überwunden.

Die Indikatoren zur Weltwirtschaft deuten auf eine Fortsetzung des globalen Aufschwungs hin. Die weltweite Industrieproduktion nahm im Oktober erneut zu und setzte damit ihre aufwärtsgerichtete Entwicklung fort; zuletzt lag sie um 3,6% über dem Niveau des Vorjahres. Der globale IHS Einkaufsmanagerindex von Markit stieg im Dezember weiter auf seinen höchsten Stand seit März 2015 an.

Die OECD rechnet in ihrem Ausblick vom November mit einem globalen Wachstum für das Jahr 2017 von 3,6% nach 3,1% im Jahr 2016. Für das kommende Jahr wird eine leichte

Beschleunigung auf 3,7% erwartet. Diese Einschätzung beinhaltet noch nicht die Steuerreform in den Vereinigten Staaten, die zumindest vorübergehend gewisse konjunkturelle Impulse auf die Vereinigten Staaten, aber auch auf die globale Nachfrage ausüben dürfte. Die Chancen und Risiken für die globale Wirtschaft werden gegenwärtig als relativ ausgeglichen eingeschätzt.

USA: Dynamik auch im dritten Quartal.

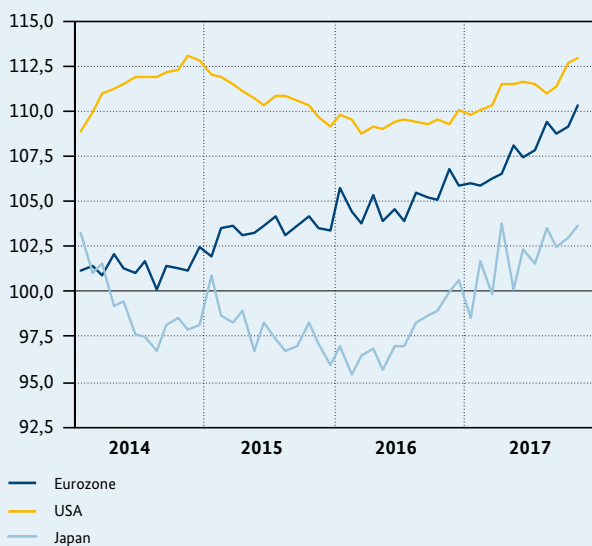
Die Wirtschaft in den Vereinigten Staaten wuchs im dritten Quartal saison- und kalenderbereinigt 0,8% und setzte damit ihren Aufschwung fort. Insbesondere die höheren Ausgaben für private Ausrüstungsinvestitionen trugen zur konjunkturellen Beschleunigung bei.

Die Indikatoren zeichnen am aktuellen Rand ein überwiegend positives Bild. Die Industrieproduktion ist im November um 0,2% gestiegen, nach einer kräftigen Zunahme im Oktober um 1,2%. Die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe erhöhten sich im November um 1,3%.

Der zusammengesetzte IHS Markit Einkaufsmanagerindex für Industrie und Dienstleistungen ging im Dezember etwas um 0,4 Prozentpunkte zurück, während der nationale Einkaufsmanagerindex des Institute for Supply Management (ISM) für das Verarbeitende Gewerbe sich merklich um 1,5 Prozentpunkte verbesserte. Der Arbeitsmarkt ist weiterhin in sehr guter Verfassung. Die Beschäftigung setzte im Dezember ihren Aufwärtstrend fort, der Aufwuchs von 148.000 Personen lag allerdings unter dem Zwölf-Monats-Durchschnitt. Die Arbeitslosenquote blieb unverändert bei 4,1%.

Die gute Lage am Arbeitsmarkt und die überwiegend optimistischen Stimmungsindikatoren sprechen ebenfalls für eine Fortsetzung des Wachstums. In ihrer Projektion vom November geht die OECD von einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 2,2% in diesem Jahr aus. Von einer Umsetzung der geplanten Steuerreform dürften in den kommenden Jahren zusätzliche konjunkturelle Impulse ausgehen.

Industrieproduktion International
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Fed, Japanese MITI, eigene Berechnung.

¹ In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 16. Januar 2018 vorlagen.

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Bruttoinlandsprodukt

Veränderung gegen Vorzeitraum (preis- und saisonbereinigt)

	2016		2017		2017
	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3
Euroraum	0,4	0,7	0,6	0,7	0,7
USA	0,7	0,4	0,3	0,8	0,8
Japan	0,2	0,3	0,4	0,7	0,6

Arbeitslosenquote

Abgrenzung nach ILO (saisonbereinigt)

	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
	Euroraum	9,0	8,9	8,8	8,7
USA	4,4	4,2	4,1	4,1	4,1
Japan	2,8	2,8	2,8	2,7	-

Verbraucherpreise

Veränderung gegen Vorjahreszeitraum (Ursprungswerte)

	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
	Euroraum	1,5	1,5	1,4	1,5
USA	1,9	2,2	2,0	2,2	2,1
Japan	0,7	0,7	0,2	0,6	-

Quellen: Eurostat, OECD, Macrobond.

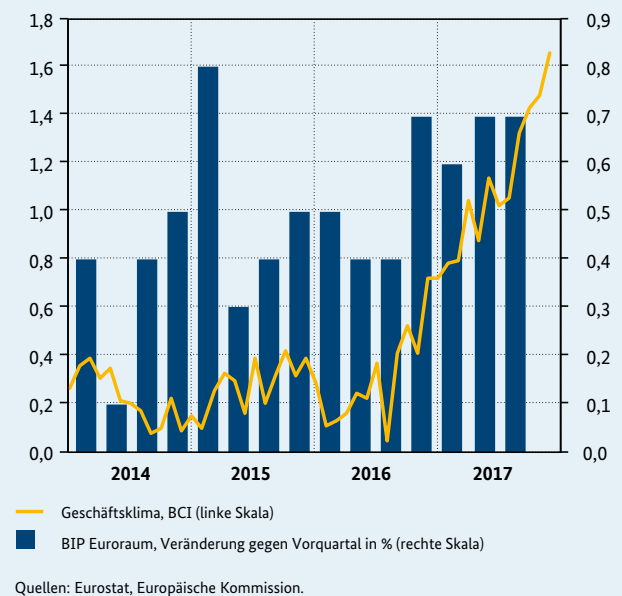
Japan: starkes drittes Quartal.

Im dritten Quartal 2017 ist das japanische BIP nach einem starken zweiten Quartal (+0,7%) erneut kräftig um 0,6% gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Hierzu haben eine expansive Geldpolitik und finanzpolitische Impulse beigetragen. Vor allem die Investitionen und der Außenhandel lieferten Wachstumsimpulse, während der private Konsum zurückging.

Aktuelle Indikatoren deuten auf eine weiterhin positive Entwicklung der japanischen Wirtschaft hin. Die Industrieproduktion legte im November zu und auch der Tankan-Index weist für das vierte Quartal eine weitere Verbesserung der Geschäftsbedingungen aus. Auch der Markt Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe stieg im Dezember weiter und notiert deutlich oberhalb der Wachstumsschwelle.

Angesichts der positiven konjunkturellen Entwicklung hat die OECD ihre November-Prognose für das BIP-Wachstum im Jahr 2017 auf 1,5% nach oben korrigiert. Für das Jahr 2018 erwartet sie bei geringen fiskalischen Impulsen ein verlangsamtes Wachstum von 1,0%.

Euroraum: BIP und Geschäftsklima (saisonbereinigt)



Euroraum und EU: gutes drittes Quartal.

Der Aufschwung im Euroraum setzt sich fort. Die wirtschaftliche Aktivität stieg im dritten Quartal 2017 preis- und saisonbereinigt wie schon im Vorquartal deutlich um 0,7%.

Die Wirtschaftsleistung im Vereinigten Königreich nahm im dritten Quartal mit einer Rate von 0,4% zu. Die konjunkturelle Dynamik im Vereinigten Königreich hat sich damit wieder leicht beschleunigt.

Die Indikatoren deuten eine Fortsetzung des Aufschwungs im Eurowährungsgebiet an. Die Industrieproduktion im Euroraum (Verarbeitendes Gewerbe) ist im November im Vergleich zum Vormonat kräftig um 1,0% gestiegen. Sowohl der Economic Business Climate Indicator der Europäischen Kommission als auch der IHS Markt Einkaufsmanagerindex für Industrie und Dienstleistungen haben sich im Dezember weiter aufgehellt. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Euroraum verringerte sich im November auf 8,7% und erreicht damit den niedrigsten Stand seit Anfang 2009.

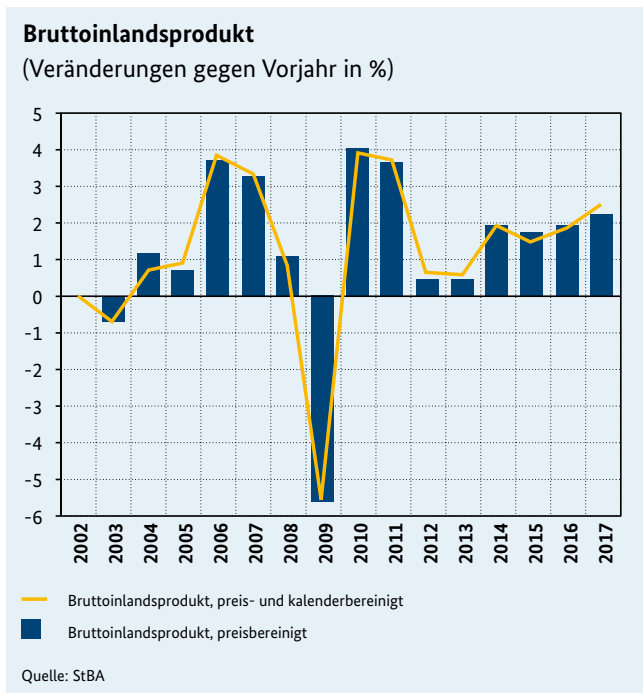
Die OECD geht in ihrer aktuellen Prognose von einem Anstieg des BIP im Eurogebiet von 2,4% im Jahr 2017 und von 2,1% im Jahr 2018 aus. Der Brexit-Prozess bleibt aber ein Risikofaktor für die Konjunktur.

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

1. Gesamtwirtschaft

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem kräftigen Aufschwung.

Das Bruttoinlandsprodukt ist im Jahr 2017 preisbereinigt um 2,2% gewachsen², obwohl weniger Arbeitstage zur Verfügung standen als im Vorjahr. Es war das höchste Wirtschaftswachstum seit dem Jahr 2011. In den vorangegangenen Jahren war der Konsum die treibende Kraft der Konjunktur gewesen. Im Jahr 2017 kam es durch das verbesserte weltwirtschaftliche Umfeld zusätzlich zu verstärkten außenwirtschaftlichen Impulsen. Vom Außenhandel gingen dennoch rein rechnerisch nur geringe Wachstumsimpulse aus, da die höhere Binnennachfrage auch zu einem höheren Anstieg der Importe führte. Die kräftigen Exporte stimulierten jedoch auch die Investitionen in Ausrüstungen. Die Investitionen in Bauten blieben angesichts der hohen Nachfrage und dem günstigen Finanzierungsumfeld ebenfalls rege. Alles in allem kam es somit im vergangenen Jahr zu einem Aufschwung auf breiter binnen- und außenwirtschaftlich fundierter Basis. Allerdings ist in Segmenten des Arbeitsmarktes auch die Knappheit an Fachkräften spürbarer geworden.



Zum Jahresende 2017 dürfte sich die hohe konjunkturelle Dynamik ein wenig abgeschwächt haben. Die umfangreichen Auftragseingänge sowie die positiven Geschäftserwartungen signalisieren aber, dass sich die konjunkturelle Entwicklung im laufenden Jahr lebhaft fortsetzen wird.

2. Produzierendes Gewerbe

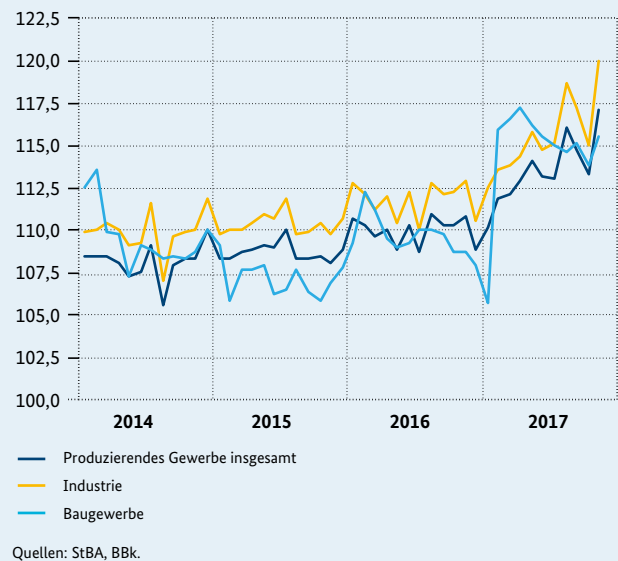
Die Industrieproduktion zieht wieder an.

Die Bauwirtschaft kämpft mit Kapazitätsproblemen und Fachkräftemangel.

Nach einem verhaltenen Start ins Schlussquartal hat die Produktion im Produzierenden Gewerbe aktuell wieder an Fahrt aufgenommen. Die Erzeugung stieg im November deutlich um 3,4%. Dieses Muster, schwache Produktion im Oktober, starke im November, war aufgrund der diesjährigen Feier- und Brückentage im Oktober allgemein erwartet worden.

Produktion im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen

(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



² In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 16. Januar 2018 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.

Industrie

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

	Q2	Q3	Sept.	Okt.	Nov.
Produktion					
Insgesamt	1,4	1,8	-1,2	-1,9	4,3
Vorleistungsgüter	1,8	1,6	-0,5	-0,7	3,0
Investitionsgüter	1,5	2,0	-2,3	-2,6	5,7
Konsumgüter	0,8	1,7	0,1	-2,6	3,6
Umsätze					
Insgesamt	1,8	1,9	-1,3	-2,1	4,7
Inland	1,5	0,8	-1,1	-1,2	2,8
Ausland	2,0	3,0	-1,6	-2,8	6,5
Auftragseingänge					
Insgesamt	0,8	3,7	1,3	0,7	-0,4
Inland	0,4	3,2	0,1	0,4	-0,4
Ausland	1,0	4,1	2,0	1,1	-0,5
Vorleistungsgüter	0,8	4,7	-3,7	0,5	2,0
Investitionsgüter	0,6	3,5	5,0	0,9	-2,3
Konsumgüter	2,4	0,5	-2,9	1,1	3,2

Quellen: StBA, BBk.

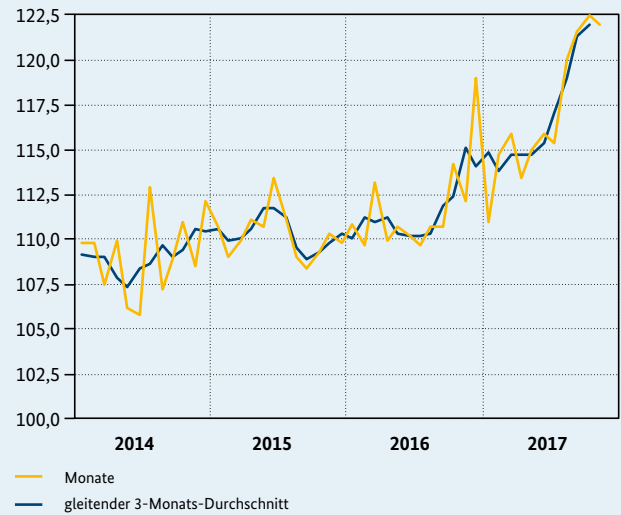
Ein besonders kräftiges Plus gab es bei der Industrieproduktion, die im November um 4,3% anstieg, wobei vor allem die Produzenten von Investitionsgütern ihren Output erhöhten. So ist beispielsweise die Produktion in der Kfz-Branche um 11,3% höher ausgefallen als im Monat zuvor. Hier dürften sich die genannten Brückentageeffekte am stärksten ausgewirkt haben. Auch im Trend bleibt die Industrieproduktion mit einem Dreimonatsvergleich von 1,1% aufwärtsgerichtet. Sie hat aber gegenüber den ersten drei Quartalen etwas an Dynamik eingebüßt.

Die starken Produktionsdaten vom November spiegeln sich auch in der Umsatzentwicklung wider: Hier ergab sich ein Zuwachs von 4,7%. Im Dreimonatsvergleich legten die Umsätze um 1,0% zu, wobei sich das Auslandsgeschäft etwas besser entwickelte als die Inlandumsätze.

Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe sind im November etwas geringer ausgefallen als im Vormonat (-0,4%). Ohne die Berücksichtigung der volatilen Großaufträge gab es einen Anstieg von 1,8%. In der Tendenz bleiben die Auftragseingänge kräftig aufwärtsgerichtet (Dreimonatsvergleich: +4,2%), wobei die Entwicklung im Maschinenbau und in der Kfz-Industrie besonders dynamisch verlief. Insgesamt zeichnet sich für das vierte Quartal bzw. das Gesamtjahr 2017 trotz des leichten Rückgangs am aktuellen Rand

Auftragseingang in der Industrie

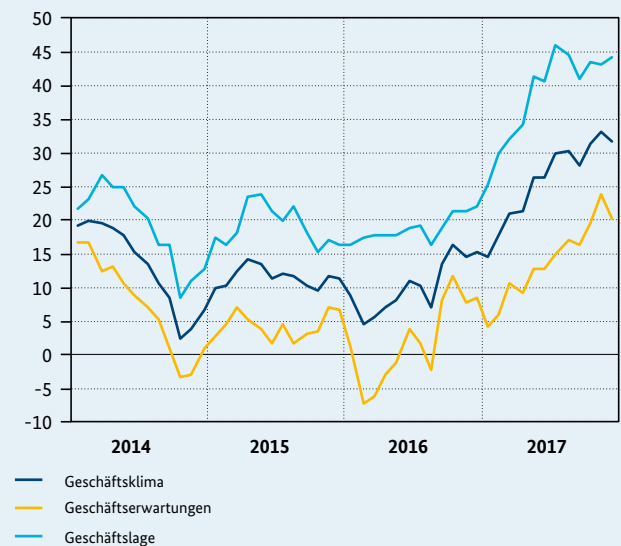
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk.

ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe

(saisonbereinigt, Salden)



Quelle: ifo Institut.

ein sehr kräftiger Anstieg bei den Auftragseingängen ab. Dies spricht dafür, dass die Industrieproduktion gut in das Jahr 2018 starten wird.

Auch die Stimmungsindikatoren sprechen für eine Fortsetzung des Aufschwungs in der Industrie. Das ifo Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe ist im Dezember zwar leicht gesunken, befindet sich aber immer noch auf sehr

Baugewerbe

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

Produktion

	Q2	Q3	Sept.	Okt.	Nov.
Insgesamt	3,2	-1,2	0,5	-1,1	1,5
Bauhauptgewerbe	5,1	-0,8	0,1	-2,6	3,8
Ausbaugewerbe	0,7	-1,7	1,0	0,9	-1,6

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

	2.Q.	3.Q.	Aug.	Sep.	Okt.
Insgesamt	-2,9	-2,3	-2,7	0,6	0,2
Hochbau	-3,4	-3,6	-2,3	-1,6	0,0
Wohnungsbau*	-4,5	-4,6	-1,0	-6,9	13,1
Gewerblicher*	-5,5	-2,8	-7,4	2,6	-9,7
Öffentlicher*	10,1	-3,8	14,3	0,5	-4,3
Tiefbau	-2,4	-0,7	-3,2	3,1	0,4
Straßenbau*	-6,2	-7,2	-8,4	3,3	-4,1
Gewerblicher*	-5,5	5,7	-1,8	0,1	-3,3
Öffentlicher*	6,9	-1,2	2,2	6,9	9,7
Öffentlicher Bau insg.	1,3	-3,9	-0,9	4,0	1,0

Quellen: StBA, BBk.

* Angaben in jeweiligen Preisen

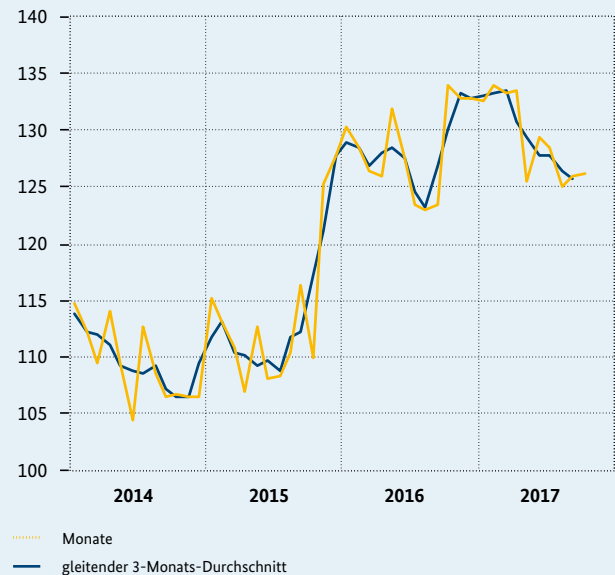
hohem Niveau. Der IHS Markt Einkaufsmanagerindex ließ sein bisheriges Allzeithoch von Februar 2011 hinter sich und bewegt sich mit mehr als 63 Punkten deutlich über der Wachstumsschwelle.

Die Bauproduktion zieht nach einigen schwachen Monaten wieder etwas an. Im November war ein Anstieg von 1,5 % zu verzeichnen, der längerfristige Abwärtstrend bei der Bautätigkeit hält allerdings weiterhin an. Eine angebotsseitige Erklärung für diese Entwicklung könnten die hohe Auslastung der Produktionskapazitäten sowie der zunehmende Fachkräftemangel sein, die eine Ausweitung der Produktion behindern.

Aber auch die Nachfrage nach Bauleistungen scheint sich im Verlauf des Jahres etwas abgeschwächt zu haben. Zwar konnten die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe im Oktober zum zweiten Mal in Folge leicht zulegen, in der längerfristigen Betrachtung bleiben sie aber weiter abwärtsgerichtet (Dreimonatsvergleich: -1,7%). Die Bauzinsen blieben in den letzten Monaten weitestgehend stabil.

Die Stimmung im Bauhauptgewerbe ist angesichts der hohen Auslastung und der Durchsetzbarkeit von Preisstei-

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe (Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk.

gerungen weiterhin hervorragend. Das ifo Geschäftsklima hat sich nach einem leichten Rückgang im November aktuell wieder verbessert, sowohl in Bezug auf die Lageeinschätzung als auch auf die Erwartungen.

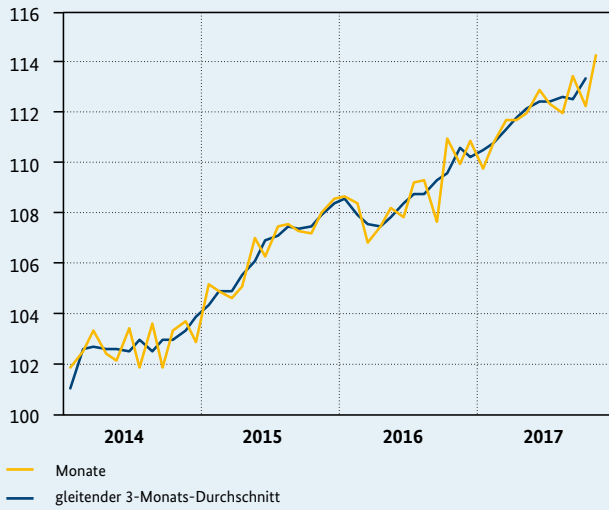
3. Privater Konsum

Der private Konsum gewinnt zum Jahresende wieder an Schwung. Im Jahr 2017 hat er maßgeblich zum Wachstum beigetragen.

Nach dem schwächeren dritten Quartal hat der private Konsum zum Jahresende 2017 wieder an Schwung gewonnen. Im Gesamtjahr 2017 legten die privaten Konsumausgaben spürbar um 2,0 % zu und lieferten mit 1,1 Prozentpunkten einen wichtigen Beitrag zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts. Angesichts der guten Entwicklung am Arbeitsmarkt bleiben die Rahmenbedingungen weiterhin positiv.

Vor allem die Einzelhandelsumsätze haben zuletzt wieder Fahrt aufgenommen. Im November wurden diese recht deutlich um 1,8 % ausgeweitet, sodass sich ein solides Quartalsplus andeutet. Der starke Anstieg im Versand- und

Einzelhandelsumsatz (ohne Handel mit Kfz)
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



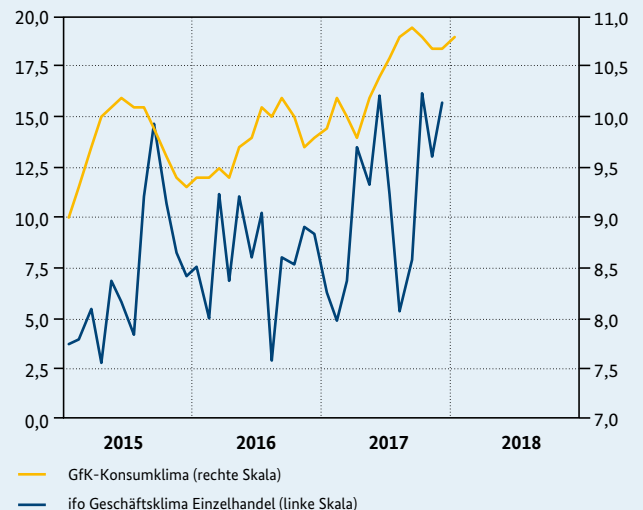
Quellen: StBA, BBk.

Internethandel (im November +10,0%) könnte ein Indiz für ein gutes Weihnachtsgeschäft sein, dürfte zu einem großen Teil aber eine Gegenbewegung zu dem kräftigen Rückgang im Vormonat (-7,0%) darstellen.

Im Kfz-Handel hat sich die Dynamik seit dem letzten Sommer spürbar abgeschwächt. Mit dem jüngsten Umsatzrückgang im Oktober, der allerdings auch durch Brückentageeffekte geprägt war, fiel der Start in das vierte Quartal recht holprig aus. Der langanhaltende Aufwärtstrend im Kfz-Geschäft scheint zumindest einen vorübergehenden Dämpfer zu erhalten. Allerdings dürften vor allem gewerbliche Kfz-Käufe für die Umsatzschwäche verantwortlich sind, die nicht zum privaten Konsum zu zählen sind. Im Gegensatz dazu sind die Kfz-Neuzulassungen von privaten Haltern im vierten Quartal kräftig um 6,9% gestiegen trotz eines leichten Rückgangs im Dezember (-0,9%).

Insgesamt dürfte sich die positive Konsumkonjunktur damit fortsetzen. Auch die Stimmung im Handel ist weiterhin hervorragend. Das entsprechende ifo Geschäftsklima ist im Dezember auf überdurchschnittlichem Niveau nochmals leicht gestiegen. Die Erwartungen der Unternehmen kletterten im vierten Quartal 2017 auf den höchsten Stand seit fast sieben Jahren. Nicht zuletzt spiegeln sich die guten Rahmenbedingungen im hohen Konsumklima bei den Verbrauchern wider. Vor allem die positiven Konjunktur- und Einkommenserwartungen beflügeln deren Kauflaune.

Klimaindikatoren für den privaten Konsum
(Salden)



Quellen: ifo Institut, GfK.

4. Außenwirtschaft

Das außenwirtschaftliche Umfeld hat sich im Verlauf des Jahres 2017 verbessert.

Die Exporte sind zuletzt kräftig gestiegen.

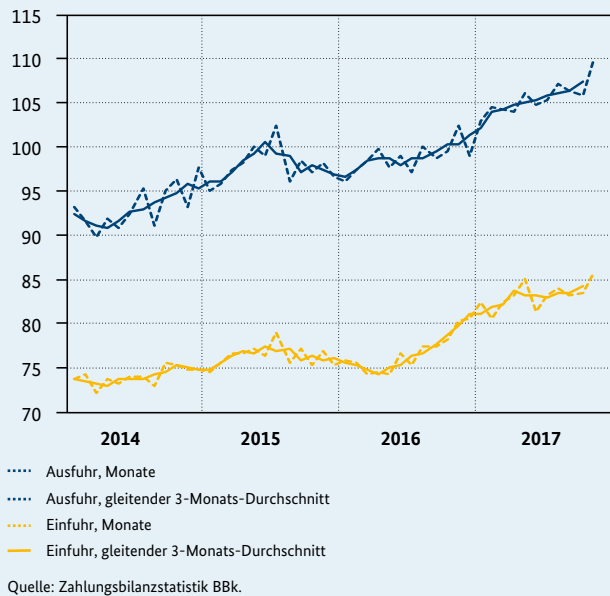
Im November 2017 wurden von Deutschland Waren und Dienstleistungen im Wert von 137,2 Mrd. Euro exportiert. Die Ausfuhren erhöhten sich kräftig um saisonbereinigt 2,3% nach einem Anstieg um 0,6% im Oktober. Damit ergab sich im Dreimonatsvergleich ein Plus von 0,9%. Die Ausfuhrpreise haben sich im gleichen Zeitraum kaum verändert, sodass der Anstieg der Warenausfuhren preisbereinigt ähnlich stark ausfallen dürfte.

Den Ausfuhren standen im November Einfuhren in Höhe von 112,4 Mrd. Euro gegenüber. Bei einem Zuwachs von 1,2% im November ergab sich im Dreimonatsvergleich eine Ausweitung der Einfuhren um insgesamt 1,1%. Die Einfuhrpreise haben sich im selben Zeitraum etwas erhöht, sodass die preisbereinigten Einfuhren schwächer ausgefallen sein dürften.

Der Saldo beim Handel mit Waren und Dienstleistungen lag in den ersten elf Monaten des Jahres 2017 bei kumuliert 226 Mrd. Euro und damit nur noch ca. 2 Mrd. Euro unter dem entsprechenden Vorjahreswert.

Warenhandel

(in Mrd. Euro, kalender- und saisonbereinigt)



Die nationalen Indikatoren zur Außenwirtschaft deuten überwiegend auf eine positive Entwicklung der Exporte hin. Die ifo Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe sind im Dezember zwar etwas gefallen, befinden sich aber immer noch auf sehr hohem Niveau. Die Auslandsorders in der Industrie sind in der Tendenz (Dreimonatsvergleich) noch deutlicher aufwärtsgerichtet als die Aufträge insgesamt. Die Auslandsumsätze halten damit nicht Schritt, nehmen in der Tendenz aber ebenfalls zu. Der effektive reale Wechselkurs des Euro blieb gegenüber den wichtigsten Handelspartnern Deutschlands im November und Dezember nahezu unverändert.

5. Arbeitsmarkt

Die Erwerbstätigkeit erhöhte sich im November deutlich.

Die Arbeitslosigkeit und die Unterbeschäftigung gehen weiterhin zurück.

Die Frühindikatoren signalisieren gute Aussichten für den Arbeitsmarkt.

Außenhandel*

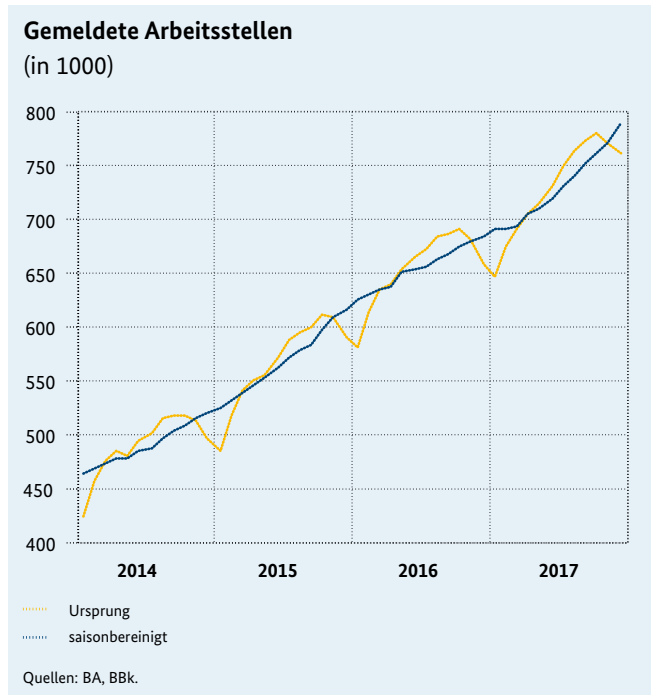
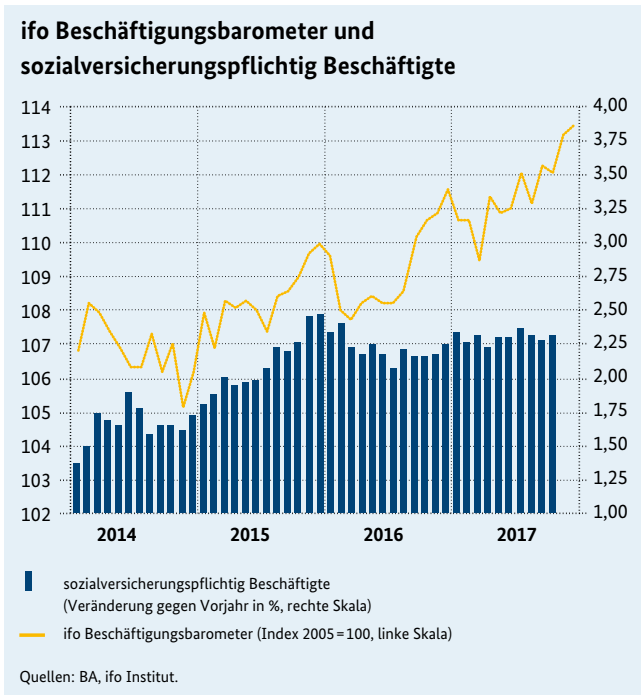
	Q2	Q3	Sept.	Okt.	Nov.
Warenhandel und Dienstleistungen (Zahlungsbilanzstatistik)					
Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
Ausfuhr	1,3	1,3	-1,5	0,6	2,3
Einfuhr	1,9	0,4	-1,2	1,1	1,2
Außenhandel mit Waren nach Ländern (Außenhandelsstatistik)					
Veränderung gegen Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
Ausfuhr	3,8	6,4	4,5	6,9	8,2
Eurozone	5,4	6,9	4,1	8,7	9,1
EU Nicht-Eurozone	3,1	4,4	1,6	9,1	6,2
Drittländer	2,9	7,0	6,5	4,2	8,4
Einfuhr	8,3	7,7	5,4	8,4	8,3
Eurozone	5,4	6,8	3,5	9,3	9,5
EU Nicht-Eurozone	7,9	9,9	6,9	11,9	9,6
Drittländer	12,7	7,5	7,0	4,8	5,9

Quellen: StBA, BBk.

* Angaben in jeweiligen Preisen

Die Entwicklungen am Arbeitsmarkt und der Ausblick sind zum Jahreswechsel 2017/2018 unverändert positiv. Im Jahresdurchschnitt 2017 stieg die Beschäftigung nach vorläufigen Zahlen um 1,5 % auf rund 44,3 Mio. Erwerbstätige im Inland. Die Arbeitslosigkeit sank um 158.000 auf 2,53 Mio. Personen und die Arbeitslosenquote verringerte sich um 0,4 Prozentpunkte auf 5,7%. Die Unterbeschäftigung nahm ebenfalls leicht ab.

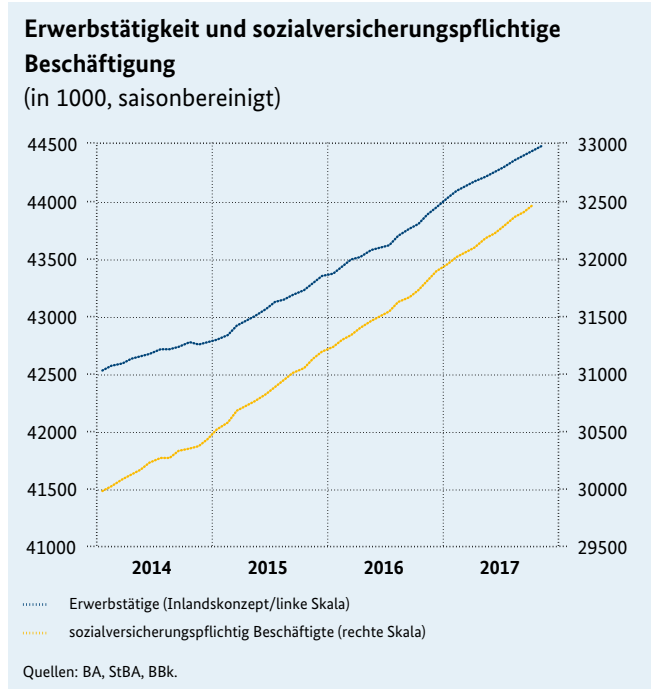
Im November 2017 erhöhte sich die Erwerbstätigkeit auf einen Stand von 44,7 Mio. Personen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nimmt mit noch größerer Dynamik zu. Die Zahl der Arbeitslosen stieg im Dezember deutlich schwächer als saisonal üblich und blieb unter 2,4 Mio. Personen. Saisonbereinigt sind Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung im Trend rückläufig. Zukünftig könnte sich der Abbau der Arbeitslosigkeit etwas verlangsamten, weil Personen mit Migrationshintergrund auf den Arbeitsmarkt drängen.



Die Frühindikatoren deuten im Dezember auf eine weiter wachsende Beschäftigung hin. Der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA-X), der die Nachfrage nach Arbeitskräften beschreibt, und das ifo Beschäftigungsbarometer erzielten neue Rekordwerte. Das Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) stieg auf den höchsten Wert seit Juli 2011 und zeigt ebenfalls eine sehr hohe Einstellungsbereitschaft in weiten Teilen der Industrie, im Baugewerbe und in vielen Dienstleistungssektoren an.

Die Zahl der Erwerbstätigen im Inland nahm im November saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat um 50.000 Personen, etwas stärker als in den beiden Vormonaten, zu. Nach den Ursprungszahlen wurden mehr als 44,7 Mio. Erwerbstätige ausgewiesen. Gegenüber dem Vorjahr beträgt das Plus 1,4%.

Die Entwicklung ist vor allem auf die kräftig gestiegene sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zurückzuführen. Der saisonbereinigte Zuwachs im Oktober von 69.000 Personen war der größte seit fünf Monaten. In nahezu allen Branchen sind mehr Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt als vor einem Jahr.



Die registrierte Arbeitslosigkeit sank im Dezember saisonbereinigt um 29.000 Personen. Sie liegt in der saisonbereinigten Betrachtung auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Die Einflüsse der Fluchtmigration sind am aktuellen Rand gering. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit war weiter vom Umfang entlastender arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen beeinflusst. Nach Ursprungszahlen

Arbeitsmarkt

Arbeitslose (SGB III)

	Q3	Q4	Okt.	Nov.	Dez.
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,504	2,381	2,389	2,368	2,385
gg. Vorjahr in 1.000	-147	-166	-151	-164	-183
gg. Vorperiode in 1.000*	-24	-54	-13	-20	-29
Arbeitslosenquote	5,6	5,3	5,4	5,3	5,3

Erwerbstätige (Inland)

	Q2	Q3	Sept.	Okt.	Nov.
in Mio. (Ursprungszahlen)	44,2	44,5	44,6	44,7	44,7
gg. Vorjahr in 1.000	648	650	638	625	613
gg. Vorperiode in 1.000*	130	135	44	38	50

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

	Q2	Q3	Aug.	Sept.	Okt.
in Mio. (Ursprungszahlen)	32,1	32,4	32,4	32,7	32,8
gg. Vorjahr in 1.000**	714	737	735	732	743
gg. Vorperiode in 1.000*	154	185	68	46	69

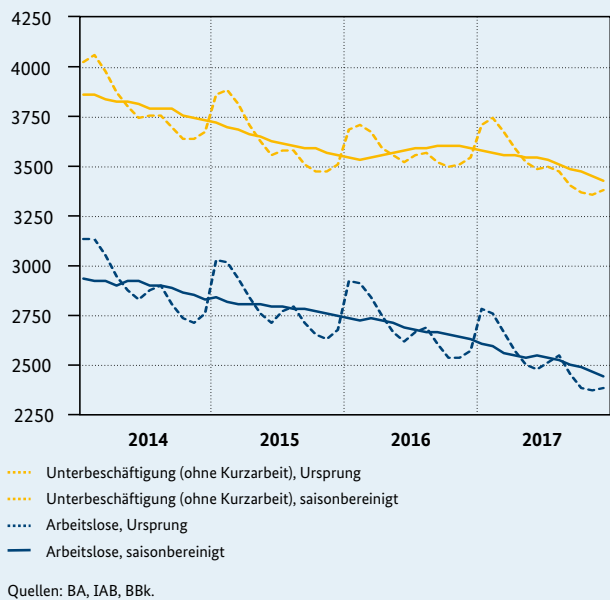
* kalender- und saisonbereinigte Angaben
 ** Vorjahresveränderungswerte sind im Juni und Juli überzeichnet.
 Quellen: BA, StBA, BBk.

erhöhte sich die Arbeitslosigkeit in deutlich geringerem Maße als üblich auf 2,38 Mio. Personen (+17.000 zum Vormonat). Der Vorjahresstand wurde um 183.000 Personen unterschritten³. Die sogenannte Fremdförderung, die unter anderem Integrations- und Sprachkurse umfasst, ist zwar umfangreicher als im Vorjahr. Sie geht aber langsam zurück. Dies übt Aufwärtsdruck auf die Arbeitslosigkeit aus. Die Arbeitslosenquote betrug weiter 5,3%. Allerdings sind die Beschäftigungschancen regional weiterhin sehr heterogen. Dies zeigen zum Beispiel die Arbeitslosenquoten auf Kreisebene, die in einer Spanne zwischen weniger als 1,5% und reichlich 13,5% liegen. Auch die zwar kräftig gesunkene, aber weiterhin hohe Zahl der Langzeitarbeitslosen, im Dezember waren dies 852.000 Personen, deutet strukturelle Herausforderungen am Arbeitsmarkt an.

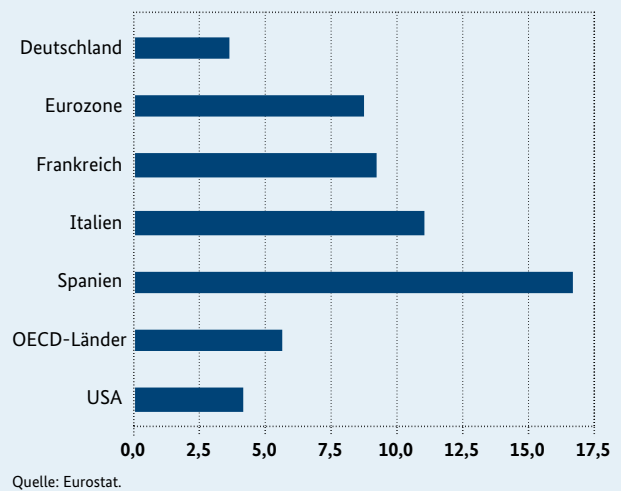
Die saisonbereinigte Erwerbslosenquote (ILO-Konzept) lag im November bei 3,6%. Die Quote ist im internationalen Vergleich äußerst niedrig.

Die Unterbeschäftigung, die neben Arbeitslosen auch Personen umfasst, die ihren Wunsch nach Beschäftigung nicht realisieren können und daher zunächst an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnehmen oder kurzfristig arbeitsunfähig sind, verringerte sich saisonbereinigt im Dezember gegenüber dem Vormonat um 23.000 Personen und damit ähnlich wie die Arbeitslosigkeit. Nach den Ursprungszahlen (ohne Kurzarbeit) belief sie sich auf 3,38 Mio. Personen. Sie

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung (in 1000)



Internationale Erwerbslosenquoten (ILO-Konzept, saisonbereinigt, in %, Stand: November 2017)



3 Die Arbeitslosigkeit deutscher Staatsbürger sank im Dezember im Vorjahresvergleich um 165.000 bzw. 8,6%. Bei ausländischen Staatsbürgern verringerte sie sich den zweiten Monat in Folge (-18.000 bzw. -2,9%).

ist damit um rund eine Mio. Personen höher als die Zahl der registrierten Arbeitslosen. Im Vergleich zum Vorjahr war der Rückgang mit 165.000 Personen so kräftig wie seit fast zwei Jahren nicht mehr.

Die Arbeitslosigkeit sinkt weiterhin nicht in dem Maße, wie die Beschäftigung zunimmt. Der Beschäftigungsaufbau erfolgt überwiegend aus dem Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials durch Zuwanderung⁴ sowie eine steigende Erwerbsneigung insbesondere von Frauen und älteren Erwerbspersonen. Arbeitslose und andere Unterbeschäftigte profitieren weniger von der gestiegenen Nachfrage nach Arbeitskräften, da oftmals die Profile der Arbeitslosen hinsichtlich Beruf und Qualifikation nicht den Anforderungen der Unternehmen entsprechen oder größere räumliche Distanzen der Vermittlung entgegenstehen. Der Abbau von Arbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung erfolgt dadurch schleppender.

6. Preise

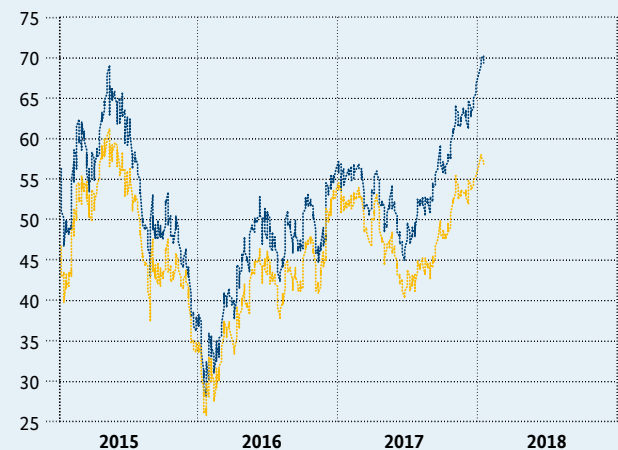
Der Rohölpreis erreicht Anfang 2018 ein neues Drei-Jahres-Hoch.

Die Verbraucherpreise stiegen im Jahresdurchschnitt 2017 um 1,8%, dem stärksten Anstieg seit fünf Jahren.

Die Preisentwicklung hat sich im Jahr 2017 normalisiert. Zwar zeigt sich seit zwei Jahren mit der Erholung des Rohölpreises und mit zunehmender Auslastung der Kapazitäten eine aufwärtsgerichtete Preistendenz, gleichwohl entwickelt sich das Preisklima in Deutschland vergleichsweise ruhig. Im Jahr 2017 lag die Inflationsrate bei durchschnittlich 1,8% und damit sehr dicht am EZB-Ziel für den Euroraum von unter, aber nahe bei, 2%. Auch im laufenden Jahr dürften die Verbraucherpreise in ähnlicher Größenordnung steigen.

Der Rohölpreis legte zuletzt weiter zu, wobei die Preiserhöhungsimpulse unverändert von einer Angebotsverknappung durch die OPEC-Staaten und dem Nachfragewach-

Rohölpreis der Sorte Brent
(je Barrel)



Quelle: Macrobond.

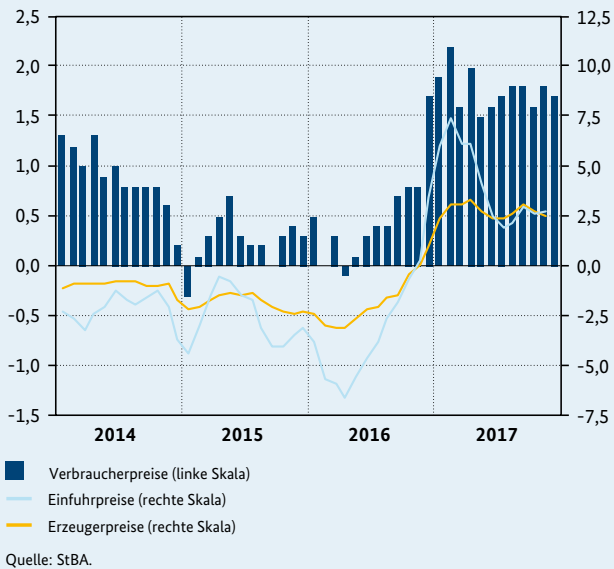
tum aufgrund der guten Weltkonjunktur ausgehen. Zum Jahresbeginn 2018 erreichte der Ölpreis den höchsten Stand seit drei Jahren. Mitte Januar notierte der Preis der europäischen Leitsorte Brent mit ca. 69 US-Dollar gut 9% über Vormonatsniveau. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Rohölpreis um ein Viertel, in Euro gerechnet um ca. 7%.

Die Einfuhrpreise legten von Oktober auf November den dritten Monat in Folge spürbar zu. Sie erhöhten sich um 0,8%, da sich vor allem Energie im Zusammenhang mit dem Rohölpreisanstieg deutlich verteuerte. Die Preise für Vorleistungs-, Investitions- und Konsumgüter stiegen nur geringfügig. Auf Jahressicht erhöhten sich die Preise für Einfuhrwaren im November um 2,7%. Überdurchschnittlich entwickelten sich hauptsächlich die Preise für Energieimporte, die sich binnen eines Jahres um 17,3% verteuerten. Darüber hinaus war für Metalle und chemische Grundstoffe spürbar mehr zu zahlen, was deutlich höhere Preise bei importierten Vorleistungsgütern (+3,8%) nach sich zog. Bleibt die Energie bei der Betrachtung außen vor, stiegen die Preise von Importgütern lediglich um 1,1%.

4 Die Zuwanderung aus den aktuellen Zuwanderungsländern (Länder der EU-Osterweiterung; Griechenland, Italien, Portugal und Spanien; Asylzugangsländer) hat das Arbeitskräfteangebot erhöht und zu mehr Beschäftigung (im Oktober Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gegenüber dem Vorjahr um 290.000 Personen) geführt. Die Zahl der Arbeitslosen aus diesen Ländern ist im Dezember (-4.000 Personen gegenüber dem Vorjahr) erstmals rückläufig. Die Arbeitslosigkeit von Personen im Kontext Fluchtmigration stieg im Dezember zum Vorjahr um 7.000 Personen (+4%), die Unterbeschäftigung um 51.000 Personen (+14%).

Preisentwicklung

(Veränderungen gegen Vorjahr in %)



Die Preise für deutsche Exportwaren stiegen im November gegenüber dem Vormonat um 0,2 % an. Die maßgeblichen Einflussfaktoren waren auch auf dieser Preisebene die Verteuerungen im Energiebereich und abgeschwächt auch bei Vorleistungsgütern. Von November 2016 auf November 2017 legten die Ausfuhrpreise moderat um 1,2 % zu. Die Terms of Trade haben sich im November gegenüber dem Vormonat das vierte Mal in Folge ungünstig entwickelt. Im Vormonatsvergleich verschlechterte sich die Preisrelation im Außenhandel aus deutscher Sicht um 0,6 % und im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 %. Ursächlich hierfür ist der gestiegene Importpreispdruck im Zusammenhang mit den höheren Rohölnotierungen.

Die Erzeugerpreise nahmen im November im Vergleich zum Vormonat mit einer Rate von 0,1 % nur geringfügig zu. Im Vorjahresvergleich erhöhten sich die Preise für in Deutschland hergestellte und weiterverkaufte Rohstoffe und Industrierzeugnisse mit +2,5 % etwas weniger stark als im Vormonat (+2,7 %). Teurer wurden auf der Produzentenstufe insbesondere Vorleistungsgüter, die einen Anteil von 31 % am Gesamtindex haben. Energie verteuerte sich im Vorjahresvergleich ebenfalls merklich.

Die Verbraucherpreise stiegen zum Jahresende spürbar an und erhöhten sich von November auf Dezember um 0,6 %. Ausschlaggebend hierfür waren vor allem saisonale Faktoren wie die zur Weihnachtszeit übliche Verteuerung von Nahrungsmitteln und Dienstleistungen, insbesondere zum Beispiel von Pauschalreisen. Die Energiepreise blieben

Verbraucherpreisindex

Veränderungen in %	gg. Vormonat		gg. Vorjahresmonat	
	Nov.	Dez.	Nov.	Dez.
Insgesamt	0,3	0,6	1,8	1,7
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	0,3	0,6	1,5	1,5
Nahrungsmittel	0,3	0,8	3,2	3,0
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	1,5	4,5	2,6	2,3
Pauschalreisen	5,9	20,1	4,9	4,2
Energie	1,3	-0,1	3,7	1,3
Haushaltsenergie	0,7	0,2	2,7	1,2
Strom	0,1	0,0	2,0	2,0
Gas	0,1	0,0	-1,4	-2,6
Heizöl	5,2	1,0	15,1	4,0
Kraftstoffe	2,6	-0,8	5,9	1,4
Dienstleistungen	0,3	1,2	1,5	1,6
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,4	0,2	-	-

Quellen: StBA, BBk.

dagegen nahezu unverändert. Die Inflationsrate – die Preissteigerung auf Jahresfrist – sank demgegenüber um 0,1 Prozentpunkte auf 1,7 %. Vor allem die Preisanstiege bei Nahrungsmitteln und Wohnungsmieten spielten hier eine Rolle. Die Kerninflationsrate, bei der die volatilen Nahrungsmittel- und Energiepreise nicht berücksichtigt werden, stieg im Dezember mit einer Rate von 1,5 % und lag damit leicht unter dem langjährigen Durchschnitt von 1,6 %.

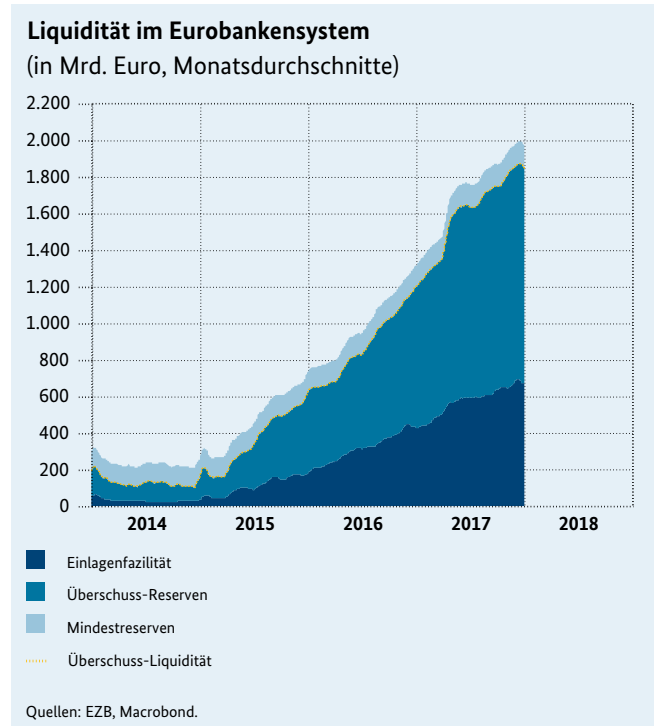
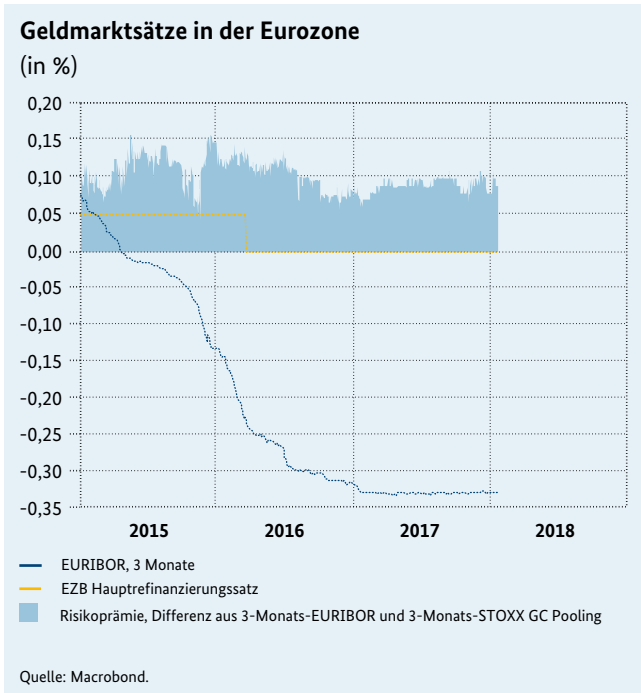
7. Monetäre Entwicklung

Der Preisdruck in der Eurozone ist weiterhin moderat.

Der Euro-Wechselkurs bleibt auf hohem Niveau.

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) ist weiterhin expansiv ausgerichtet. Seit März 2016 liegt der Hauptrefinanzierungssatz bei 0,0 %. Für die Einlagefazilität fällt ein Zins in Höhe von -0,4 % an, der Spitzenrefinanzierungssatz liegt bei 0,25 %. Ab Januar hat die EZB die Summe ihrer monatlichen Anleihenkäufe von 60 auf 30 Mrd. Euro reduziert.

Die Bilanz der EZB hat sich durch die Ankaufprogramme seit Dezember 2014 von 2,0 auf derzeit ca. 4,5 Billionen Euro mehr als verdoppelt. Jüngst betont die EZB zunehmend eine sich fortsetzende, solide Erholung der Konjunktur im

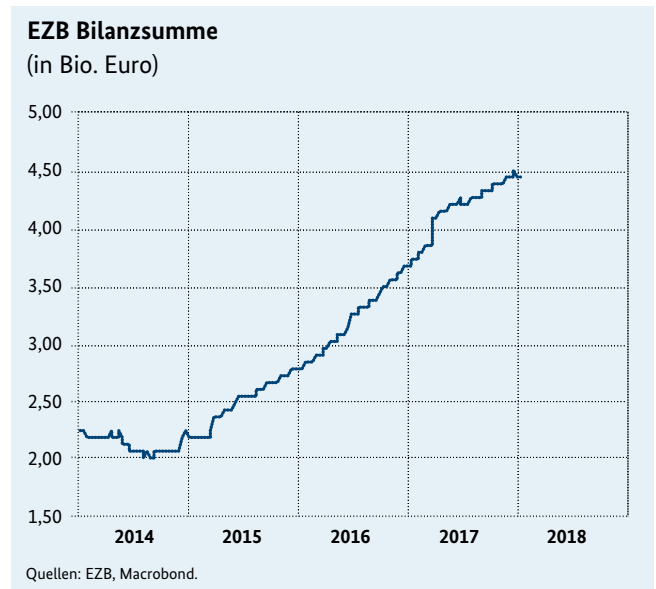


Euroraum. Gleichzeitig gibt es nur verhaltene Anzeichen für eine sich beschleunigende Kerninflation. Die Änderungsrate des harmonisierten Konsumentenpreisindex stieg zwar im vergangenen Jahr an, bewegt sich aber auf moderatem Niveau von 1,5%.

Die Überschussliquidität drückt den Interbankenzins in Richtung des Einlagezinssatzes. Der besicherte Interbankenzins (Eurepo) beläuft sich derzeit auf -0,4%, der unbesicherte (EURIBOR) bei -0,3%.

Die US-amerikanische Notenbank (Fed) setzt die geldpolitische Wende weiter fort. Am 13. Dezember hob sie den US-Leitzins zum dritten Mal im Jahr 2017 um 25 Basispunkte an. Derzeit liegt er in einer Bandbreite von 1,25 bis 1,50%. Die Zinsen für zehnjährige amerikanische Staatsanleihen liegen aktuell bei etwa 2,5% und damit deutlich über denen für Staatsanleihen aus Ländern der Eurozone.

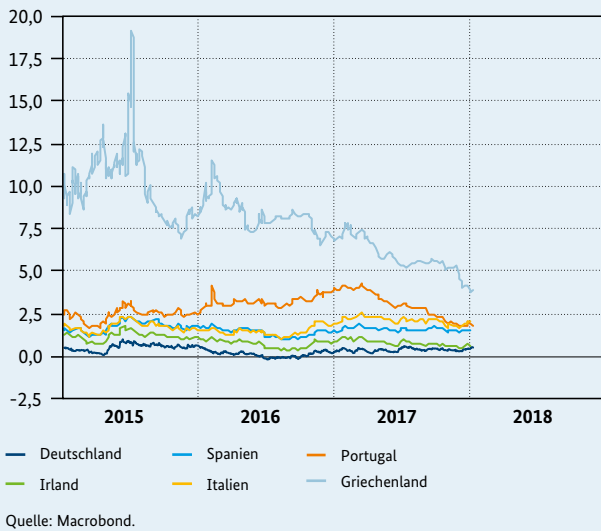
Im Jahresverlauf 2017 wertete der Euro gegenüber dem US-Dollar und dem japanischen Yen deutlich auf. Der Wert des Euro gegenüber dem US-Dollar notierte Mitte Januar bei 1,20 Dollar und der japanische Yen bei 134 Yen je Euro. Nach einem Hoch im Spätsommer 2017 blieb der Euro gegenüber dem Pfund in den letzten Monaten recht stabil bei etwa 0,89 Pfund. Der reale effektive Wechselkurs Deutschlands (Konsumentenpreise) gegenüber 56 Handelspartnern bewegte sich im November und Dezember nahezu seitwärts.



Die Umlaufrendite von Bundesanleihen mit zehnjähriger Laufzeit zog etwas auf ca. 0,54% an. Wenngleich Zinsniveaunterschiede existieren, rangieren die Renditen auf Staatsanleihen der Eurostaaten allgemein auf niedrigem Niveau; mit Ausnahme Griechenlands beträgt die Spanne etwa 0,54 bis 2,05%. Auch die Renditen auf Unternehmensanleihen sind auf niedrigem Niveau etwas gestiegen; Anleihen mit sehr guter Bonität (AA) und einer Laufzeit von zehn Jahren liegen bei 1,06%.

Renditen zehnjähriger Staatsanleihen

(Tageswerte in %)



Die Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland zieht weiter an. Im November 2017 lagen die Buchkredite nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften rund 4,6% über dem Vorjahresniveau. Nach der Bank Lending Survey der EZB vom Oktober wurden die Vergabestandards etwas gelockert.

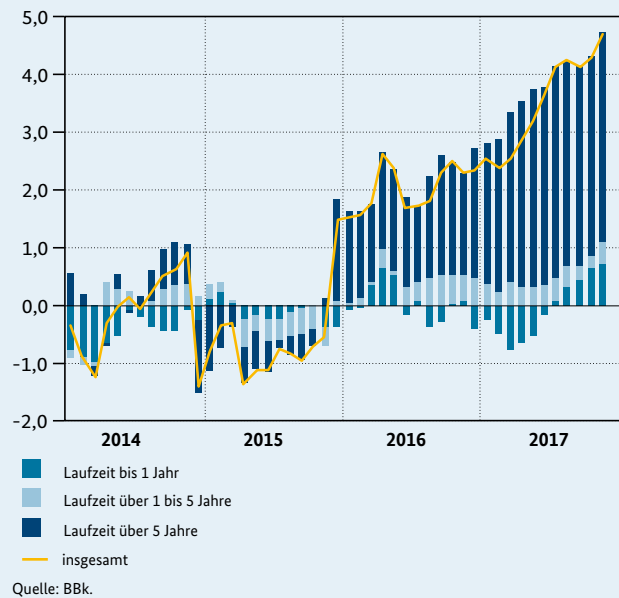
Die Kreditvergabe an private Haushalte lag im November um 3,3% über Vorjahreswert. Der stärkste Treiber dieser Entwicklung blieb weiterhin der Zuwachs bei den Wohnungsbaukrediten (+4,2%), die durch das niedrige Zinsniveau und eine starke Nachfrage begünstigt werden.

Die Kreditvergabe im Euroraum zieht ebenfalls deutlich an. Das Kreditvolumen für nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften erhöhte sich Stand Oktober binnen Jahresfrist um 3,1%. Das Kreditvolumen für private Haushalte stieg um 2,8%.

Der Zinsabstand für Unternehmenskredite innerhalb des Euroraums nahm im November etwas ab. Eine längerfristige Betrachtung seit 2013 zeigt einen deutlich fallenden Trend. Nichtfinanzielle ausländische Kapitalgesellschaften im Euroraum mussten durchschnittlich 0,9 Prozentpunkte höhere Kreditzinsen zahlen als deutsche Unternehmen. Anfang 2013 lag diese Differenz noch bei 2,4 Prozentpunkten.

Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland

(Veränderungen gegen Vorjahr in %, Beiträge in Prozentpunkten, Ursprungszahlen)



Die Geldmenge M3 des Euroraums wächst weiter. Im Vergleich zum Vorjahr nahm sie im November 2017 um 4,9% zu. Dabei ist der Anstieg maßgeblich auf die Ausweitung der enger gefassten Geldmenge M1 zurückzuführen, die im Vergleich zum Vorjahr – auch im Zuge des erweiterten Anleihekaufprogramms der EZB – um 9,1% gestiegen ist. Das Geldmengenwachstum blieb aber niedriger als zu Vorkrisenzeiten. Zwischen 2000 und 2007 betrug das durchschnittliche Jahreswachstum der Geldmenge M3 über 7%.

III. Übersichten und Grafiken

1. Gesamtwirtschaft

1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung¹

Bundesrepublik Deutschland

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ²										
	2015			2016				2017			
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,8
Inländische Verwendung	+ 0,6	- 0,2	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,9	- 0,2	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,4
Private Konsumausgaben ³	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,9	- 0,1
Konsumausgaben des Staates	+ 0,7	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,5	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2	0,0
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,6	0,0	+ 0,8	+ 2,5	+ 1,2	- 1,2	+ 0,5	0,0	+ 2,9	+ 1,5	+ 0,4
Ausrüstungen	- 0,5	+ 1,2	+ 1,5	+ 2,6	+ 0,4	- 1,8	+ 0,7	- 1,3	+ 2,3	+ 3,3	+ 1,5
Bauten	- 1,3	- 1,1	+ 0,1	+ 2,4	+ 2,0	- 1,8	+ 0,2	+ 1,0	+ 3,5	+ 0,5	- 0,4
Sonstige Anlagen	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,6	+ 2,8	+ 1,0	+ 1,3	+ 0,9	- 0,4	+ 2,0	+ 0,9	+ 0,6
Exporte	+ 0,7	+ 1,7	+ 0,3	- 0,5	+ 1,0	+ 1,3	- 0,2	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,0	+ 1,7
Importe	+ 2,0	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,7	- 0,2	+ 0,7	+ 2,5	+ 0,4	+ 2,4	+ 0,9
Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten⁴											
Inländische Verwendung	+ 0,6	- 0,2	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,8	- 0,2	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,4
Private Konsumausgaben ³	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,5	- 0,1
Konsumausgaben des Staates	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,1	0,0	0,0
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,1	0,0	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,3	- 0,2	+ 0,1	0,0	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,1
Ausrüstungen	0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	0,0	- 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
Bauten	- 0,1	- 0,1	0,0	+ 0,2	+ 0,2	- 0,2	0,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,1	0,0
Sonstige Anlagen	+ 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,1	0,0	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,1	0,0	0,0
Vorratsveränderung ⁵	+ 0,4	- 0,5	- 0,1	- 0,1	0,0	- 0,2	+ 0,4	+ 0,3	- 0,8	+ 0,2	+ 0,4
Außenbeitrag	- 0,5	+ 0,7	- 0,3	- 0,5	- 0,2	+ 0,7	- 0,4	- 0,4	+ 0,6	- 0,4	+ 0,4

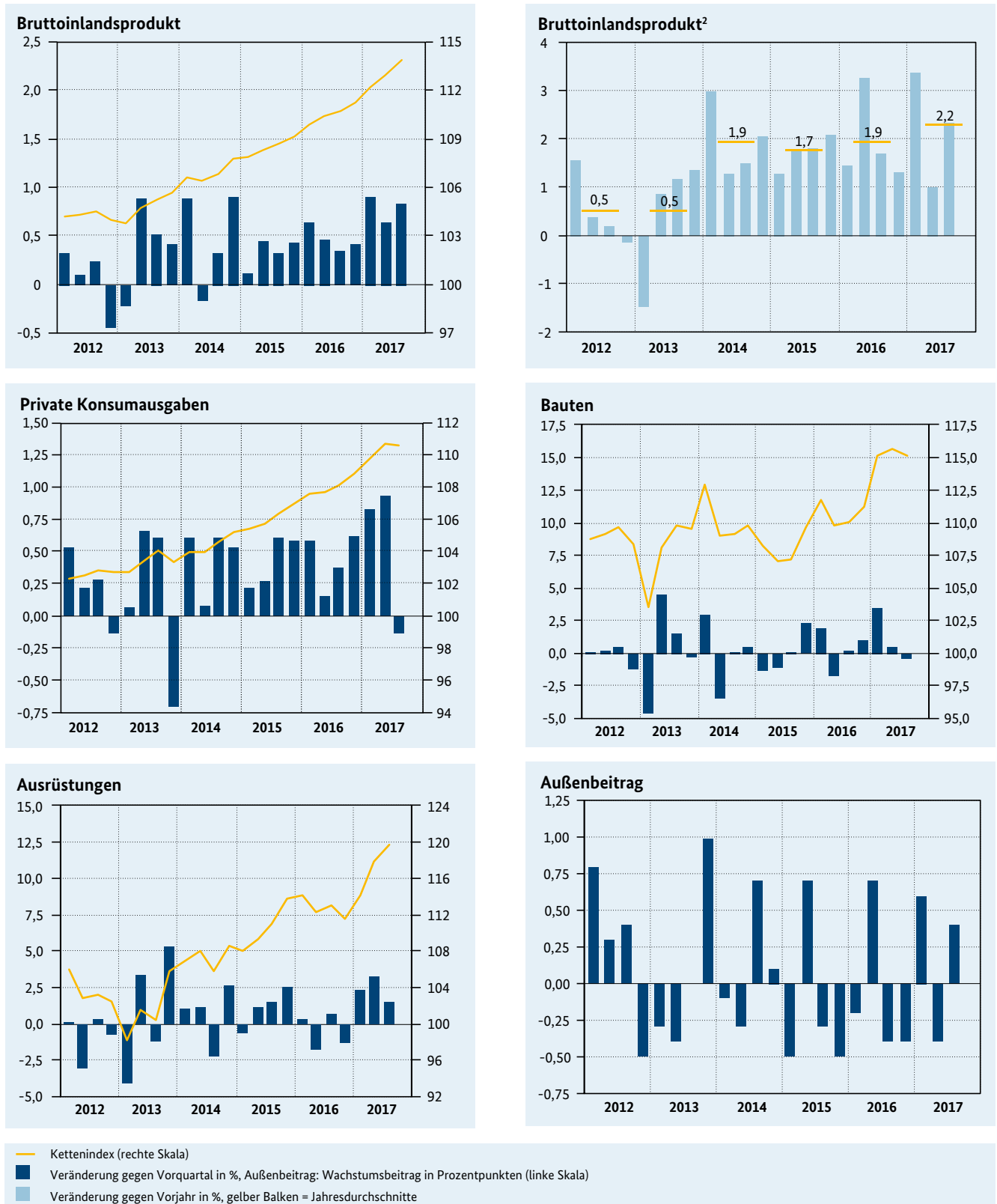
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶										
								2016		2017	
	2012	2013	2014	2015	2016	2017	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,2	+ 1,7	+ 1,3	+ 3,4	+ 1,0	+ 2,3
Inländische Verwendung	- 0,8	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,4	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,4
Private Konsumausgaben ³	+ 1,3	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,7	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,7	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,1
Konsumausgaben des Staates	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,5	+ 2,9	+ 3,7	+ 1,4	+ 3,4	+ 3,0	+ 1,7	+ 1,1	+ 0,9
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,7	- 1,3	+ 3,7	+ 1,5	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,7	- 0,4	+ 4,9	+ 2,1	+ 3,6
Ausrüstungen	- 3,2	- 2,3	+ 5,9	+ 3,9	+ 2,2	+ 3,5	+ 1,4	- 2,6	+ 3,5	+ 1,5	+ 4,6
Bauten	+ 0,5	- 1,1	+ 2,3	- 1,4	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,1	+ 0,4	+ 6,4	+ 2,0	+ 3,2
Sonstige Anlagen	+ 1,1	+ 0,5	+ 4,0	+ 5,5	+ 5,5	+ 3,5	+ 6,1	+ 2,6	+ 3,9	+ 3,4	+ 3,2
Exporte	+ 2,8	+ 1,7	+ 4,6	+ 5,2	+ 2,6	+ 4,7	+ 1,3	+ 2,6	+ 7,0	+ 1,4	+ 4,8
Importe	- 0,1	+ 3,0	+ 3,6	+ 5,6	+ 3,9	+ 5,2	+ 2,8	+ 4,3	+ 5,4	+ 4,5	+ 5,5

Quelle: Statistisches Bundesamt.

- 1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010 = 100;
- 2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
- 3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;
- 4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;
- 5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;
- 6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten¹

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;

2 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

Bundesrepublik Deutschland

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ¹										
	2015				2016				2017		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen²											
Bruttowertschöpfung	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,3	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,0
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,4	- 0,4	+ 1,6	- 0,4	+ 0,7	0,0	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,9
Baugewerbe	+ 0,7	- 0,9	0,0	+ 1,1	+ 1,2	- 0,1	+ 0,1	- 0,2	+ 3,0	+ 0,7	+ 0,4
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	- 0,6	- 0,2	+ 0,2	- 0,1	+ 1,7	+ 0,2	0,0	+ 1,2	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,4
Finanz- und Versicherungsdienstleister	0,0	- 0,8	- 0,2	+ 1,0	+ 2,2	+ 0,1	+ 0,7	- 0,4	- 0,2	0,0	+ 0,2
Unternehmensdienstleister	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,1	- 0,2	+ 2,2	- 0,4	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,2	+ 1,2
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,5

	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁹										
	2016						2017				
	2012	2013	2014	2015	2016	2017	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Preisentwicklung											
Preisindex	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,9
Inländische Verwendung	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,9	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,9
Private Konsumausgaben	+ 1,5	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,6	+ 1,7	+ 0,5	+ 1,1	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,7
Kennzahlen											
Erwerbstätige ³	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5
Arbeitsvolumen ⁴	- 0,1	- 0,3	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,6	+ 1,2	+ 0,6	- 0,2	+ 3,3	- 0,4	+ 1,3
Arbeitsproduktivität ⁵	- 0,7	- 0,1	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,4	0,0	+ 1,8	- 0,5	+ 0,8
Lohnkosten je Arbeitnehmer ⁶	+ 2,5	+ 1,8	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,6
Lohnstückkosten ⁷	+ 3,2	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,7	+ 2,3	+ 0,7	+ 3,2	+ 1,8
verfügbares Einkommen ⁸	+ 2,4	+ 1,3	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,9	+ 3,9	+ 2,3	+ 3,1	+ 4,6	+ 3,8	+ 4,2
Terms of Trade	- 0,2	+ 1,1	+ 1,4	+ 2,7	+ 1,5	- 1,0	+ 1,3	+ 0,2	- 2,3	- 1,2	0,0

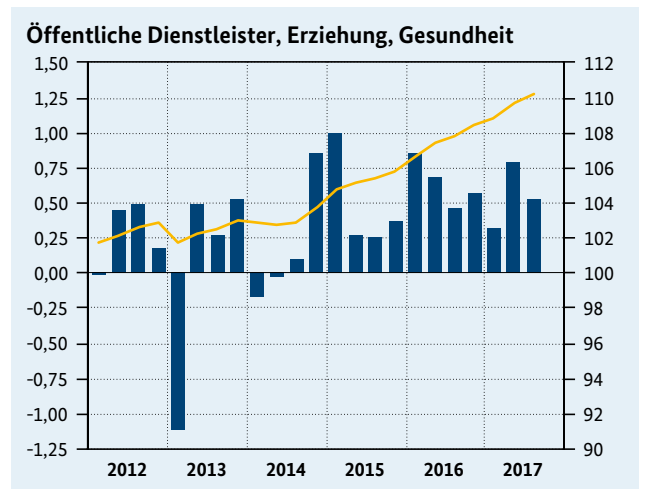
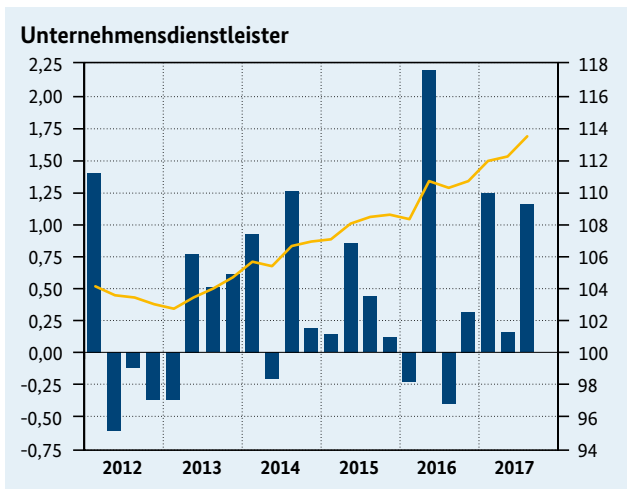
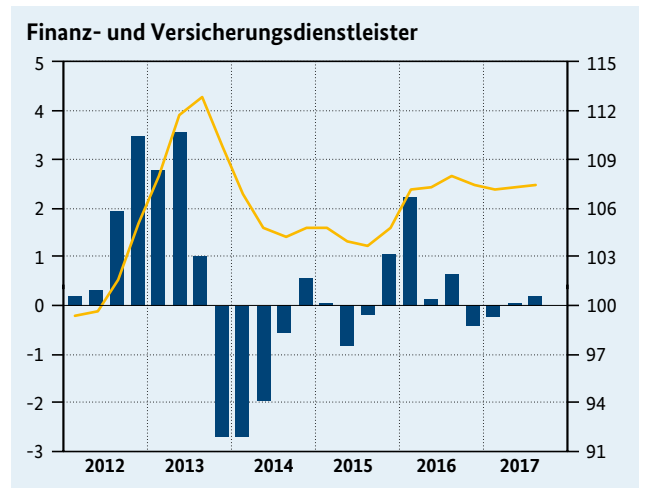
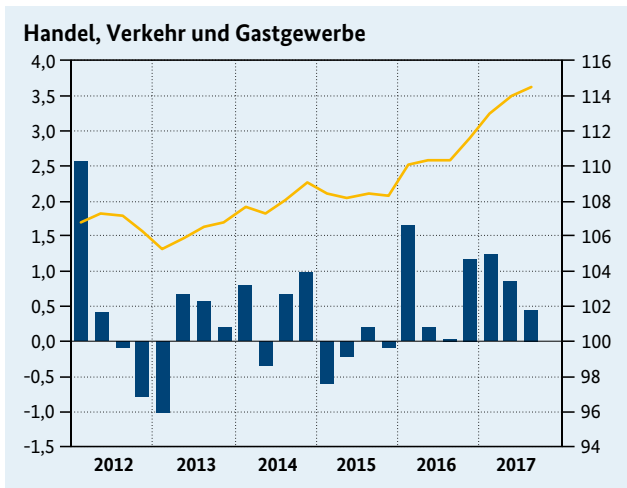
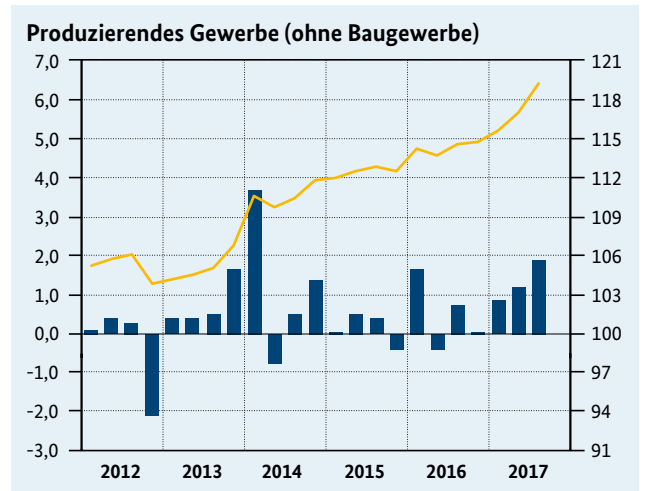
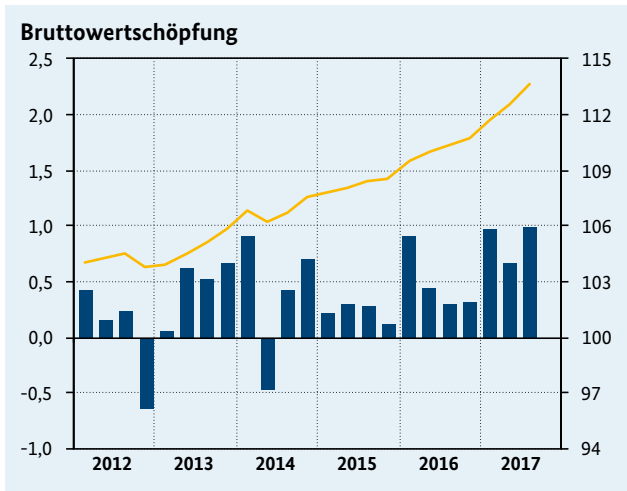
Prognose Bruttoinlandsprodukt ⁹		Veränderung in % gegen Vorjahr		
Institution		Stand	2018	2019
IWF	Internationaler Währungsfonds	01/2018	(+ 2,3) ^a	(+ 2,0) ^a
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	12/2017	+ 2,2	+ 1,6
ifo	ifo Institut für Wirtschaftsforschung	12/2017	+ 2,6	+ 2,1
IfW	Institut für Weltwirtschaft	12/2017	+ 2,2	+ 2,2
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle	12/2017	+ 2,5	+ 1,6
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	12/2017	+ 2,2	+ 1,9
EU	Europäische Kommission	11/2017	+ 2,1	+ 2,0
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development	11/2017	(+2,3) ^a	(+1,9) ^a
Bundesregierung	Herbstprojektion	10/2017	+ 1,9	+ 1,7
Institute	Gemeinschaftsdiagnose (Institute)	09/2017	+ 2,0	+ 1,8

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.

- 1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern; 3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen; 6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen; a Kalenderbereinigte Werte.

1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

Bundesrepublik Deutschland



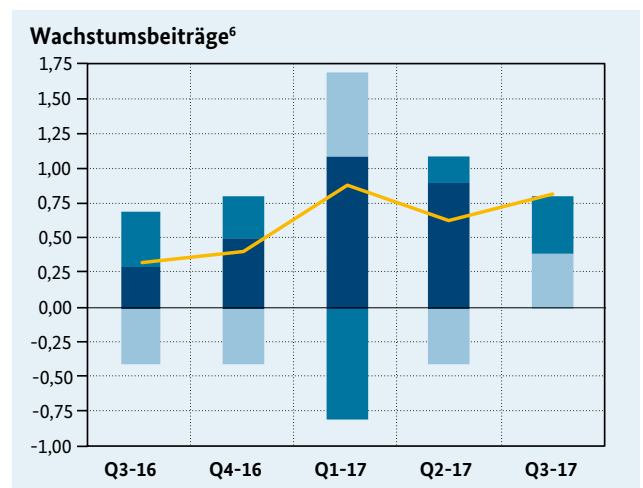
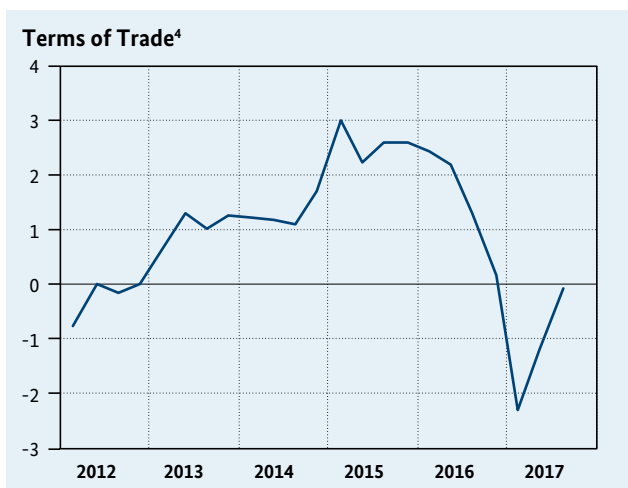
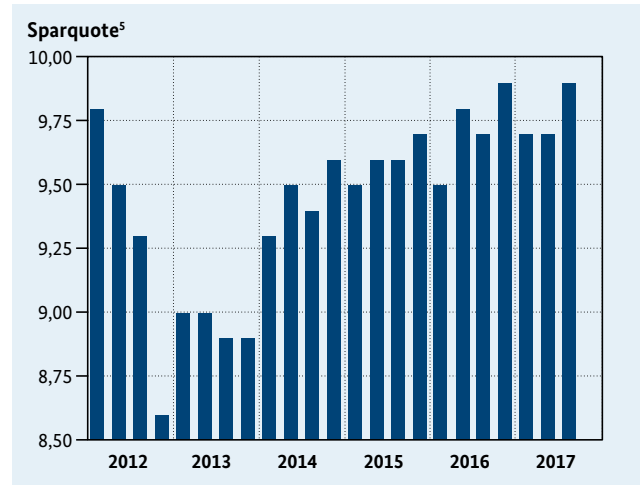
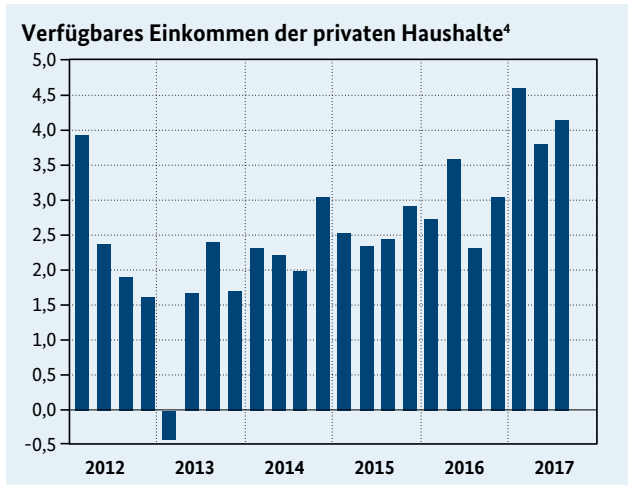
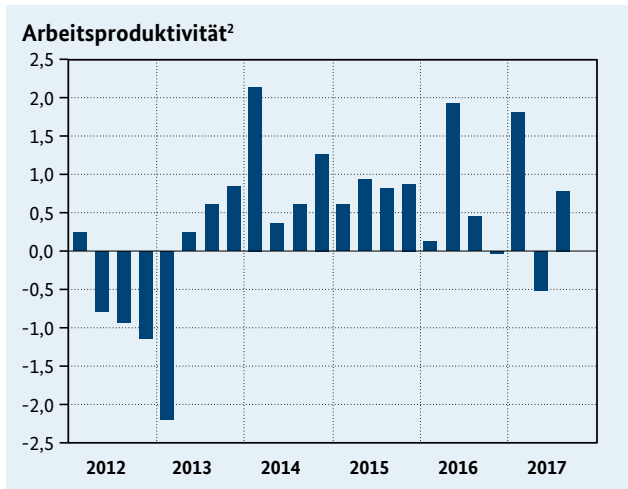
— Kettenindex (rechte Skala)
■ Veränderung gegen Vorquartal in % (linke Skala)

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen¹

Bundesrepublik Deutschland



■ Veränderung gegen Vorjahr in %

■ Außenbeitrag ■ Vorratsveränderungen
 ■ Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)
 — reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100; 2 Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;

3 Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; 5 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

6 Wachstumsbeiträge, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.6 Internationaler Vergleich

					2014	2015				2016			2017			
	2014	2015	2016	2017	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttoinlandsprodukt¹	Veränderungen gg. Vorperiode in %															
Deutschland	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,2	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,8
Eurozone (EZ 19) ²	+ 1,3	+ 2,1	+ 1,8	-	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7
Europäische Union (EU 28) ³	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,0	-	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7
Japan	+ 0,4	+ 1,4	+ 0,9	-	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,1	- 0,2	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,6
USA	+ 2,6	+ 2,9	+ 1,5	-	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,8
China	+ 7,2	+ 6,8	+ 6,8	-	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,7

	in % des BIP⁴															
	2014	2015	2016	2017	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP⁴															
Deutschland	+ 6,8	+ 7,5	+ 8,6	+ 8,2	+ 7,9	+ 8,2	+ 8,4	+ 9,2	+ 8,5	+ 8,6	+ 8,8	+ 7,8	+ 7,6	+ 8,0	+ 7,2	+ 8,2
Eurozone (EZ 19) ²	+ 2,2	+ 2,4	+ 3,1	+ 3,4	+ 2,9	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,7	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,3	+ 2,9	+ 4,4
Europäische Union (EU 28) ³	+ 0,9	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,8
Japan	+ 0,9	+ 0,8	+ 3,0	+ 3,7	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1
USA	- 2,1	- 2,1	- 2,4	- 2,4	- 2,3	- 2,4	- 2,4	- 2,6	- 2,3	- 2,6	- 2,3	- 2,4	- 2,4	- 2,4	- 2,6	- 2,1
China	+ 1,5	+ 2,3	+ 2,7	+ 1,8	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2

				2016	2017											
	2015	2016	2017	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Arbeitslosenquoten⁵	in %															
Deutschland	4,6	4,2	-	3,9	3,9	3,9	3,8	3,8	3,8	3,8	3,7	3,7	3,7	3,7	3,6	-
Eurozone (EZ 19) ²	10,9	10,0	-	9,7	9,6	9,5	9,4	9,2	9,2	9,1	9,0	9,0	8,9	8,8	8,7	-
Europäische Union (EU 28) ³	9,4	8,6	-	8,2	8,1	8,0	7,9	7,8	7,7	7,6	7,6	7,5	7,5	7,4	7,3	-
Japan	3,4	3,1	-	3,1	3,0	2,8	2,8	2,8	3,1	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,7	-
USA	5,3	4,9	4,4	4,7	4,8	4,7	4,5	4,4	4,3	4,3	4,3	4,4	4,2	4,1	4,1	4,1
China	4,1	4,0	-	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	3,6	3,6	3,6	-	-	-

	Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %															
	2014	2015	2016	2017	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Verbraucherpreise	Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %															
Deutschland	+ 0,1	+ 0,4	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,2	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,6
Eurozone (EZ 19) ²	0,0	+ 0,2	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,4
Europäische Union (EU 28) ³	0,0	+ 0,3	-	+ 1,2	+ 1,7	+ 2,0	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,8	-
Japan	+ 0,8	- 0,1	-	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,6	-
USA	+ 0,1	+ 1,3	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,1
China	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,6	+ 2,1	+ 2,5	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,8

Quellen: Statistisches Bundesamt, OECD, Eurostat, National Bureau of Statistics of China.

1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungszahlen, Quartalsangaben auf Basis von saisonbereinigten Werten;

2 Eurozone 19 Mitgliedstaaten (Stand 01.01.2015);

3 Europäische Union 28 Mitgliedstaaten (Stand 01.07.2013);

4 Jeweilige Preise, saisonbereinigte Angaben;

5 Abgrenzung nach ILO, saisonbereinigte Angaben.

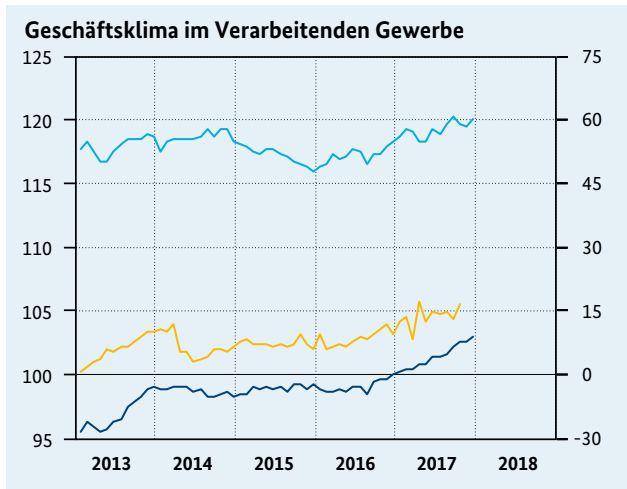
1.7 Internationaler Vergleich – Konjunkturindikatoren

				2017				2017					2018
	2015	2016	2017	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Welt													
OECD & major six CLI ¹	99,8	99,5	-	99,8	99,9	100,0	-	100,0	100,1	100,1	100,2	-	-
CPB Welt Industrieproduktion ²	115,0	117,1	-	119,3	120,7	121,6	-	121,8	121,9	122,1	-	-	-
CPB Welthandel ²	113,7	115,4	-	118,9	119,6	121,2	-	121,6	121,6	120,1	-	-	-
S&P GSCI Rohstoff Index	2852	2225	2305	2353	2215	2236	2416	2252	2326	2415	2449	2557	-
Eurozone													
Vertrauensindikator für die Industrie ³	- 3,1	- 2,7	4,6	1,1	3,3	5,4	8,4	5,0	6,7	8,0	8,1	9,1	-
Industrieproduktion ⁴	103,4	105,0	-	106,1	107,4	108,7	-	109,4	108,8	109,2	110,3	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	1,2	0,9	1,1	1,2	1,1	1,1	1,0	1,1	1,1	1,1	1,0	0,9	-
Konsumentenvertrauen ⁵	- 6,1	- 7,7	- 2,5	- 5,5	- 2,7	- 1,5	- 0,2	- 1,5	- 1,2	- 1,1	0,0	0,5	-
USA													
Einkaufsmanager-Index Verarbeitendes Gewerbe ⁶	51,4	51,5	57,6	57,0	55,8	58,6	58,9	58,8	60,8	58,7	58,2	59,7	-
Industrieproduktion ⁷	104,4	103,1	-	103,7	105,1	104,9	-	104,6	104,9	106,1	106,4	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	2,1	1,8	2,3	2,4	2,3	2,2	2,4	2,2	2,2	2,4	2,4	2,4	-
Konsumentenvertrauen ⁸	98,0	99,8	120,4	117,5	118,1	120,3	125,6	120,4	120,6	126,2	128,6	122,1	-
Japan													
All-Industry-Activity-Index ⁹	102,5	102,9	-	103,8	104,9	104,7	-	104,9	104,4	105,5	-	-	-
Industrieproduktion ¹⁰	97,9	97,6	-	100,0	102,0	102,5	-	103,5	102,6	103,0	103,6	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	0,3	- 0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,0	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1
Konsumentenvertrauen ¹¹	41,3	41,7	43,8	43,4	43,4	43,7	44,7	43,3	43,9	44,5	44,9	44,7	-
China													
Vertrauensindikator für die Industrie ¹²	49,9	50,3	51,6	51,6	51,4	51,8	51,7	51,7	52,4	51,6	51,8	51,6	-
Industrieproduktion ¹³	+ 6,1	+ 6,1	-	+ 7,0	+ 6,9	+ 6,3	-	+ 6,0	+ 6,6	+ 6,2	+ 6,1	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,4	2,9	3,6	3,3	3,5	3,6	3,9	3,6	3,6	3,9	3,9	3,9	-
Konsumentenvertrauen ¹⁴	105,9	104,4	-	110,9	112,9	116,0	-	114,7	118,6	123,9	121,3	-	-

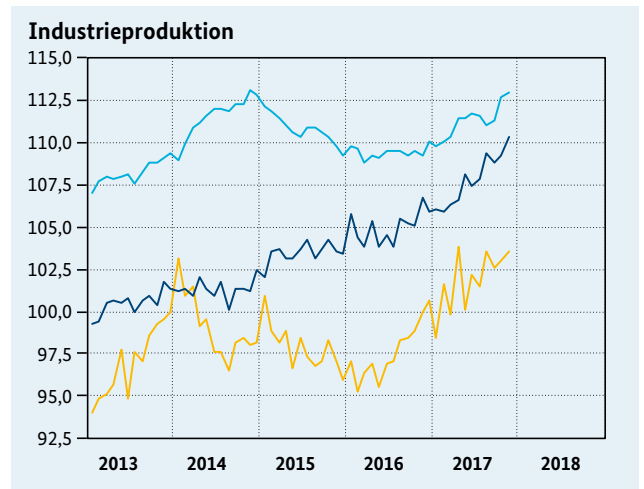
Quellen: OECD, CPB, Standard & Poor's, Eurostat, EU-Kommission, ISM, FED, University of Michigan, Japanese MITI, Japanese Cabinet Office, National Bureau of Statistics of China, China Federation of Logistics and Purchasing, Macrobond.

- 1 OECD Composite Leading Indicator, amplitude & seasonal adjusted;
- 2 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 6 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 7 Index 2012 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 8 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 9 Index 2010 = 100, saisonbereinigt;
- 10 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 11 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 12 Manufacturing PMI, Index, Wachstumsschwelle = 50, saisonbereinigt;
- 13 Jahresraten auf Basis von Ursprungszahlen;
- 14 Consumer Confidence Index, Wachstumsschwelle = 100.

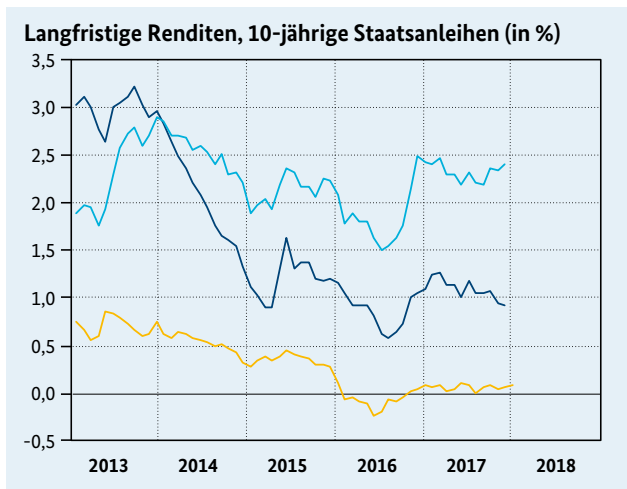
1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Konjunkturindikatoren



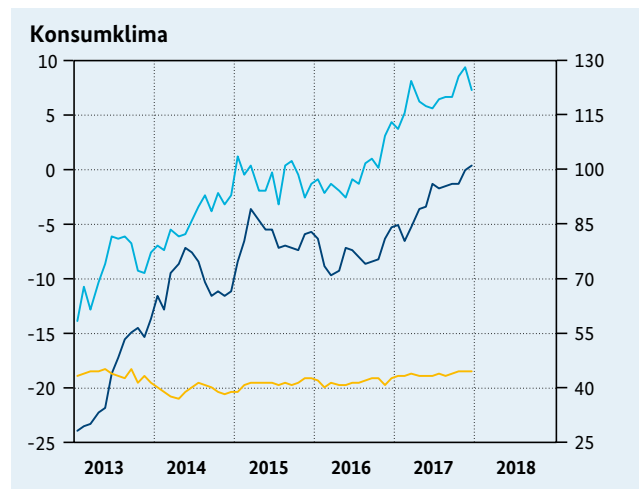
— USA-Einkaufsmanager-Index Verarbeitendes Gewerbe (rechte Skala)¹
 — Japan-All-Industry-Activity-Index (linke Skala)²
 — Vertrauensindikator für die Industrie in der Eurozone (rechte Skala)³



— Eurozone⁶
 — USA⁴
 — Japan⁵



— Eurozone
 — USA
 — Japan



— Eurozone (linke Skala)⁹
 — USA (rechte Skala)⁷
 — Japan (rechte Skala)⁸
 Zeitreihen nicht direkt miteinander vergleichbar.

Quellen: ISM, Japanese MITI, EU-Kommission, FED, Eurostat, University of Michigan.

- 1 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 2 Index 2010 = 100, saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100 (eigene Berechnung), preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 6 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 7 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 8 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 9 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt.

2. Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion, Umsätze, Kapazitätsauslastung

Bundesrepublik Deutschland

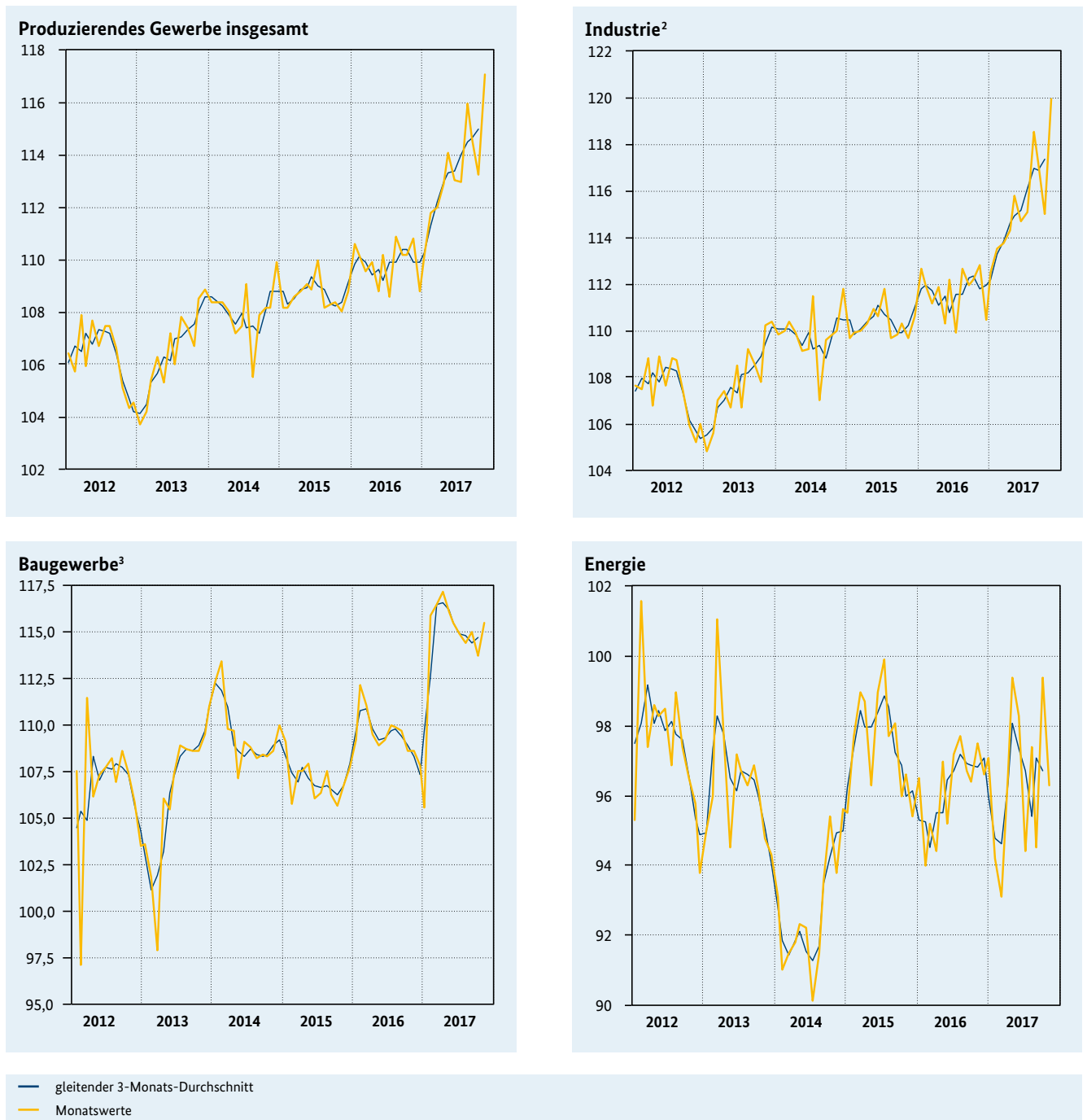
		2016			2017			2017						
		2014	2015	2016	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Produktion¹														
Produzierendes Gewerbe	Index	108,1	108,6	109,9	109,9	111,3	113,4	114,6	113,1	113,0	116,0	114,7	113,3	117,1
	gg. Vp. in %	1,5	0,5	1,2	0,0	1,3	1,9	1,1	-0,9	-0,1	2,7	-1,1	-1,2	3,4
	gg. Vj. in %	1,6	0,5	1,1	1,4	1,1	3,5	4,3	2,8	4,2	4,7	4,1	2,8	5,6
Industrie²	Index	109,8	110,3	111,7	111,8	113,3	114,9	117,0	114,7	115,1	118,6	117,2	115,0	120,0
	gg. Vp. in %	1,9	0,5	1,3	0,3	1,3	1,4	1,8	-0,9	0,3	3,0	-1,2	-1,9	4,3
	gg. Vj. in %	1,9	0,5	1,3	1,4	1,2	3,0	4,8	2,3	4,8	5,2	4,7	2,6	6,4
Vorleistungsgüter	Index	106,3	106,2	107,3	107,7	109,0	111,0	112,8	110,5	111,8	113,6	113,0	112,2	115,6
	gg. Vp. in %	1,7	-0,1	1,0	0,7	1,2	1,8	1,6	-0,5	1,2	1,6	-0,5	-0,7	3,0
	gg. Vj. in %	1,7	-0,1	1,1	1,5	1,5	3,9	5,4	3,6	5,6	5,6	4,9	4,6	6,8
Investitionsgüter	Index	116,6	117,6	119,3	119,2	120,8	122,6	125,0	122,4	122,1	127,9	125,0	121,8	128,8
	gg. Vp. in %	2,4	0,9	1,4	0,1	1,3	1,5	2,0	-1,5	-0,2	4,8	-2,3	-2,6	5,7
	gg. Vj. in %	2,3	0,9	1,4	1,2	0,9	2,9	4,9	1,4	4,6	5,7	4,5	1,4	6,8
Konsumgüter	Index	101,9	102,1	103,5	103,5	104,8	105,6	107,4	105,7	106,1	108,0	108,1	105,3	109,1
	gg. Vp. in %	1,4	0,2	1,4	-0,2	1,3	0,8	1,7	-0,6	0,4	1,8	0,1	-2,6	3,6
	gg. Vj. in %	1,4	0,1	1,5	2,1	1,6	2,0	3,7	1,4	3,3	3,3	4,2	1,5	4,5
Baugewerbe	Index	109,5	107,1	109,6	108,3	112,7	116,3	114,9	115,5	115,0	114,5	115,1	113,8	115,5
	gg. Vp. in %	2,8	-2,2	2,3	-1,5	4,1	3,2	-1,2	-0,5	-0,4	-0,4	0,5	-1,1	1,5
	gg. Vj. in %	2,9	-2,3	2,4	1,3	2,1	6,4	4,3	5,6	4,1	4,1	4,5	4,2	5,6
Bauhauptgewerbe ³	Index	121,9	121,1	125,9	125,4	130,9	137,6	136,5	136,4	136,5	136,5	136,6	133,0	138,1
	gg. Vp. in %	5,5	-0,7	4,0	-1,4	4,4	5,1	-0,8	-0,9	0,1	0,0	0,1	-2,6	3,8
	gg. Vj. in %	5,5	-0,7	4,0	3,3	4,7	9,6	6,8	7,7	6,8	6,8	6,8	5,0	8,9
Ausbaugewerbe	Index	98,2	94,3	94,7	92,9	96,1	96,8	95,2	96,5	95,4	94,6	95,5	96,4	94,9
	gg. Vp. in %	0,0	-4,0	0,4	-1,4	3,4	0,7	-1,7	0,0	-1,1	-0,8	1,0	0,9	-1,6
	gg. Vj. in %	0,0	-3,9	0,4	-0,6	-1,2	2,2	0,9	2,6	0,6	0,7	1,4	3,2	1,6
Energie⁴	Index	92,7	97,5	96,2	96,8	94,8	98,1	95,4	98,3	94,4	97,4	94,5	99,4	96,3
	gg. Vp. in %	-3,8	5,2	-1,3	-0,4	-2,1	3,5	-2,8	-1,1	-4,0	3,2	-3,0	5,2	-3,1
	gg. Vj. in %	-3,8	5,2	-1,3	0,9	-0,6	2,7	-1,7	3,3	-2,7	-0,1	-2,4	3,0	-1,1
Umsätze in der Industrie¹														
Industrie insgesamt	Index	108,6	110,3	110,9	111,3	112,5	114,5	116,7	114,9	114,6	118,6	117,0	114,6	120,0
	gg. Vp. in %	2,7	1,6	0,5	0,5	1,1	1,8	1,9	0,4	-0,3	3,5	-1,3	-2,1	4,7
	gg. Vj. in %	2,6	1,5	0,6	0,6	1,2	3,7	5,3	4,2	5,6	5,7	4,7	2,9	6,7
Inland	Index	104,5	105,0	105,1	105,1	105,9	107,5	108,4	108,0	106,5	110,0	108,8	107,5	110,5
	gg. Vp. in %	1,3	0,5	0,1	0,6	0,8	1,5	0,8	0,6	-1,4	3,3	-1,1	-1,2	2,8
	gg. Vj. in %	1,3	0,5	0,0	-0,2	0,0	2,8	3,8	3,3	3,6	4,3	3,3	2,3	4,4
darunter: Investitionsgüter	Index	111,0	113,7	114,3	114,1	115,3	116,2	117,7	117,8	114,2	121,1	117,7	113,5	118,6
	gg. Vp. in %	3,2	2,4	0,5	0,8	1,1	0,8	1,3	1,6	-3,1	6,0	-2,8	-3,6	4,5
	gg. Vj. in %	3,1	2,4	0,5	-0,6	-0,1	1,4	3,8	3,3	3,5	5,6	2,8	-1,0	4,0
Ausland	Index	113,0	115,8	117,1	117,9	119,5	121,9	125,6	122,2	123,3	127,7	125,7	122,2	130,1
	gg. Vp. in %	4,2	2,5	1,1	0,4	1,4	2,0	3,0	0,3	0,9	3,6	-1,6	-2,8	6,5
	gg. Vj. in %	4,1	2,5	1,1	1,5	2,4	4,6	6,9	5,1	7,5	7,2	6,1	3,4	8,9
darunter: Eurozone	Index	102,0	106,4	110,2	111,1	113,6	115,6	118,3	116,0	116,3	120,2	118,5	117,4	122,0
	gg. Vp. in %	5,0	4,3	3,6	0,1	2,3	1,8	2,3	0,0	0,3	3,4	-1,4	-0,9	3,9
	gg. Vj. in %	5,0	4,3	3,6	3,0	4,2	5,7	6,5	6,4	7,7	6,2	5,8	5,0	8,2
		2014	2015	2016				2017						
Kapazitäts- und Geräteauslastung⁵		4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Verarbeitendes Gewerbe	in %	84,1	84,3	84,4	84,4	84,3	84,9	84,5	84,8	85,6	85,9	86,0	86,7	87,1

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA); Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten; 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Energie zugeordnet, zuzüglich Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden; 3 Tiefbau und Hochbau ohne Ausbaugewerbe; 4 Energieversorgung, Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung; 5 Laut ifo Konjunkturtest; Saisonbereinigung des ifo Instituts; Verarbeitendes Gewerbe ohne Energie.

2.2 Entwicklung der Produktion¹

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; preisbereinigt, Index 2010 = 100;

2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen);

3 Für das Baugewerbe liegen keine Daten vor Januar 2010 vor.

2.3 Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

Bundesrepublik Deutschland

					2016	2017			2017					
		2014	2015	2016	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Auftragseingang¹														
Industrie insgesamt	Index	109,1	110,2	111,7	115,1	113,8	114,7	118,9	115,8	115,3	120,0	121,5	122,4	121,9
	gg. Vp. in %	2,9	1,0	1,4	4,4	-1,1	0,8	3,7	0,8	-0,4	4,1	1,3	0,7	-0,4
	gg. Vj. in %	2,8	1,0	1,4	4,9	2,5	4,1	7,8	5,1	5,4	8,3	9,7	7,2	8,7
Inland	Index	103,4	105,3	105,9	109,5	107,6	108,0	111,5	110,7	109,1	112,6	112,7	113,1	112,7
	gg. Vp. in %	1,6	1,8	0,6	5,8	-1,7	0,4	3,2	4,7	-1,4	3,2	0,1	0,4	-0,4
	gg. Vj. in %	1,6	1,8	0,6	3,8	2,5	2,1	7,7	4,9	7,4	7,1	8,5	4,8	6,3
Ausland	Index	113,7	114,2	116,4	119,6	118,9	120,1	125,0	119,9	120,4	126,1	128,6	130,0	129,4
	gg. Vp. in %	3,9	0,4	1,9	3,2	-0,6	1,0	4,1	-2,0	0,4	4,7	2,0	1,1	-0,5
	gg. Vj. in %	3,7	0,4	1,9	5,8	2,4	5,6	7,9	5,1	3,8	9,4	10,5	9,0	10,5
Eurozone	Index	101,7	105,7	110,8	115,4	113,8	116,5	117,4	115,2	115,2	115,1	121,9	121,5	122,4
	gg. Vp. in %	2,8	3,9	4,8	3,5	-1,4	2,4	0,8	-2,9	0,0	-0,1	5,9	-0,3	0,7
	gg. Vj. in %	2,6	3,8	4,9	9,5	6,0	7,0	5,4	9,7	4,3	2,2	9,5	6,5	9,5
Nicht-Eurozone	Index	122,1	120,1	120,3	122,4	122,4	122,6	130,3	123,2	124,0	133,8	133,2	135,9	134,3
	gg. Vp. in %	4,5	-1,6	0,2	2,9	0,0	0,2	6,3	-1,3	0,6	7,9	-0,4	2,0	-1,2
	gg. Vj. in %	4,4	-1,6	0,1	3,4	-0,1	4,7	9,4	2,5	3,5	14,1	11,2	10,7	11,2
Vorleistungsgüter	Index	102,1	101,5	102,8	105,0	106,3	107,1	112,1	108,6	108,2	116,2	111,9	112,5	114,8
	gg. Vp. in %	2,0	-0,6	1,3	3,0	1,2	0,8	4,7	2,5	-0,4	7,4	-3,7	0,5	2,0
	gg. Vj. in %	2,0	-0,5	1,3	2,7	4,8	4,3	9,8	7,2	7,4	13,6	8,8	7,8	9,6
Inland	Index	99,8	99,1	98,9	100,6	102,9	101,2	106,9	101,2	103,4	111,0	106,3	107,4	106,4
	gg. Vp. in %	0,5	-0,7	-0,2	3,2	2,3	-1,7	5,6	0,5	2,2	7,4	-4,2	1,0	-0,9
	gg. Vj. in %	0,5	-0,7	-0,2	1,2	4,8	1,6	9,5	3,4	7,1	12,6	9,2	6,5	6,3
Ausland	Index	104,7	104,4	107,4	110,2	110,5	114,1	118,2	117,3	113,8	122,3	118,4	118,4	124,7
	gg. Vp. in %	3,7	-0,3	2,9	2,9	0,3	3,3	3,6	4,5	-3,0	7,5	-3,2	0,0	5,3
	gg. Vj. in %	3,8	-0,3	2,8	4,4	4,8	7,3	10,1	11,4	7,7	14,8	8,3	9,1	13,1
Investitionsgüter	Index	114,3	116,4	118,2	122,6	119,2	119,9	124,1	120,9	120,7	122,8	128,9	130,1	127,1
	gg. Vp. in %	3,3	1,8	1,5	5,3	-2,8	0,6	3,5	-0,2	-0,2	1,7	5,0	0,9	-2,3
	gg. Vj. in %	3,3	1,8	1,5	7,0	1,0	3,7	6,6	3,7	4,0	5,0	10,7	6,9	8,4
Inland	Index	107,7	112,1	114,1	120,0	113,7	115,9	117,3	121,6	116,1	115,1	120,6	120,1	119,6
	gg. Vp. in %	2,7	4,1	1,8	8,5	-5,3	1,9	1,2	9,3	-4,5	-0,9	4,8	-0,4	-0,4
	gg. Vj. in %	2,8	4,1	1,6	6,8	0,8	2,8	6,0	6,4	8,1	1,6	8,2	3,0	5,8
Ausland	Index	118,4	119,0	120,7	124,3	122,6	122,3	128,4	120,4	123,5	127,5	134,1	136,2	131,7
	gg. Vp. in %	3,9	0,5	1,4	3,6	-1,4	-0,2	5,0	-5,3	2,6	3,2	5,2	1,6	-3,3
	gg. Vj. in %	3,7	0,5	1,5	7,2	1,1	4,2	7,0	2,1	1,8	7,1	12,1	9,3	9,8
Konsumgüter	Index	107,3	109,7	110,3	111,3	113,0	115,7	116,3	115,7	112,7	119,8	116,3	117,6	121,4
	gg. Vp. in %	3,7	2,2	0,5	2,0	1,5	2,4	0,5	0,7	-2,6	6,3	-2,9	1,1	3,2
	gg. Vj. in %	3,6	2,2	0,6	-0,7	2,1	5,3	6,4	5,2	4,9	8,1	6,3	6,4	8,0
Inland	Index	99,3	101,4	99,1	99,8	99,4	101,3	103,7	102,5	101,3	106,6	103,3	105,2	109,4
	gg. Vp. in %	1,5	2,1	-2,3	3,0	-0,4	1,9	2,4	0,8	-1,2	5,2	-3,1	1,8	4,0
	gg. Vj. in %	1,5	2,1	-2,4	-1,1	0,7	0,2	6,9	2,8	4,5	9,9	6,5	6,8	10,0
Ausland	Index	114,1	116,8	119,9	121,2	124,6	128,0	127,0	126,9	122,4	131,1	127,4	128,2	131,7
	gg. Vp. in %	5,3	2,4	2,7	1,4	2,8	2,7	-0,8	0,6	-3,5	7,1	-2,8	0,6	2,7
	gg. Vj. in %	5,3	2,3	2,7	-0,5	3,0	9,0	6,0	7,0	5,2	6,7	6,2	6,0	6,4
Industrie ohne Großaufträge²	Index	108,4	109,9	111,1	114,1	113,7	115,2	119,6	116,2	117,2	120,3	121,3	120,6	122,8
	gg. Vp. in %	3,2	1,4	1,1	3,5	-0,4	1,3	3,8	1,4	0,9	2,6	0,8	-0,6	1,8
	gg. Vj. in %	3,2	1,4	1,1	3,9	3,0	5,0	8,4	5,2	7,5	9,0	8,8	5,7	8,4

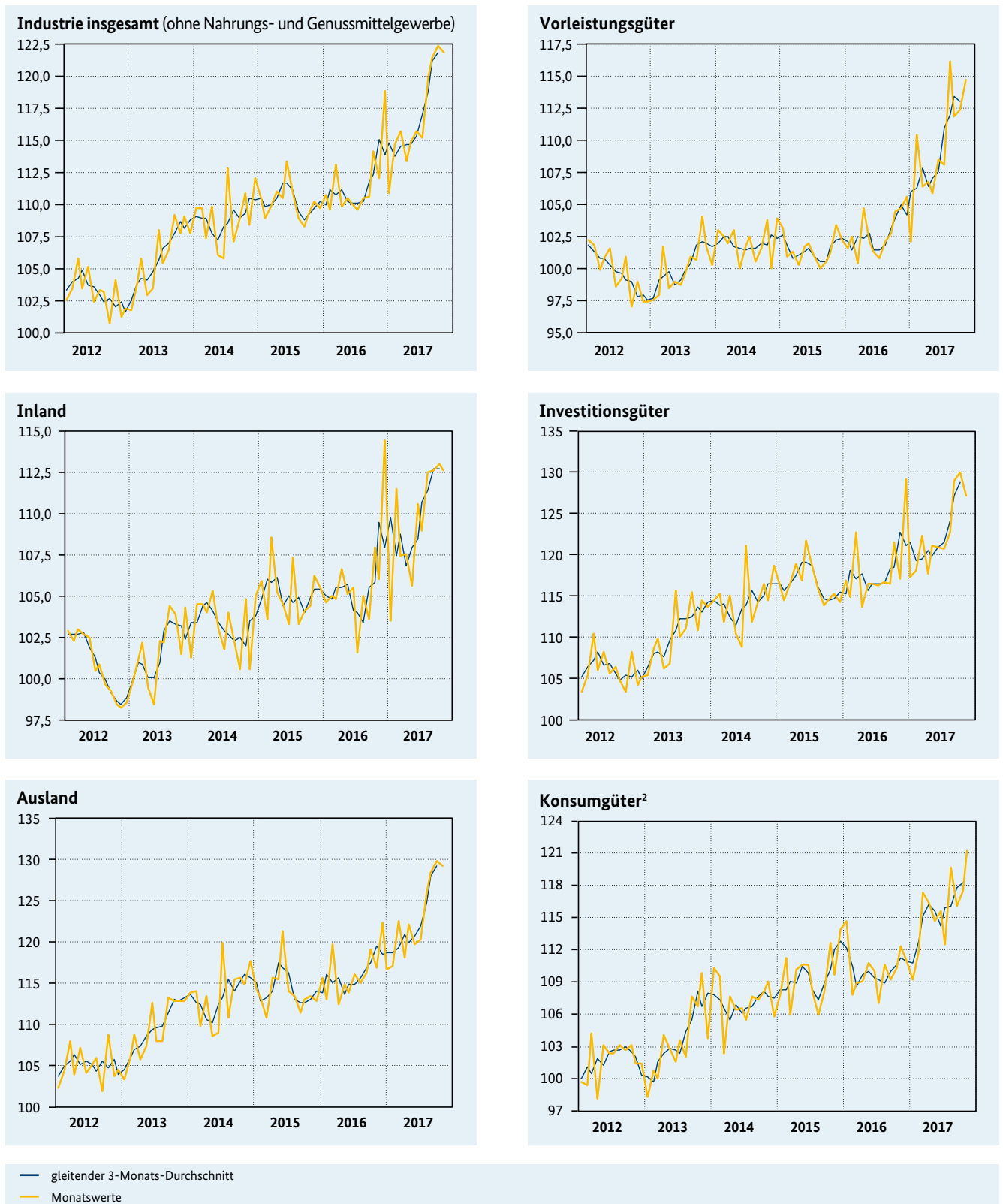
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

2 Auftragseingänge ohne Großaufträge über 50 Mio. Euro auf Basis freiwilliger Angaben.

2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie¹

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisbereinigt, Index 2010 = 100; saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe, Baugenehmigungen

Bundesrepublik Deutschland

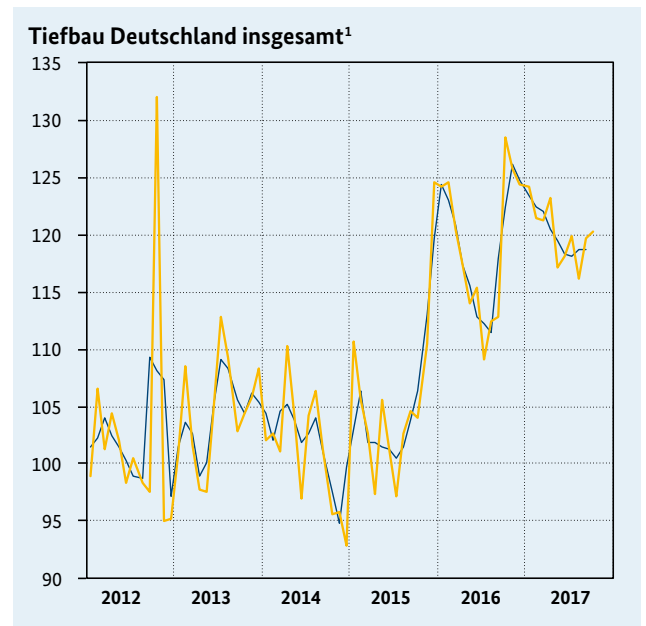
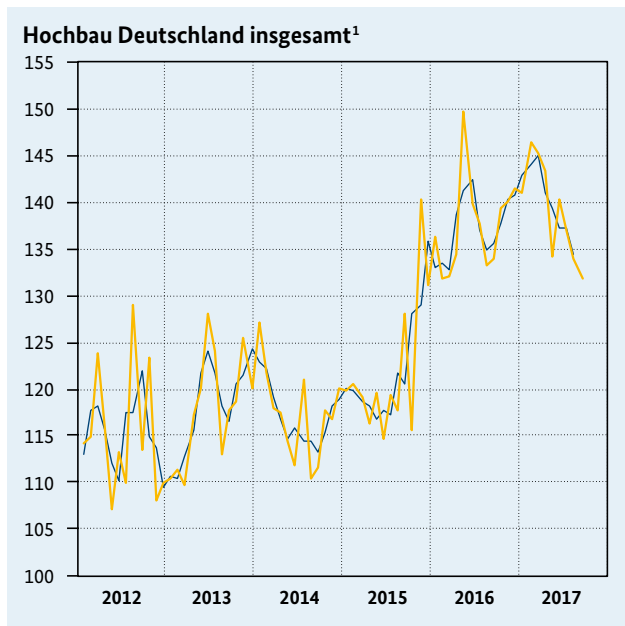
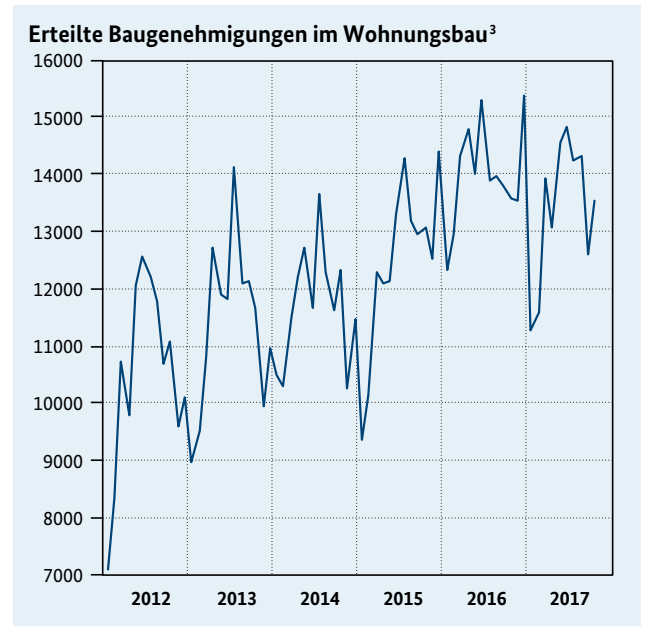
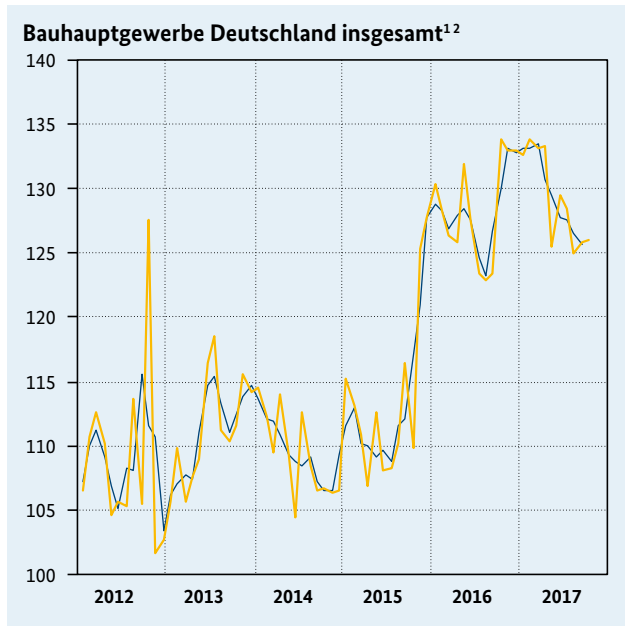
					2016				2017				2017			
		2014	2015	2016	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.		
Auftragseingang¹																
Bauhauptgewerbe		Index	109,3	113,7	128,4	133,3	133,3	129,5	126,5	125,6	129,5	128,6	125,1	125,9	126,1	
		gg. Vp. in %	-1,8	4,0	12,9	8,1	0,0	-2,9	-2,3	-5,9	3,1	-0,7	-2,7	0,6	0,2	
		gg. Vj. in %	-1,9	3,8	13,1	10,1	4,6	1,0	2,2	-4,4	1,4	3,9	1,0	1,5	-6,1	
Hochbau		Index	117,4	121,9	137,7	140,4	144,3	139,5	134,4	134,2	140,8	137,2	134,1	132,0	132,0	
		gg. Vp. in %	-0,5	3,8	13,0	3,9	2,8	-3,3	-3,7	-6,5	4,9	-2,6	-2,3	-1,6	0,0	
		gg. Vj. in %	-0,8	3,8	13,3	9,3	8,8	-1,2	-0,9	-10,3	0,7	-0,5	-0,3	-1,8	-5,7	
Wohnungsbau		Index	135,0	150,0	172,3	174,7	179,0	171,0	163,2	166,4	179,4	168,1	166,4	155,0	175,3	
		gg. Vp. in %	3,1	11,1	14,9	1,8	2,5	-4,5	-4,6	-0,5	7,8	-6,3	-1,0	-6,9	13,1	
		gg. Vj. in %	2,5	11,4	15,0	13,8	5,0	-0,2	-5,4	-6,2	3,8	1,6	-2,5	-13,9	1,5	
Hochbau ohne Wohnungsbau		Index	108,7	108,0	120,5	123,4	127,1	123,9	120,2	118,2	121,7	121,9	118,1	120,6	110,5	
		gg. Vp. in %	-2,6	-0,6	11,6	5,5	3,0	-2,5	-3,0	-10,4	3,0	0,2	-3,1	2,1	-8,4	
		gg. Vj. in %	-3,0	-0,8	12,1	6,4	11,5	-2,0	2,4	-13,0	-1,3	-2,0	1,2	8,4	-10,7	
Tiefbau		Index	101,1	105,5	119,1	126,3	122,4	119,5	118,7	117,1	118,2	120,0	116,2	119,8	120,3	
		gg. Vp. in %	-3,3	4,4	12,9	13,3	-3,1	-2,4	-0,7	-5,0	0,9	1,5	-3,2	3,1	0,4	
		gg. Vj. in %	-3,0	3,7	12,8	11,0	0,2	3,7	5,9	3,0	2,1	9,1	2,5	5,7	-6,6	
Straßenbau		Index	98,8	100,9	120,1	127,6	128,8	121,5	114,3	117,2	120,4	119,8	109,7	113,3	108,7	
		gg. Vp. in %	-4,4	2,1	19,0	11,8	0,9	-5,7	-5,9	-7,6	2,7	-0,5	-8,4	3,3	-4,1	
		gg. Vj. in %	-3,5	1,4	17,5	27,2	5,4	7,0	0,1	5,6	4,5	4,6	-3,2	-2,1	-13,7	
Tiefbau ohne Straßenbau		Index	102,5	108,4	118,5	125,4	118,5	118,4	121,3	117,1	116,8	120,1	120,1	123,8	127,3	
		gg. Vp. in %	-2,7	5,8	9,3	14,1	-5,5	-0,1	2,4	-3,4	-0,3	2,8	0,0	3,1	2,8	
		gg. Vj. in %	-2,7	5,0	10,1	4,2	-2,6	1,4	9,8	1,3	0,5	12,5	6,3	10,4	-2,8	
gewerbliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	112,9	112,8	123,9	128,9	130,3	123,1	123,6	117,8	119,4	127,4	120,7	122,7	113,9	
		gg. Vp. in %	-1,1	-0,1	9,8	9,2	1,1	-5,5	0,4	-10,9	1,4	6,7	-5,3	1,7	-7,2	
		gg. Vj. in %	-1,4	-0,3	10,4	7,3	9,4	-5,2	4,5	-14,0	-6,6	4,1	1,4	7,9	-11,6	
öffentliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	95,3	100,1	115,4	121,2	118,0	119,5	114,8	117,4	119,7	114,0	113,0	117,5	118,7	
		gg. Vp. in %	-5,1	5,0	15,3	10,9	-2,6	1,3	-3,9	-3,3	2,0	-4,8	-0,9	4,0	1,0	
		gg. Vj. in %	-4,7	4,1	15,0	11,4	-0,6	8,5	4,4	7,8	9,0	5,0	2,7	5,7	-4,4	
Baugenehmigungen (Neubau)²																
Hochbau (veranschlagte Kosten)		Mio. €	78378	83667	98125	25625	21462	25587	26441	8453	9340	8944	9419	8078	8278	
		gg. Vj. in %	2,5	6,7	17,3	12,0	-2,9	0,5	6,0	4,7	5,2	12,1	12,9	-6,2	2,3	
Wohngebäude		Mio. €	46466	51206	58976	15093	13177	15434	15132	5354	5332	5195	5251	4686	5045	
		gg. Vj. in %	6,4	10,2	15,2	7,8	-3,4	0,3	1,9	9,4	-1,7	4,0	5,9	-4,3	4,3	
Nichtwohngebäude		Mio. €	31913	32461	39149	10532	8286	10153	11309	3099	4008	3749	4168	3392	3233	
		gg. Vj. in %	-2,7	1,7	20,6	18,7	-2,1	0,8	12,2	-2,5	16,0	25,8	23,1	-8,6	-0,7	
gewerbliche Auftraggeber		Mio. €	24145	24355	29235	7988	6194	7489	8351	2359	2908	2778	3085	2488	2370	
		gg. Vj. in %	2,2	0,9	20,0	18,9	-2,0	-0,9	13,3	-3,2	14,4	33,2	19,9	-8,2	-5,2	
öffentliche Auftraggeber		Mio. €	7768	8106	9915	2544	2092	2665	2959	740	1099	971	1084	904	863	
		gg. Vj. in %	-15,4	4,3	22,3	17,9	-2,4	6,0	9,1	-0,4	20,2	8,6	33,0	-9,9	14,0	
Wohngebäude (Rauminhalt) ³		Mio. m ³	141	150	168	42,7	36,9	42,6	41,3	14,6	14,9	14,3	14,4	12,6	13,6	
		gg. Vj. in %	2,8	6,7	12,2	6,4	-7,0	-3,8	-1,2	4,0	-3,2	2,6	2,4	-8,7	-0,4	
		gg. Vp. in %	3,1	5,9	12,4	8,6	-7,8	2,1	-2,6	0,0	3,6	-4,1	0,2	-2,7	7,8	
ifo Konjunkturtest⁴																
			2015	2016	2017	2017				2017						
						1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
Kapazitäts- und Geräteauslastung		Salden	74,0	76,2	77,9	65,4	79,9	83,7	82,4	83,4	83,8	83,8	83,3	82,8	81,1	
witterungsbedingte Baubehinderungen		Salden	13,8	15,0	18,5	47,3	13,0	4,3	9,3	2,0	6,0	5,0	7,0	6,0	15,0	

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

- 1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010=100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;
- 2 Ursprungszahlen;
- 3 Ursprungszahlen; Veränderungen gegenüber der Vorperiode auf Basis kalender- und saisonbereinigter Daten;
- 4 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monats-Durchschnitt
 — Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Index 2010 = 100;

2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitender Baustellenarbeiten;

3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

2.7 ifo Konjunkturtest, ZEW-Geschäftserwartungen

Bundesrepublik Deutschland

					2017				2017					
		2015	2016	2017	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
ifo Konjunkturtest¹														
Gewerbliche Wirtschaft														
Geschäftsklima	Salden	9,2	9,6	22,0	15,4	21,4	24,2	26,8	24,9	24,6	23,2	26,1	27,6	26,8
Geschäftslage	Salden	15,5	17,5	33,7	25,7	34,4	37,3	37,5	39,2	37,4	35,3	37,5	36,7	38,4
Geschäftserwartungen	Salden	3,2	2,1	10,8	5,5	9,2	11,9	16,6	11,5	12,5	11,7	15,2	18,7	15,8
Verarbeitendes Gewerbe														
Geschäftsklima	Salden	11,5	10,1	25,9	17,6	24,7	29,4	32,0	29,9	30,2	28,2	31,2	33,1	31,7
Geschäftslage	Salden	19,0	18,7	38,7	29,0	38,6	43,7	43,5	46,0	44,4	40,8	43,5	43,1	44,0
Geschäftserwartungen	Salden	4,2	1,8	13,8	6,8	11,5	15,9	21,1	14,7	16,8	16,1	19,5	23,6	20,1
Vorleistungsgüter														
Geschäftsklima	Salden	12,4	11,0	26,9	19,2	25,2	29,7	33,4	29,1	29,8	30,3	32,8	34,0	33,5
Geschäftslage	Salden	18,1	19,2	40,2	31,7	39,9	43,1	45,9	44,9	43,2	41,2	43,8	46,7	47,3
Geschäftserwartungen	Salden	6,9	3,2	14,3	7,3	11,4	17,1	21,5	14,3	17,1	20,0	22,3	21,9	20,4
Investitionsgüter														
Geschäftsklima	Salden	10,6	8,7	28,6	18,5	25,9	32,7	37,4	34,2	33,9	30,1	39,2	38,6	34,4
Geschäftslage	Salden	18,6	18,3	42,2	29,4	40,5	48,9	50,1	52,3	50,1	44,4	53,2	47,9	49,1
Geschäftserwartungen	Salden	2,9	-0,3	15,8	8,1	12,2	17,6	25,4	17,4	18,8	16,7	26,0	29,6	20,5
Konsumgüter														
Geschäftsklima	Salden	9,7	9,6	15,2	12,5	16,9	17,9	13,3	20,8	17,9	15,0	8,1	14,6	17,3
Geschäftslage	Salden	19,4	17,6	25,3	22,1	27,5	29,4	22,3	32,4	28,9	26,9	19,6	23,0	24,2
Geschäftserwartungen	Salden	0,4	2,0	5,4	3,4	6,6	6,9	4,7	9,7	7,4	3,7	-2,8	6,4	10,6
Bauhauptgewerbe														
Geschäftsklima	Salden	-2,9	5,4	14,4	9,4	12,7	16,8	18,8	14,6	17,5	18,4	20,2	17,2	18,9
Geschäftslage	Salden	-4,3	9,4	23,5	17,1	23,6	26,8	26,5	24,1	27,9	28,3	27,7	25,3	26,6
Geschäftserwartungen	Salden	-1,4	1,4	5,7	2,0	2,3	7,3	11,3	5,5	7,6	8,9	13,0	9,4	11,4
Dienstleistungen														
Geschäftsklima	Salden	28,6	29,7	30,1	28,8	27,0	31,4	33,3	30,3	31,9	31,9	33,4	32,7	33,7
Geschäftslage	Salden	38,9	40,8	44,6	43,3	42,6	46,7	45,9	47,7	46,9	45,4	47,3	44,3	46,1
Geschäftserwartungen	Salden	18,8	19,2	16,5	15,2	12,5	17,0	21,3	14,2	17,7	19,2	20,3	21,7	22,0
ZEW-Konjunkturerwartungen²														
konjunkturelle Lage	Salden	57,0	55,2	84,1	77,0	84,0	87,0	88,4	86,4	86,7	87,9	87,0	88,8	89,3
Konjunkturerwartungen	Salden	31,5	6,7	16,4	13,3	19,6	14,8	17,9	17,5	10,0	17,0	17,6	18,7	17,4

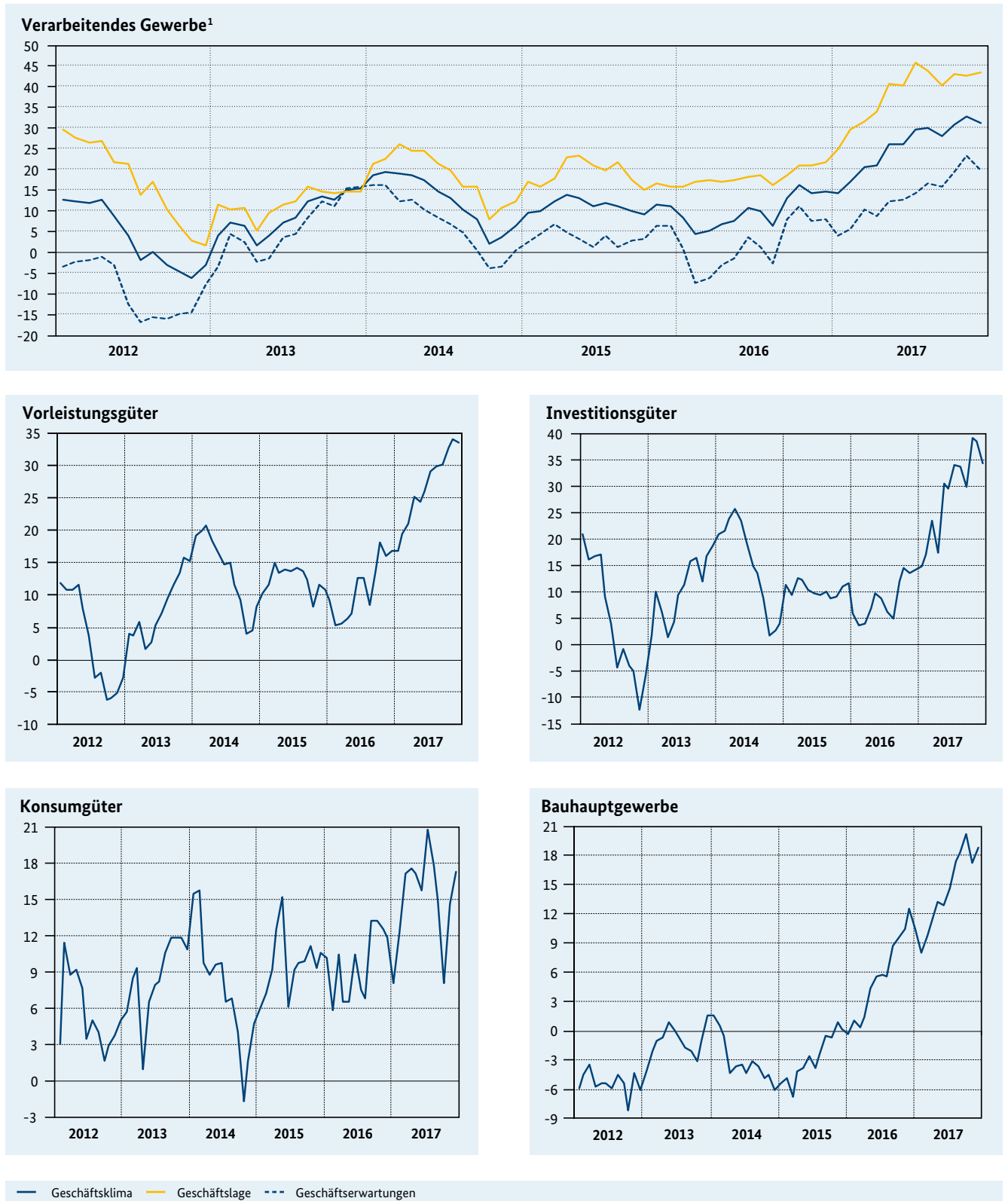
Quellen: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Saldo der positiven und negativen Antworten; Saisonbereinigung des ifo Instituts;

2 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.8 Entwicklung des ifo Geschäftsklimas¹

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo Instituts.

3. Privater Konsum

3.1 Konsumausgaben, Einzelhandelsumsätze, Preise, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

					2015			2016			2017			
		2015	2016	2017	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung¹														
Private Konsumausgaben ¹	Index	106,1	108,3	110,5	105,8	106,4	107,0	107,6	107,8	108,2	108,9	109,8	110,8	110,7
(in konstanten Preisen)	gg. Vp. in %	1,7	2,1	2,0	0,3	0,6	0,6	0,6	0,2	0,4	0,6	0,8	0,9	-0,1
	gg. Vj. in %	1,7	2,1	2,0	1,4	1,6	2,1	2,0	2,9	1,7	1,7	2,3	2,2	2,1
Verfügbares Einkommen	in Mrd. €	1754	1805	-	437	441	444	445	449	451	458	464	469	471
(in jeweiligen Preisen)	gg. Vp. in %	2,6	2,9	-	1,0	0,8	0,7	0,2	0,9	0,5	1,5	1,3	1,1	0,5
	gg. Vj. in %	2,6	2,9	-	2,3	2,5	2,9	2,7	3,6	2,3	3,1	4,6	3,8	4,2
Einzelhandelsumsätze¹														
		2015	2016	2017	2017				2018					
		2015	2016	2017	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Einzelhandel	Index	106,6	108,8	-	110,8	112,2	112,6	-	112,0	113,5	112,3	114,3	-	-
(ohne Handel mit Kfz)	gg. Vp. in %	3,8	2,1	-	0,2	1,3	0,4	-	-0,4	1,3	-1,1	1,8	-	-
	gg. Vj. in %	3,9	2,0	-	2,7	4,0	3,7	-	2,6	5,3	1,1	3,9	-	-
Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren	Index	104,9	106,2	-	106,7	108,8	108,9	-	108,4	109,5	107,8	109,3	-	-
	gg. Vp. in %	2,3	1,2	-	-0,1	2,0	0,1	-	-0,4	1,0	-1,6	1,4	-	-
	gg. Vj. in %	2,3	1,1	-	1,1	3,4	1,9	-	1,2	2,7	0,6	3,0	-	-
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	Index	99,1	97,9	-	101,5	101,5	105,0	-	103,2	111,5	103,2	107,8	-	-
	gg. Vp. in %	-0,7	-1,2	-	-1,1	0,0	3,4	-	2,8	8,0	-7,4	4,5	-	-
	gg. Vj. in %	-0,5	-1,0	-	7,2	3,0	9,8	-	3,9	25,3	-4,5	8,9	-	-
Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik	Index	126,7	126,7	-	134,5	134,8	139,4	-	141,5	137,8	138,8	137,8	-	-
	gg. Vp. in %	4,0	0,0	-	2,0	0,2	3,4	-	1,9	-2,6	0,7	-0,7	-	-
	gg. Vj. in %	3,9	0,2	-	9,1	7,6	10,9	-	11,2	10,6	4,7	5,8	-	-
Möbel, Raumausstattung, Haushaltsgeräte, Baubedarf	Index	100,8	101,4	-	101,7	103,0	102,3	-	101,5	101,9	102,0	101,5	-	-
	gg. Vp. in %	1,9	0,6	-	0,3	1,3	-0,7	-	-2,0	0,4	0,1	-0,5	-	-
	gg. Vj. in %	1,9	0,6	-	0,4	1,4	1,2	-	0,0	2,3	0,7	1,6	-	-
Handel mit Kfz einschl. Instandhaltung und Reparatur	Index	111,4	117,7	-	121,6	122,7	123,9	-	123,8	124,5	122,6	-	-	-
	gg. Vp. in %	6,6	5,7	-	1,6	0,9	1,0	-	0,3	0,6	-1,5	-	-	-
	gg. Vj. in %	6,7	5,6	-	4,4	5,4	5,0	-	4,4	3,9	3,0	-	-	-
Umsätze im Gastgewerbe¹														
Insgesamt	Index	102,3	102,7	-	104,2	104,7	103,8	-	103,2	103,7	103,2	103,3	-	-
	gg. Vp. in %	0,6	0,4	-	1,8	0,5	-0,9	-	-1,1	0,5	-0,5	0,1	-	-
	gg. Vj. in %	0,7	0,6	-	1,3	2,2	0,2	-	0,4	-1,1	-0,1	1,1	-	-
Pkw-Neuzulassungen²														
Insgesamt	in Tsd.	3206	3352	3441	845	942	825	829	254	288	273	303	254	-
	gg. Vj. in %	5,6	4,5	2,7	6,7	0,0	0,3	4,2	3,5	-3,3	3,9	9,4	-1,0	-
private Neuzulassungen	in Tsd.	1098	1173	1225	282	336	303	305	99	102	102	111	92	-
	gg. Vj. in %	-0,1	6,8	4,4	9,0	-2,3	2,4	10,7	6,0	-0,3	9,8	15,9	5,8	-
Verbraucherpreise³														
Insgesamt	Index	106,9	107,4	109,3	108,6	108,9	109,5	110,0	109,5	109,6	109,6	109,9	110,6	-
	gg. Vj. in %	0,2	0,5	1,7	1,9	1,7	1,7	1,7	1,8	1,8	1,6	1,8	1,7	-
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	0,8	0,8	3,1	3,3	2,3	3,1	3,5	3,0	3,6	4,3	3,2	3,0	-
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	1,2	1,2	1,7	1,6	1,7	1,7	1,6	1,7	1,7	1,6	1,7	1,7	-
Haushaltsenergie	gg. Vj. in %	-5,5	-4,5	1,7	2,7	1,0	1,4	1,7	1,4	2,0	1,2	2,7	1,2	-
Kraftfahrer-Preisindex	gg. Vj. in %	-2,6	-1,3	3,0	5,1	2,8	2,4	1,7	2,7	2,8	1,3	2,6	1,4	-
Stimmungsindikatoren zum privaten Konsum														
ifo Geschäftsklima Einzelhandel⁴	Salden	7,0	8,1	10,7	6,0	13,8	8,1	15,0	5,3	7,9	16,2	13,1	15,7	-
Geschäftslage	Salden	15,7	17,9	21,6	15,9	24,5	20,9	25,2	16,9	20,7	28,7	18,8	28,0	-
Geschäftserwartungen	Salden	-1,2	-1,2	0,3	-3,5	3,6	-3,9	5,3	-5,7	-4,2	4,3	7,5	4,0	-
GfK – Konsumklima⁵	Punkte	9,7	9,8	10,4	10,0	10,1	10,8	10,7	10,8	10,9	10,8	10,7	10,7	10,8
Anschaffungsneigung	Punkte	54,7	52,8	55,6	52,1	55,9	56,8	57,5	56,9	57,1	57,6	57,6	57,4	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Kraftfahrt-Bundesamt, ifo Institut, Gesellschaft für Konsumforschung.

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;

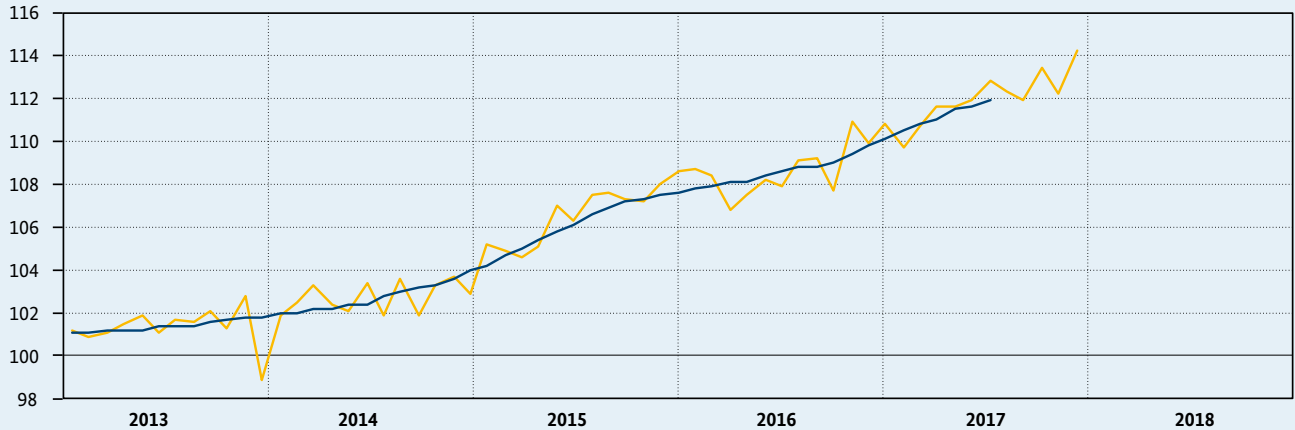
2 Ursprungszahlen; 3 Ursprungszahlen; Index 2010 = 100; 4 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung des ifo Instituts; 5 Durch GfK standardisierte und saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten; der letzte Wert ist jeweils

prognostiziert.

3.2 Entwicklung des privaten Konsums

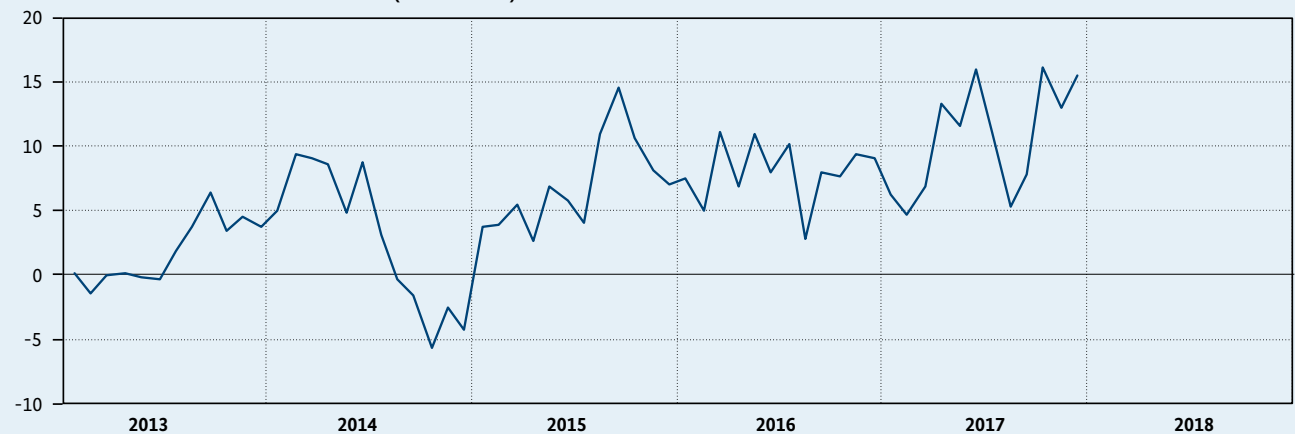
Bundesrepublik Deutschland

Einzelhandelsumsätze insgesamt (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)¹

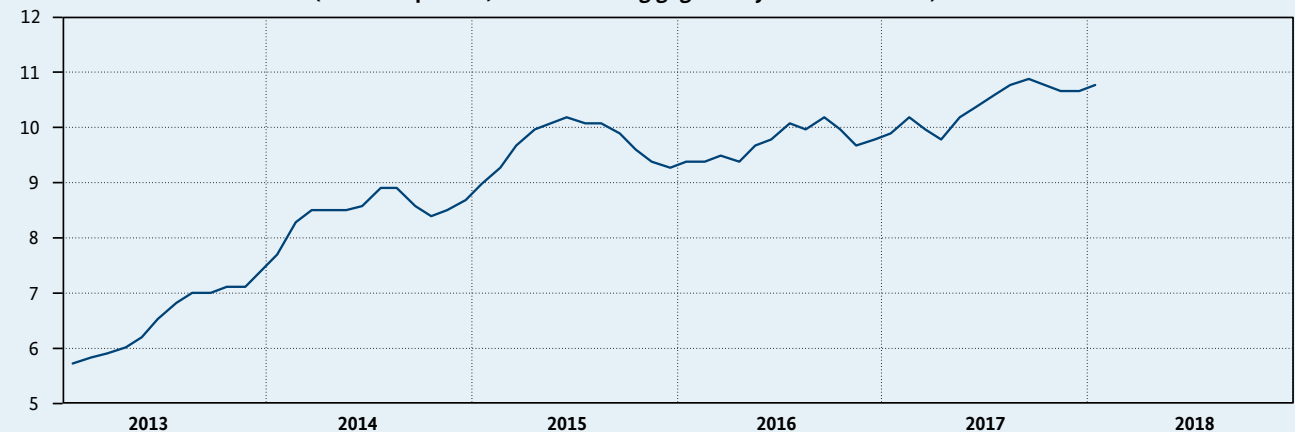


— gleitender 12-Monats-Wert — Monatswerte

Geschäftsklima Einzelhandel – Salden (ifo Institut)²



GfK – Indikator Konsumklima (Indikatorpunkte, reale Änderung gegen Vorjahresmonat in %)³



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Basis: 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

4. Außenwirtschaft

4.1 Leistungsbilanz und Außenhandel nach Ländern

Bundesrepublik Deutschland

		2016			2017				2017					
		2014	2015	2016	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Leistungsbilanz und Komponenten (Saldo)¹														
Leistungsbilanz	in Mrd. €	221	261	258	61	64	59	68	23,5	21,6	23,4	22,6	21,1	22,3
	gg. Vp. in %	15,4	18,1	-1,3	-1,0	6,4	-8,8	15,0	18,7	-8,1	8,3	-3,3	-6,5	5,4
Warenhandel	in Mrd. €	230	259	265	62	66	65	69	23,4	22,3	23,1	23,1	22,3	24,2
	gg. Vp. in %	7,2	12,6	2,4	-6,0	7,0	-1,5	5,0	11,1	-4,5	3,8	-0,3	-3,1	8,5
Ausfuhr	in Mrd. €	1120	1176	1187	301	312	315	319	104,9	105,5	107,2	106,4	106,0	110,1
	gg. Vp. in %	3,2	5,0	0,9	1,7	3,6	1,1	1,2	-1,3	0,5	1,6	-0,8	-0,4	3,9
Einfuhr	in Mrd. €	890	917	921	239	246	250	251	81,6	83,2	84,1	83,3	83,6	85,8
	gg. Vp. in %	2,2	3,1	0,5	3,9	2,7	1,8	0,2	-4,3	2,0	1,1	-0,9	0,4	2,6
Dienstleistungen	in Mrd. €	-25	-19	-20	-5	-5	-5	-5	-0,9	-1,9	-1,2	-1,8	-1,5	-1,6
	gg. Vp. in %	-38,0	-25,9	7,5	-15,9	9,9	4,4	-6,9	-57,7	119,3	-38,3	47,1	-16,6	9,6
Einnahmen	in Mrd. €	224	245	254	64	65	66	68	22,9	22,4	23,1	22,0	23,1	22,1
	gg. Vp. in %	9,1	9,2	3,5	1,3	0,5	2,4	2,0	5,9	-2,2	2,9	-4,9	5,3	-4,6
Ausgaben	in Mrd. €	250	264	274	69	70	71	72	23,8	24,4	24,3	23,7	24,6	23,7
	gg. Vp. in %	1,3	5,7	3,8	0,0	1,1	2,5	1,3	0,3	2,3	-0,3	-2,3	3,7	-3,8
Primäreinkommen	in Mrd. €	56	59	52	14	14	16	16	5,7	5,9	4,5	5,3	4,7	4,9
	gg. Vp. in %	-5,7	5,4	-11,9	8,3	1,1	17,1	-2,3	26,8	3,0	-23,4	16,8	-10,8	3,8
Sekundäreinkommen	in Mrd. €	-40	-39	-40	-10	-11	-17	-12	-4,7	-4,7	-3,1	-4,0	-4,5	-5,3
	gg. Vp. in %	-4,3	-3,3	2,5	-11,8	1,3	64,5	-31,9	28,9	-0,6	-33,8	28,9	11,7	17,6

Außenhandel nach Ländern²

Ausfuhr insgesamt	in Mrd. €	1124	1194	1204	306	319	319	317	107,2	103,1	103,0	110,4	108,0	116,5
	gg. Vj. in %	3,3	6,2	0,9	1,9	8,6	3,8	6,4	1,0	7,6	7,3	4,5	6,9	8,2
EU-Länder	in Mrd. €	649	693	706	176	188	189	183	63,9	59,7	58,6	65,0	64,6	68,0
	gg. Vj. in %	4,8	6,8	1,9	0,8	6,4	4,5	6,0	2,6	6,7	8,5	3,2	8,8	8,0
Eurozone ¹	in Mrd. €	411	434	441	111	117	119	114	39,9	37,8	35,9	40,8	40,5	43,0
	gg. Vj. in %	2,0	5,6	1,5	1,8	6,9	5,4	6,9	3,1	6,9	10,3	4,1	8,7	9,1
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	238	259	265	65	70	70	69	24,0	21,9	22,7	24,2	24,1	24,9
	gg. Vj. in %	10,1	8,9	2,4	-0,7	5,6	3,1	4,4	1,7	6,4	5,6	1,6	9,1	6,2
Drittländer	in Mrd. €	475	501	498	130	132	130	133	43,3	43,4	44,4	45,4	43,5	48,5
	gg. Vj. in %	1,2	5,4	-0,5	3,4	11,9	2,9	7,0	-1,2	8,9	5,8	6,5	4,2	8,4
Einfuhr insgesamt	in Mrd. €	910	949	955	247	259	257	254	85,1	84,4	83,0	86,3	89,1	92,8
	gg. Vj. in %	2,2	4,3	0,6	3,0	10,1	8,3	7,7	3,7	9,6	8,2	5,4	8,4	8,3
EU-Länder	in Mrd. €	595	622	632	163	170	169	167	56,2	55,8	53,7	57,6	59,7	62,1
	gg. Vj. in %	3,4	4,5	1,7	3,1	9,0	6,2	7,8	1,8	8,7	10,6	4,6	10,2	9,5
Eurozone	in Mrd. €	411	426	429	109	115	114	112	37,9	37,9	35,8	38,1	39,8	41,3
	gg. Vj. in %	2,3	3,7	0,6	2,1	8,1	5,4	6,8	-0,5	7,2	10,2	3,5	9,3	9,5
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	184	196	204	53	55	55	55	18,4	17,9	17,9	19,5	19,9	20,7
	gg. Vj. in %	6,0	6,2	4,1	5,2	10,9	7,9	9,9	6,8	11,9	11,3	6,9	11,9	9,6
Drittländer	in Mrd. €	315	328	323	84	90	88	87	28,8	28,6	29,3	28,7	29,4	30,7
	gg. Vj. in %	0,0	3,9	-1,5	2,8	12,2	12,7	7,5	7,5	11,6	4,2	7,1	4,9	5,9

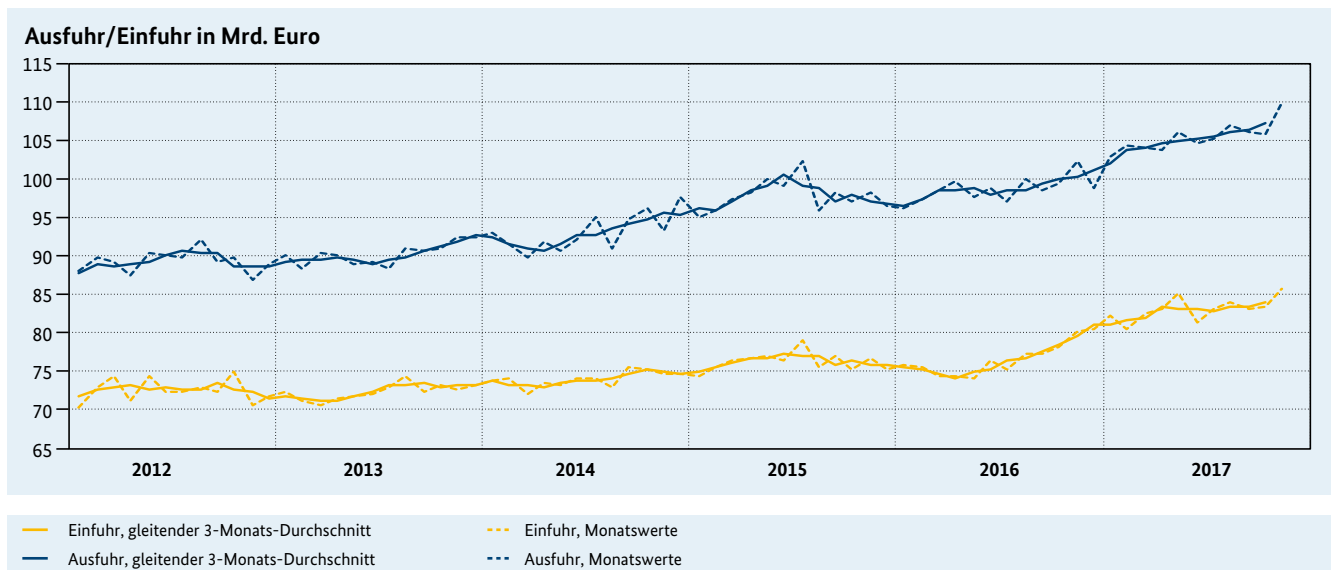
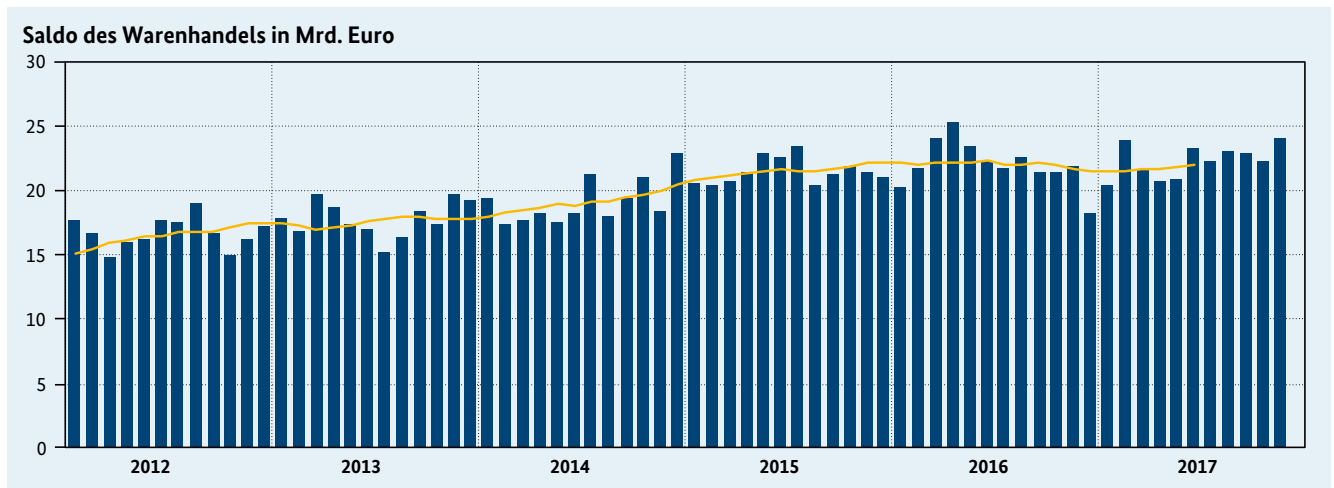
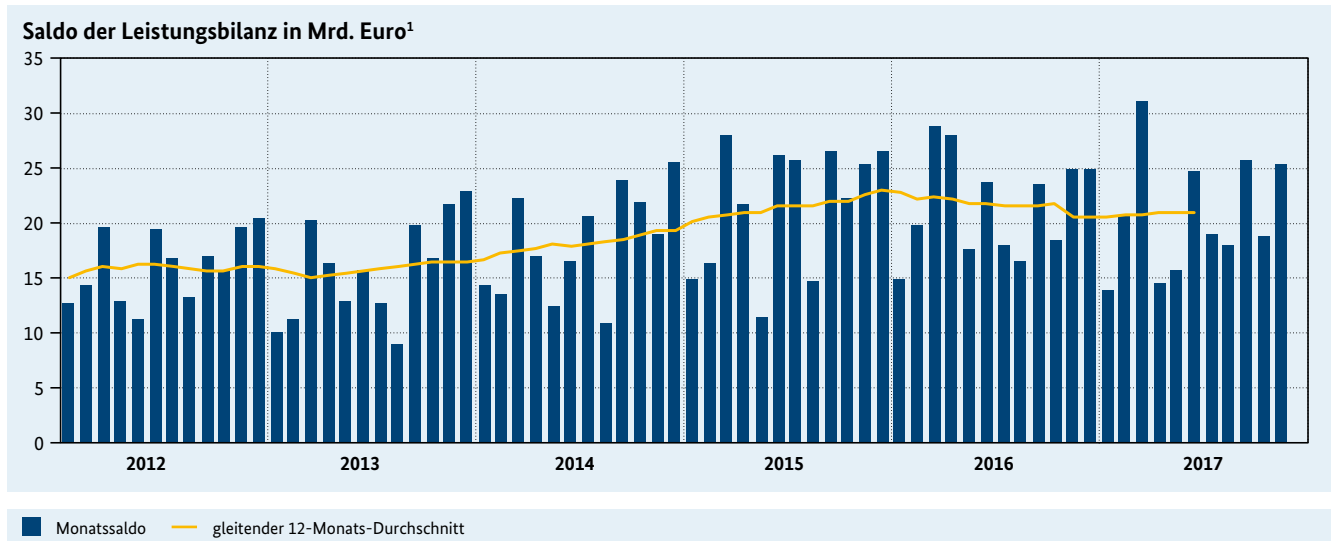
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes, Warenhandel, Ursprungszahlen.

4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

5. Arbeitsmarkt

5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, gemeldete Arbeitsstellen

Bundesrepublik Deutschland

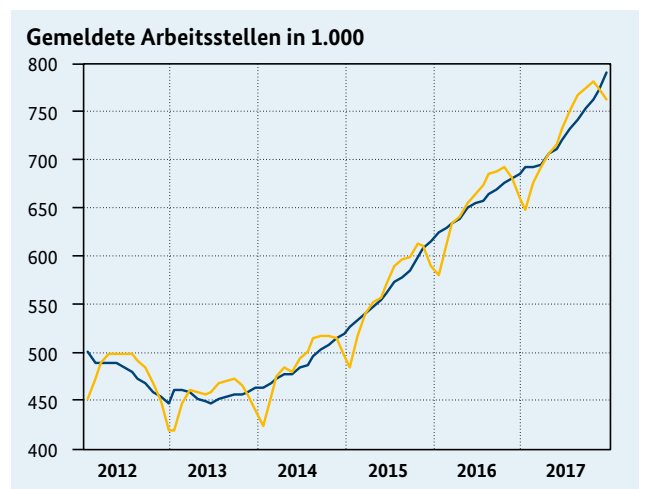
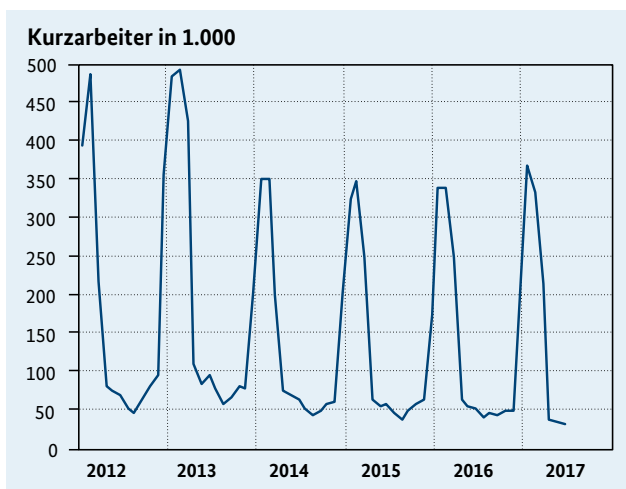
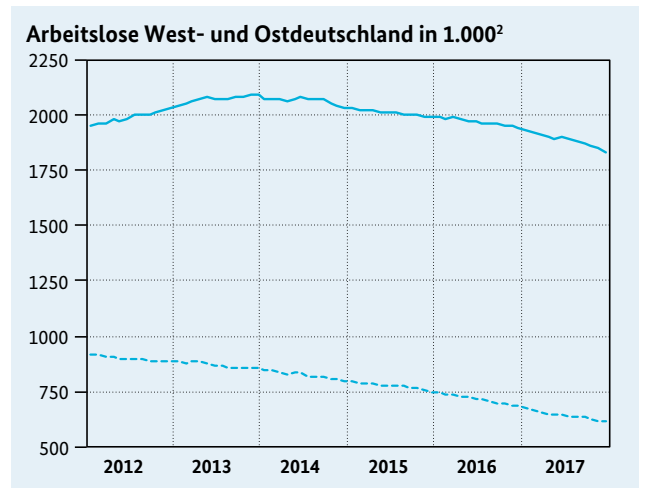
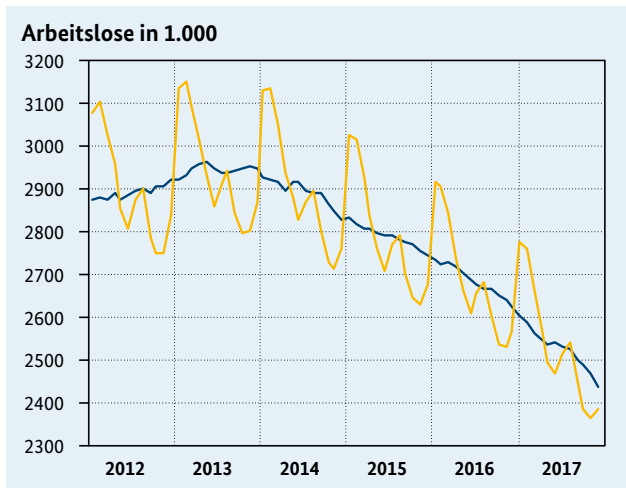
					2017				2017					
		2015	2016	2017	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Ursprungszahlen														
Erwerbstätige ¹	in Tsd.	43069	43638	-	43740	44206	44482	-	44351	44457	44637	44711	44744	-
	gg. Vj. in Tsd.	+398	+569	-	+644	+648	+650	-	+662	+650	+638	+625	+613	-
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	in Tsd.	30854	31538	-	31804	32103	32424	-	32123	32410	32740	32788	-	-
	gg. Vj. in Tsd.	+636	+683	-	+717	+714	+737	-	+745	+735	+732	+743	-	-
Erwerbslose ²	in Tsd.	1950	1774	-	1761	1622	1586	-	1571	1636	1551	1642	1499	-
	gg. Vj. in Tsd.	-140	-176	-	-179	-171	-146	-	-238	-131	-70	-54	-178	-
Erwerbslosenquote	in %	4,6	4,1	-	4,1	3,8	3,6	-	3,6	3,8	3,5	3,8	3,4	-
Arbeitslose insgesamt ³	in Tsd.	2795	2691	2533	2734	2513	2504	2381	2518	2545	2449	2389	2368	2385
	gg. Vj. in Tsd.	-104	-104	-158	-158	-161	-147	-166	-143	-139	-159	-151	-164	-183
SGB II	in Tsd.	1936	1869	1677	1747	1690	1671	1601	1675	1690	1648	1617	1596	1589
	gg. Vj. in Tsd.	-29	-67	-192	-213	-202	-172	-180	-180	-165	-172	-167	-180	-194
SGB III	in Tsd.	859	822	855	987	822	833	780	842	855	800	772	772	796
	gg. Vj. in Tsd.	-75	-37	+34	+54	+41	+25	+14	+37	+25	+13	+15	+16	+10
Westdeutschland	in Tsd.	2021	1979	1894	2020	1882	1889	1786	1897	1923	1847	1797	1779	1783
	gg. Vj. in Tsd.	-54	-42	-84	-74	-81	-81	-101	-74	-75	-95	-92	-99	-114
Ostdeutschland	in Tsd.	774	712	639	713	631	615	595	621	622	602	592	590	602
	gg. Vj. in Tsd.	-50	-62	-74	-84	-80	-66	-65	-70	-65	-64	-60	-65	-69
Arbeitslosenquote	in %	6,4	6,1	5,7	6,2	5,6	5,6	5,3	5,6	5,7	5,5	5,4	5,3	5,3
Westdeutschland	in %	5,7	5,6	5,3	5,6	5,2	5,2	4,9	5,2	5,3	5,1	5,0	4,9	4,9
Ostdeutschland	in %	9,2	8,5	7,6	8,5	7,5	7,3	7,0	7,4	7,4	7,1	7,0	7,0	7,1
Zugänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	626	642	630	683	592	637	605	650	670	591	606	629	579
Abgänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	633	651	645	652	656	645	626	605	643	687	667	650	563
Kurzarbeit ⁴	in Tsd.	44	42	-	41	25	16	-	18	16	15	24	-	-
(konjunkturell bedingt)	gg. Vj. in Tsd.	-5	-2	-	-9	-22	-18	-	-13	-22	-20	-15	-	-
Unterbeschäftigung	in Tsd.	3631	3577	3517	3711	3530	3461	3368	3500	3477	3405	3367	3361	3377
	gg. Vj. in Tsd.	-171	-54	-60	+23	-26	-90	-147	-60	-90	-119	-128	-147	-165
Gemeldete Arbeitsstellen	in Tsd.	569	655	731	671	717	763	771	750	765	773	780	772	761
	gg. Vj. in Tsd.	+78	+87	+75	+61	+64	+81	+94	+76	+80	+86	+88	+91	+103
saisonbereinigte Angaben⁵														
Erwerbstätige ¹	gg. Vp. in Tsd.	+397	+568	-	+203	+130	+135	-	+27	+61	+44	+38	+50	-
Sozialv.pfl. Beschäftigte	gg. Vp. in Tsd.	+636	+683	-	+200	+154	+185	-	+65	+68	+46	+69	-	-
Erwerbslose	gg. Vp. in Tsd.	-154	-157	-	-24	-28	-38	-	-14	-11	-11	-12	-13	-
Erwerbslosenquote	in %	4,6	4,2	-	3,9	3,8	3,7	-	3,7	3,7	3,7	3,7	3,6	-
Arbeitslose insgesamt ³	gg. Vp. in Tsd.	-103	-104	-158	-54	-42	-24	-54	-11	-8	-24	-13	-20	-29
SGB II	gg. Vp. in Tsd.	-28	-69	-191	-105	-35	-10	-38	-6	+3	-14	-13	-16	-19
SGB III	gg. Vp. in Tsd.	-75	-35	+33	+51	-7	-14	-16	-5	-11	-9	0	-4	-10
Westdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-54	-41	-85	-30	-23	-16	-37	-7	-5	-18	-8	-12	-21
Ostdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-50	-62	-74	-24	-19	-7	-18	-4	-2	-6	-5	-8	-8
Arbeitslosenquote	in %	6,4	6,1	5,7	5,9	5,7	5,7	5,5	5,7	5,7	5,6	5,6	5,5	5,5
Westdeutschland	in %	5,7	5,5	5,3	5,4	5,3	5,2	5,1	5,2	5,2	5,2	5,2	5,1	5,1
Ostdeutschland	in %	9,2	8,4	7,6	7,8	7,6	7,5	7,3	7,6	7,5	7,5	7,4	7,3	7,2
Unterbeschäftigung	gg. Vp. in Tsd.	-171	-52	-61	-36	-22	-39	-54	-13	-24	-20	-11	-21	-23
Gemeldete Arbeitsstellen	gg. Vp. in Tsd.	+78	+87	+75	+13	+19	+30	+33	+11	+10	+11	+9	+10	+18
Indizes														
ifo Beschäftigungsbarometer	Index	108,4	109,2	111,6	110,3	111,1	111,9	112,9	112,1	111,2	112,3	112,1	113,2	113,5
IAB-Arbeitsmarktbarometer	Index	103,1	103,2	104,3	104,1	104,2	103,9	104,9	103,8	103,7	104,1	104,9	104,8	104,9
BA-X Stellenindex	Index	192,4	216,5	237,8	227,0	232,7	240,7	250,7	238,0	240,0	244,0	246,0	250,0	256,0

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt.

- 1 Inlandskonzept;
- 2 Aus der Arbeitskräfteerhebung; Abgrenzung nach ILO;
- 3 Abgrenzung nach SGB; Quoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen;
- 4 Konjunkturelle Kurzarbeit nach § 96 SGB III;
- 5 Verfahren Census X-12-ARIMA.

5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

Bundesrepublik Deutschland



■ Erwerbstätige – vierteljährliche Vorjahresveränderung in % (rechte Skala)
 — Ursprungswerte
 — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA
— Arbeitslose Westdeutschland
 - - - Arbeitslose Ostdeutschland

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.

1 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept;

2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

6. Preise

6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

Bundesrepublik Deutschland

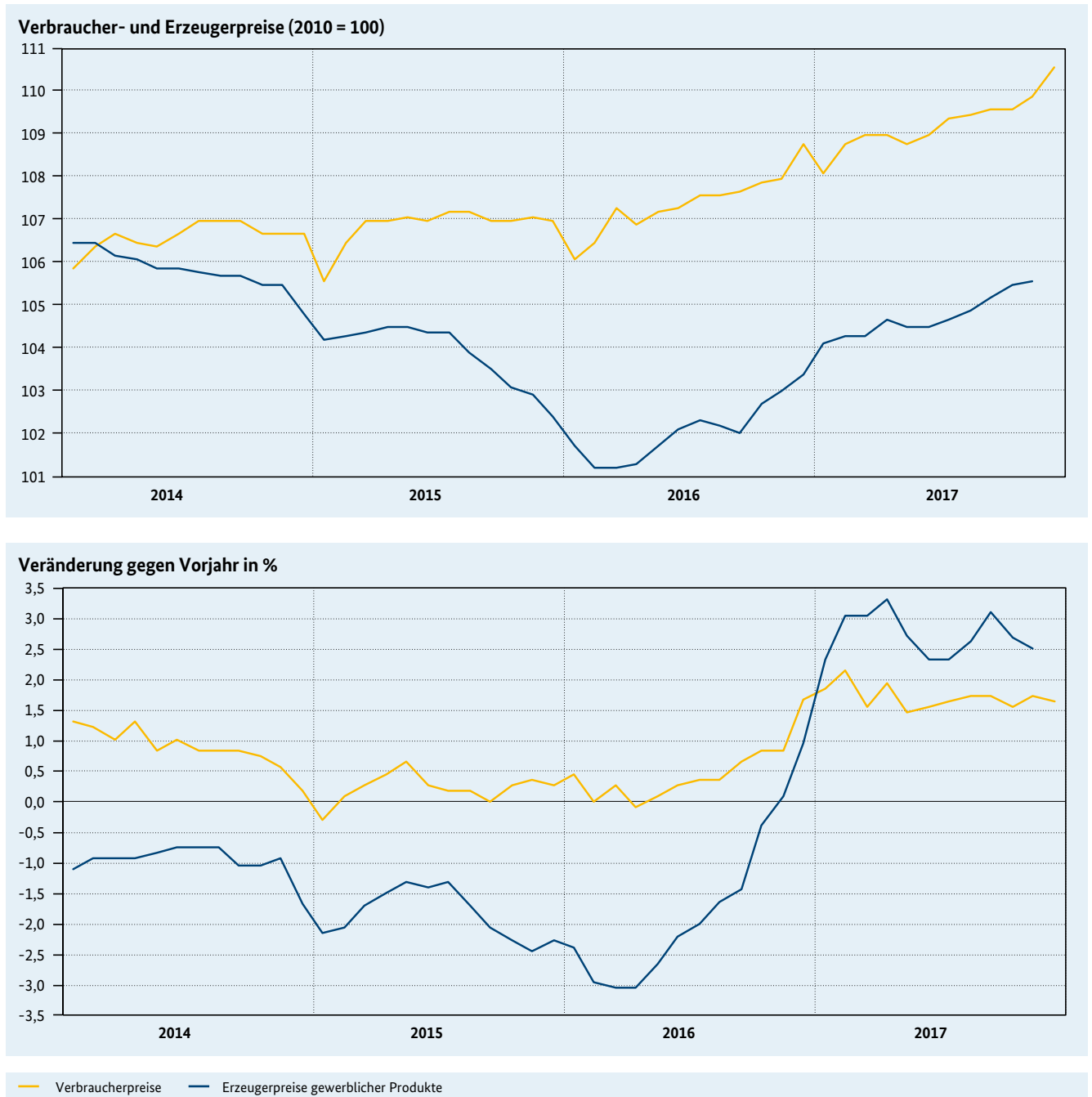
					2017				2017					
		2015	2016	2017	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Verbraucherpreise¹														
Insgesamt (Ursprungszahlen)	Index	106,9	107,4	109,3	108,6	108,9	109,5	110,0	109,4	109,5	109,6	109,6	109,9	110,6
	gg. Vj. in %	+0,3	+0,5	+1,8	+1,9	+1,7	+1,8	+1,7	+1,7	+1,8	+1,8	+1,6	+1,8	+1,7
Waren	Index	107,0	106,6	108,9	108,5	108,7	108,5	109,8	108,0	108,2	109,2	109,5	109,9	109,9
	gg. Vj. in %	-0,8	-0,4	+2,2	+2,8	+1,8	+2,0	+1,9	+1,7	+2,0	+2,2	+1,9	+2,1	+1,8
Verbrauchsgüter	Index	110,0	108,8	111,7	111,5	111,2	111,3	112,6	111,0	111,1	111,7	112,1	112,7	113,0
	gg. Vj. in %	-1,5	-1,1	+2,7	+3,5	+2,1	+2,3	+2,5	+1,8	+2,3	+2,6	+2,4	+2,8	+2,2
darunter:	Index	112,4	113,3	116,7	116,8	115,9	116,2	118,0	116,1	115,9	116,6	117,5	117,8	118,7
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	+0,8	+0,8	+3,0	+3,3	+2,4	+3,1	+3,5	+2,7	+3,0	+3,6	+4,3	+3,2	+3,0
darunter:	Index	112,8	107,8	109,6	109,8	109,2	109,0	110,5	108,6	108,8	109,6	109,9	110,7	110,9
Haushaltsenergie ²	gg. Vj. in %	-5,6	-4,4	+1,7	+2,7	+1,1	+1,4	+1,7	+0,7	+1,4	+2,0	+1,2	+2,7	+1,2
Gebrauchsgüter, mittlere Lebensdauer	Index	105,5	106,3	107,7	106,2	108,5	107,0	109,3	105,4	106,3	109,2	109,9	109,6	108,4
	gg. Vj. in %	+0,7	+0,8	+1,3	+1,3	+1,6	+1,7	+0,9	+1,5	+1,9	+1,5	+1,0	+0,9	+0,8
Gebrauchsgüter, langlebig	Index	97,3	98,4	99,4	99,0	99,4	99,4	99,6	99,5	99,3	99,5	99,5	99,6	99,8
	gg. Vj. in %	+0,4	+1,1	+1,0	+0,8	+1,0	+1,0	+0,9	+1,2	+0,8	+1,0	+0,9	+0,8	+1,1
Dienstleistungen	Index	106,8	108,2	109,7	108,8	109,1	110,5	110,2	110,7	110,7	110,1	109,6	109,9	111,2
	gg. Vj. in %	+1,2	+1,3	+1,4	+1,1	+1,5	+1,6	+1,4	+1,7	+1,6	+1,6	+1,2	+1,5	+1,6
darunter:	Index	106,7	108,0	109,7	109,1	109,6	109,9	110,4	109,8	109,9	110,1	110,2	110,4	110,5
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	+1,2	+1,2	+1,6	+1,6	+1,8	+1,7	+1,7	+1,8	+1,7	+1,7	+1,6	+1,7	+1,7
Insgesamt ohne Energie	Index	106,8	108,1	109,8	109,1	109,5	110,2	110,6	110,1	110,2	110,2	110,2	110,4	111,1
	gg. Vj. in %	+1,1	+1,2	+1,6	+1,5	+1,6	+1,8	+1,7	+1,7	+1,8	+1,7	+1,6	+1,7	+1,6
Energie	Index	107,4	101,6	104,7	105,3	104,3	103,7	105,5	103,0	103,5	104,7	104,6	106,0	105,9
	gg. Vj. in %	-7,0	-5,4	+3,1	+6,1	+2,3	+2,0	+2,0	+0,9	+2,3	+2,7	+1,2	+3,7	+1,3
Insgesamt (saisonbereinigt³)	Index	106,9	107,4	109,3	108,8	109,0	109,5	109,9	109,3	109,4	109,7	109,6	110,0	110,2
	gg. Vj. in %	+0,3	+0,5	+1,8	+2,1	+1,6	+1,8	+1,6	+1,7	+1,8	+1,9	+1,5	+1,9	+1,6
HVPI⁴	Index	100,0	100,4	102,1	101,5	101,7	102,3	102,8	102,2	102,4	102,4	102,3	102,6	103,4
	gg. Vj. in %	+0,1	+0,4	+1,7	+1,9	+1,6	+1,7	+1,7	+1,5	+1,8	+1,8	+1,5	+1,8	+1,6
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte⁵														
Insgesamt	Index	103,9	102,1	-	104,2	104,6	104,9	-	104,7	104,9	105,2	105,5	105,6	-
	gg. Vj. in %	-1,8	-1,7	-	+2,8	+2,9	+2,6	-	+2,3	+2,6	+3,1	+2,7	+2,5	-
Vorleistungsgüter	Index	102,3	100,8	-	103,4	104,3	104,3	-	104,1	104,3	104,6	105,0	104,9	-
	gg. Vj. in %	-1,2	-1,5	-	+3,2	+3,8	+3,3	-	+3,0	+3,3	+3,6	+4,1	+3,3	-
Investitionsgüter	Index	104,2	104,8	-	105,5	105,8	106,0	-	106,0	106,0	106,1	106,1	106,2	-
	gg. Vj. in %	+0,7	+0,6	-	+0,9	+1,1	+1,0	-	+1,1	+1,0	+1,1	+1,1	+1,1	-
Konsumgüter	Index	108,1	108,8	-	110,7	111,7	112,5	-	112,3	112,5	112,6	112,4	112,1	-
	gg. Vj. in %	-0,8	+0,6	-	+2,3	+3,3	+3,3	-	+3,3	+3,3	+3,1	+2,6	+2,2	-
Gebrauchsgüter	Index	107,1	108,4	-	109,3	109,6	109,7	-	109,7	109,7	109,8	109,9	109,9	-
	gg. Vj. in %	+1,3	+1,2	-	+1,1	+1,1	+1,0	-	+1,1	+1,0	+1,1	+1,2	+1,2	-
Verbrauchsgüter	Index	108,3	108,8	-	110,9	111,9	112,9	-	112,7	112,9	113,0	112,7	112,5	-
	gg. Vj. in %	-1,1	+0,5	-	+2,4	+3,5	+3,6	-	+3,7	+3,6	+3,4	+2,8	+2,4	-
Energie	Index	102,6	96,6	-	99,7	99,0	99,5	-	98,9	99,3	100,3	100,8	101,4	-
	gg. Vj. in %	-5,4	-5,8	-	+4,6	+3,0	+3,0	-	+1,9	+2,7	+4,6	+2,8	+3,0	-
Baupreise⁶														
Wohngebäude	Index	111,1	113,4	116,8	115,4	116,4	117,2	118,0	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+1,6	+2,1	+3,0	+2,6	+2,8	+3,1	+3,4	-	-	-	-	-	-
Straßenbau	Index	111,4	112,4	116,6	114,6	116,2	117,4	118,3	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+1,0	+0,9	+3,7	+2,6	+3,7	+4,2	+4,6	-	-	-	-	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisindex 2010 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose); 2 Strom, Gas und andere Brennstoffe; 3 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA; 4 Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Ursprungszahlen; Basis 2015 = 100; 5 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; 6 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; Quartalsdaten.

6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise

Bundesrepublik Deutschland



6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

					2017				2017					
		2015	2016	2017	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Weltmarktpreise für Rohstoffe¹														
Insgesamt	Index	100,1	87,4	105,3	106,7	98,7	101,2	114,5	96,6	100,9	106,1	108,5	116,5	118,5
	gg. Vj. in %	-41,9	-12,7	+20,5	+52,4	+12,3	+11,5	+13,5	+7,2	+11,0	+16,3	+8,6	+22,1	+10,4
Nahrungs- und Genussmittel	Index	100,0	102,1	99,1	104,7	97,9	97,9	96,0	100,2	96,6	96,8	96,8	96,6	94,6
	gg. Vj. in %	-17,7	+2,1	-2,9	+11,9	-7,0	-6,8	-8,1	-6,1	-7,1	-7,2	-8,2	-8,3	-7,6
Industrie-Rohstoffe	Index	100,1	97,3	118,2	123,1	110,4	118,9	120,5	113,3	121,6	121,7	118,3	120,1	123,0
	gg. Vj. in %	-26,0	-2,8	+21,5	+40,4	+16,0	+21,9	+10,8	+16,6	+23,0	+26,1	+19,3	+8,8	+5,4
Energie-Rohstoffe (Rohöl und Kohle)	Index	100,1	85,5	104,5	105,3	97,7	99,8	115,1	94,8	99,2	105,3	108,3	117,5	119,6
	gg. Vj. in %	-44,1	-14,6	+22,2	+57,6	+13,5	+11,9	+15,3	+7,2	+11,2	+17,1	+8,8	+25,9	+12,1
Außenhandelspreise²														
Einfuhrpreise insgesamt	Index	100,9	97,8	-	102,5	101,3	100,1	-	99,8	99,8	100,7	101,3	102,1	-
	gg. Vj. in %	-2,6	-3,1	-	+6,5	+4,2	+2,4	-	+1,9	+2,1	+3,0	+2,6	+2,7	-
Güter der Ernährungswirtschaft	Index	112,7	112,4	-	117,6	115,2	113,4	-	113,3	113,0	113,9	114,2	114,3	-
	gg. Vj. in %	+0,7	-0,3	-	+6,1	+3,5	+0,9	-	+1,2	+0,5	+1,0	+0,4	-0,2	-
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Index	99,7	96,3	-	101,0	99,8	98,7	-	98,4	98,5	99,3	100,0	100,9	-
	gg. Vj. in %	-3,0	-3,4	-	+6,5	+4,3	+2,6	-	+2,1	+2,4	+3,2	+2,9	+3,1	-
Rohstoffe und Halbwaren	Index	88,3	77,1	-	92,2	87,6	85,9	-	83,9	85,2	88,6	90,6	94,3	-
	gg. Vj. in %	-19,0	-12,7	-	+30,9	+15,7	+10,6	-	+8,0	+9,7	+14,0	+11,3	+13,6	-
Fertigwaren	Index	103,3	102,2	-	103,7	103,7	102,8	-	103,0	102,6	102,7	102,9	103,0	-
	gg. Vj. in %	+2,4	-1,1	-	+1,3	+1,7	+0,7	-	+0,7	+0,6	+0,7	+0,8	+0,4	-
Ausfuhrpreise insgesamt	Index	104,9	104,0	-	105,9	106,0	105,7	-	105,7	105,6	105,8	105,9	106,1	-
	gg. Vj. in %	+0,9	-0,9	-	+2,2	+2,2	+1,6	-	+1,5	+1,5	+1,7	+1,5	+1,2	-
Terms of Trade	Verhältnis	103,9	106,4	-	103,3	104,7	105,6	-	105,9	105,8	105,1	104,5	103,9	-
	gg. Vj. in %	+3,5	+2,4	-	-4,1	-1,9	-0,7	-	-0,4	-0,6	-1,1	-1,1	-1,4	-
Wechselkurs des Euro														
in US-Dollar	Kurs	1,11	1,11	1,13	1,06	1,10	1,17	1,18	1,15	1,18	1,19	1,18	1,17	1,18
	gg. Vj. in %	-16,5	-0,3	+2,0	-3,4	-2,6	+5,2	+9,2	+4,0	+5,3	+6,3	+6,6	+8,7	+12,3
in Yen	Kurs	134,3	120,3	126,7	121,0	122,3	130,4	132,9	129,5	129,7	131,9	132,8	132,4	133,6
	gg. Vj. in %	-4,3	-10,4	+5,3	-4,7	+0,3	+14,0	+12,7	+12,3	+14,3	+15,5	+16,0	+13,2	+9,2
in Pfund-Sterling	Kurs	0,73	0,82	0,88	0,86	0,86	0,90	0,89	0,89	0,91	0,89	0,89	0,89	0,88
	gg. Vj. in %	-10,0	+12,8	+7,0	+11,6	+9,3	+5,6	+2,1	+5,4	+6,5	+5,0	-0,4	+2,2	+4,5
Effektive Wechselkurse des Euro³														
nominal	Index	91,7	94,4	96,5	93,8	95,2	98,6	98,7	97,6	99,0	99,0	98,6	98,5	98,8
	gg. Vj. in %	-9,5	+2,8	+2,3	+0,2	+0,8	+3,9	+4,4	+3,2	+4,4	+4,2	+3,7	+4,2	+5,4
real, auf Basis von Verbraucherpreisen	Index	87,6	89,5	91,4	89,0	90,3	93,2	93,1	92,4	93,6	93,6	93,1	92,9	93,2
	gg. Vj. in %	-9,9	+2,2	+2,1	+0,3	+0,6	+3,6	+3,9	+2,9	+4,0	+3,8	+3,1	+3,7	+4,8
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft⁴														
25 ausgewählte Industrieländer	Index	94,1	94,7	96,0	94,5	95,3	97,0	97,1	96,6	97,2	97,4	97,1	97,1	97,3
	gg. Vj. in %	-4,1	+0,7	+1,3	+0,2	+0,5	+2,2	+2,4	+1,8	+2,3	+2,4	+1,8	+2,5	+2,8
56 Länder	Index	85,8	87,0	87,8	86,2	86,9	89,0	89,0	88,5	89,2	89,4	89,0	89,0	89,1
	gg. Vj. in %	-5,4	+1,4	+0,9	-0,8	-0,4	+2,3	+2,6	+1,9	+2,5	+2,5	+2,1	+2,6	+2,9

Quellen: HWWI, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 HWWI-Index auf US-Dollar-Basis, 2015 = 100;

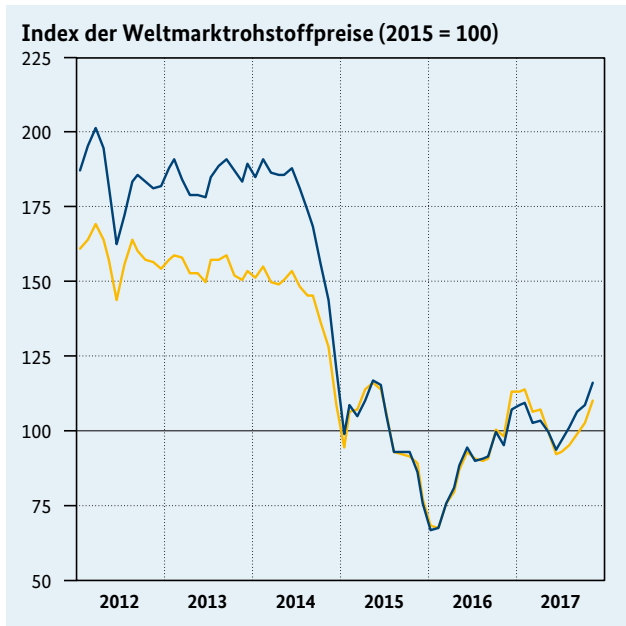
2 Index 2010 = 100;

3 Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Die verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 2007 bis 2009 mit den neun nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EU-Mitgliedstaaten sowie Australien, China, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigte Staaten;

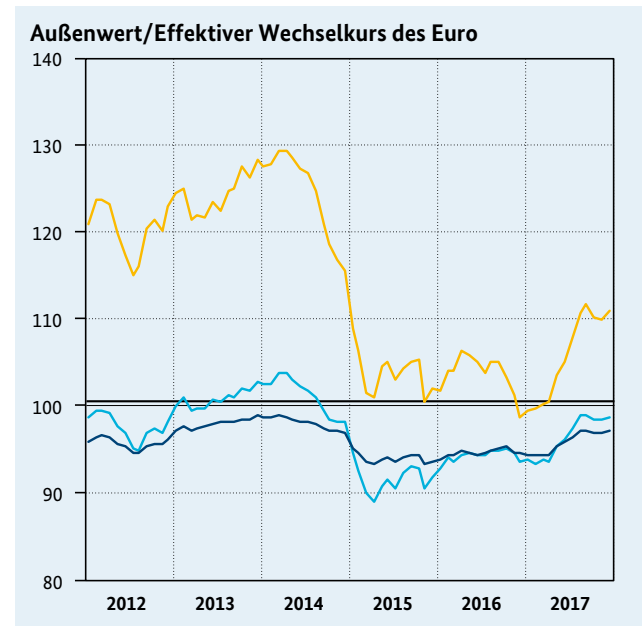
4 Berechnung der Deutschen Bundesbank; auf Basis der Verbraucherpreise.

6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro

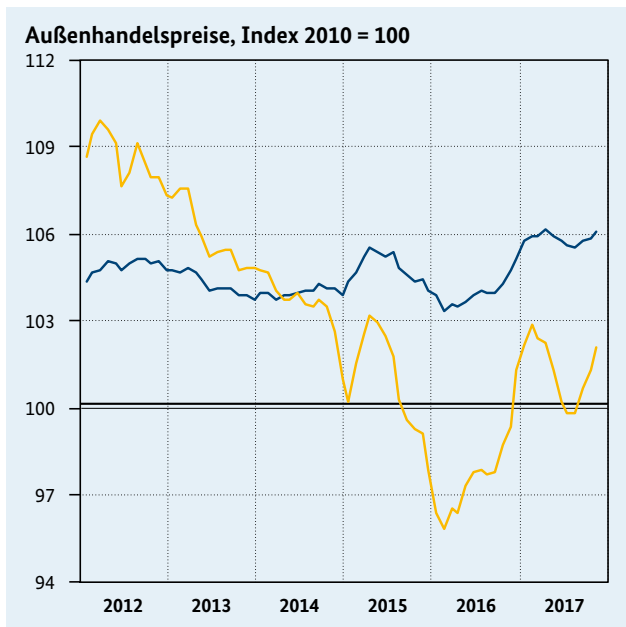
Bundesrepublik Deutschland



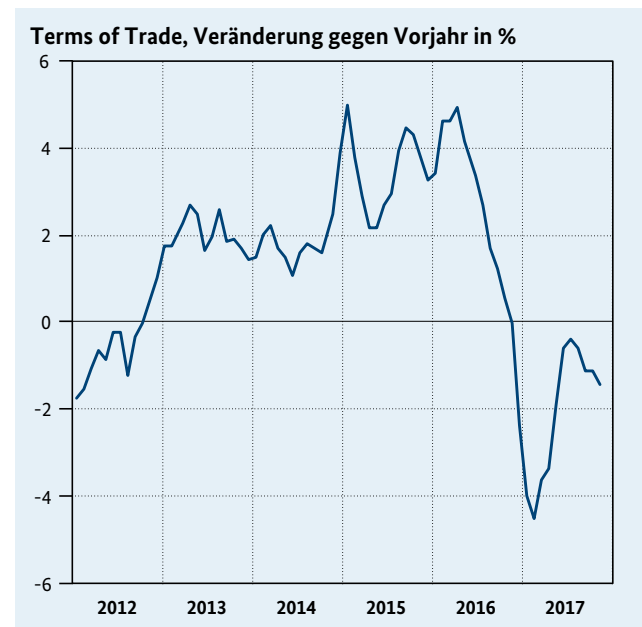
— auf Euro-Basis
— auf US-Dollar-Basis



— Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar; 1999 = 100
— Nominaler effektiver Wechselkurs des Euro¹; 1. Quartal 1999 = 100
— Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit²



— Einfuhrpreise
— Ausfuhrpreise



Quellen: HWWI, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

- 1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Durchschnitte der Euro-Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;
- 2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (25 Industrieländer).

7. Monetäre Entwicklung

7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

					2017				2017					
		2015	2016	2017	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Geldmarktsätze, Umlaufrenditen (Monatsdurchschnitte)														
3-Monats Repo-Satz ¹	Zinssatz	0,12	-0,13	-0,37	-0,39	-0,41	-0,42	-0,43	-0,43	-0,42	-0,43	-0,43	-0,41	-0,42
3-Monats EURIBOR	Zinssatz	-0,02	-0,26	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33
6-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,05	-0,16	-0,26	-0,24	-0,26	-0,27	-0,27	-0,27	-0,27	-0,27	-0,27	-0,27	-0,27
12-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,17	-0,04	-0,15	-0,10	-0,13	-0,16	-0,19	-0,15	-0,16	-0,17	-0,18	-0,19	-0,19
Differenz														
3M-EURIBOR ./ 3M-Repo-Satz ¹	Zinssatz	-0,14	-0,13	0,04	0,06	0,08	0,09	0,10	0,10	0,09	0,10	0,10	0,08	0,10
Umlaufrendite														
3-5-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	-0,12	-0,51	-0,51	-0,58	-0,55	-0,44	-0,47	-0,36	-0,48	-0,49	-0,45	-0,49	-0,46
5-8-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,13	-0,28	-0,15	-0,20	-0,20	-0,07	-0,11	0,00	-0,10	-0,11	-0,08	-0,13	-0,11
9-10-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,50	0,09	0,32	0,29	0,27	0,39	0,33	0,46	0,35	0,35	0,37	0,31	0,30
Geldmenge (Euroraum)														
Wachstum der Geldmenge M1 ²	gg. Vj. in %	10,6	9,1	-	8,6	9,4	9,5	-	9,1	9,5	9,8	9,4	9,1	-
Wachstum der Geldmenge M2 ²	gg. Vj. in %	4,8	5,1	-	4,9	5,1	5,2	-	4,9	5,4	5,4	5,4	5,3	-
Wachstum der Geldmenge M3 ²	gg. Vj. in %	4,7	5,0	-	4,9	4,9	4,9	-	4,5	5,0	5,2	5,0	4,9	-
Wachstum der Geldmenge M3 3-Monats-Durchschnitt ²	gg. Vj. in %	4,7	4,9	-	4,8	4,8	4,9	-	4,8	4,9	5,1	5,0	-	-
Kredite														
an den privaten Sektor im Euroraum ³	gg. Vj. in %	+0,4	+1,6	-	+2,5	+2,7	+2,4	-	+2,6	+2,3	+2,5	+2,6	+2,9	-
Buchkredite im Euroraum	gg. Vj. in %	+0,6	+1,4	-	+1,8	+1,9	+1,9	-	+1,7	+1,8	+2,0	+2,3	+2,7	-
an den privaten Sektor in Deutschland ²	gg. Vj. in %	+2,5	+2,8	-	+3,4	+3,4	+3,8	-	+3,7	+3,8	+3,8	+3,8	+4,0	-
Buchkredite in Deutschland	gg. Vj. in %	+2,1	+3,0	-	+3,4	+3,4	+3,8	-	+3,7	+3,8	+3,8	+4,0	+3,9	-
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in D. ³	gg. Vj. in %	-0,6	+2,1	-	+2,5	+3,2	+4,1	-	+4,1	+4,2	+4,1	+4,2	+4,6	-
Laufzeit bis 1 Jahr	gg. Vj. in %	-0,8	+0,1	-	-3,2	-2,7	+1,7	-	+0,4	+2,1	+2,6	+3,9	+4,4	-
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	gg. Vj. in %	-1,5	+2,3	-	+2,4	+2,4	+2,6	-	+3,2	+2,7	+2,0	+1,6	+2,6	-
Laufzeit über 5 Jahre	gg. Vj. in %	-0,4	+2,5	-	+3,8	+4,7	+5,0	-	+5,1	+4,9	+4,8	+4,8	+5,0	-
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland ³	gg. Vj. in %	+2,1	+2,9	-	+3,0	+3,1	+3,2	-	+3,2	+3,2	+3,2	+3,2	+3,3	-
darunter: Wohnungsbaukredite	gg. Vj. in %	+3,4	+3,7	-	+3,8	+4,1	+4,2	-	+4,1	+4,2	+4,3	+4,2	+4,2	-
Aktienmärkte (Monatsdurchschnitte)														
Deutscher Aktienindex (DAX 30) ⁴	Index	10969	10196	12441	11804	12529	12344	13085	12397	12154	12480	13017	13159	13079
	gg. Vp. in %	+15,0	-7,1	+22,0	+9,2	+6,1	-1,5	+6,0	-2,5	-2,0	+2,7	+4,3	+1,1	-0,6
Dow Jones Euro Stoxx (50) ⁵	Index	3445	3005	3490	3340	3546	3481	3593	3484	3451	3507	3615	3601	3564
	gg. Vp. in %	+9,5	-12,8	+16,1	+8,0	+6,2	-1,8	+3,2	-1,8	-0,9	+1,6	+3,1	-0,4	-1,1
Standard & Poor's 500 ⁵	Index	2061	2093	2448	2324	2396	2467	2605	2453	2456	2492	2557	2594	2665
	gg. Vp. in %	+6,7	+1,5	+17,0	+6,3	+3,1	+3,0	+5,6	+0,8	+0,1	+1,5	+2,6	+1,4	+2,8
Nikkei 225 ⁵	Index	19166	16924	20199	19245	19491	19882	22179	20048	19673	19924	21241	22526	22770
	gg. Vp. in %	+23,8	-11,7	+19,4	+7,3	+1,3	+2,0	+11,6	0,0	-1,9	+1,3	+6,6	+6,0	+1,1

Quellen: STOXX, Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company

1 STOXX GC Pooling Index, 3 Monate;

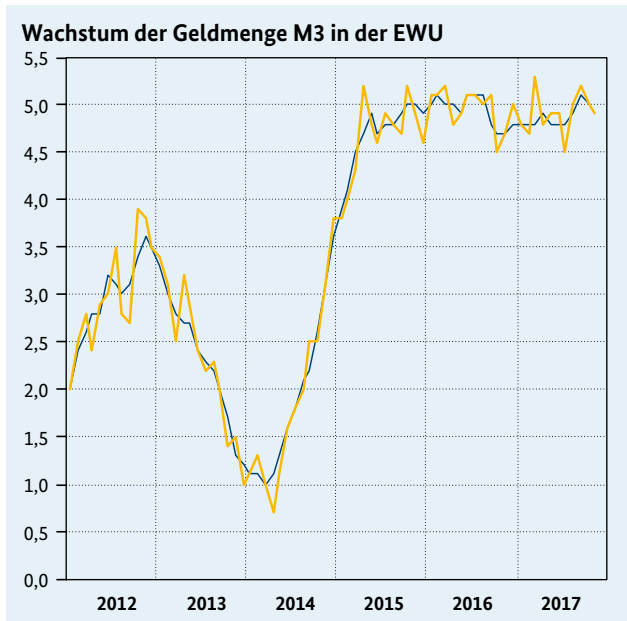
2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

3 Ursprungszahlen;

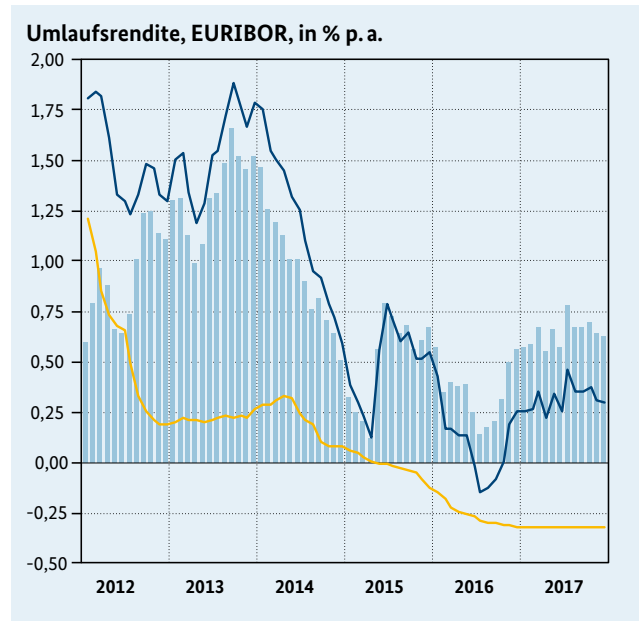
4 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

5 Kurs- bzw. Preisindex.

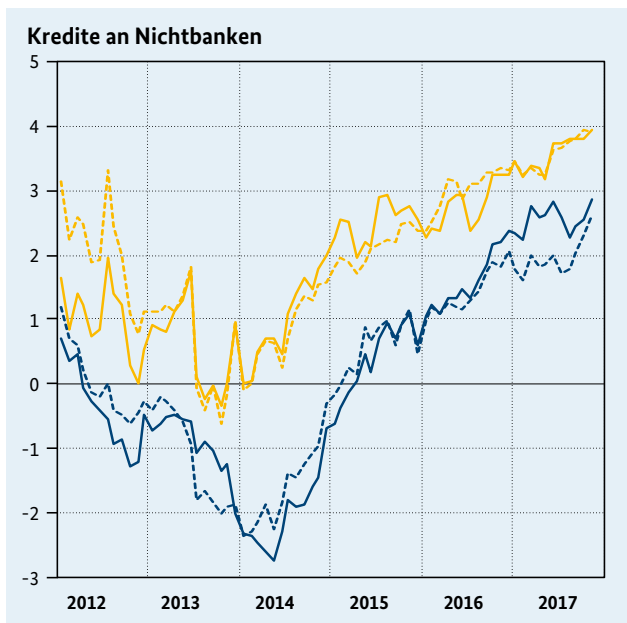
7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur



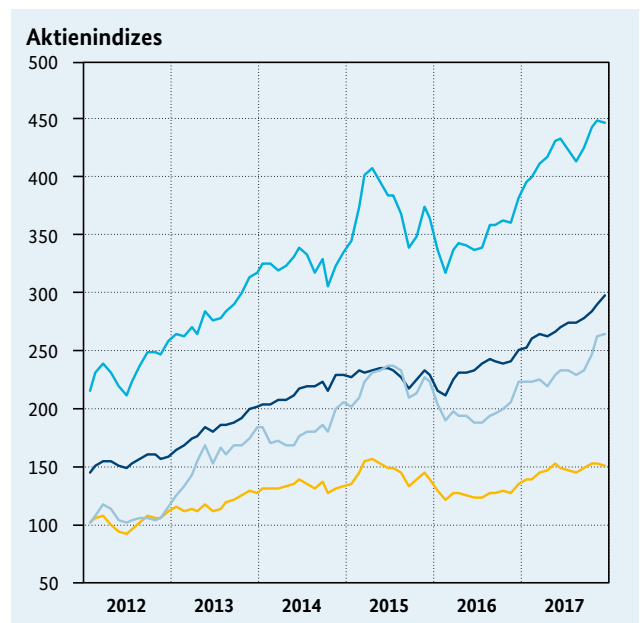
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in %¹
 — monatlich
 — gleitender 3-Monats-Durchschnitt



— EURIBOR 3-Monats-Geld²
 — Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit²
 ■ Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR



Veränderung gegen Vorjahr in %
 — Deutschland
 — EWU
 - - - Buchkredite Deutschland
 - - - Buchkredite EWU



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100
 — DAX 30³
 — Dow Jones Euro Stoxx (50)⁴
 — Standard & Poor's 500⁴
 — Nikkei 225⁴

Quelle: Deutsche Bundesbank.

- 1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;
- 2 Monatsdurchschnitte;
- 3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);
- 4 Kurs- bzw. Preisindex.

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem so weit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzelatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- ▶ Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge usw.)
- ▶ Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen usw.)
- ▶ Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima usw.)

Obleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der

konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in so genannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragseingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien u. Ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitstäglich bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d. h. nicht preisbereinigter) und realer (d. h. preisbereinigter) Form zugrunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:

Referat IC 1 Beobachtung, Analyse und Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Wirtschaftliche Lage)

Fragen und Anregungen können Sie gerne an sdw@bmwi.bund.de richten.

Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben

Ausgabe	Fachartikel
Februar 2017	Der Jahreswirtschaftsbericht 2017: Für inklusives Wachstum in Deutschland und Europa Energiewende – Fortschritte und Herausforderungen Das EEG wird europäischer
März 2017	Innovative Beschaffung – ein Weg zu mehr Innovationen in Deutschland Wissenschaftlicher Beirat: Internationale Klimaverhandlungen sollten CO ₂ -Mindestpreis zum Ziel haben Stärkere Fokussierung beim Ökodesign
April 2017	Eine digitale Ordnungspolitik für die Plattformökonomie Wege zu einem inklusiveren Wirtschaftswachstum Energiesteuerermäßigung für Erdgas als Kraftstoff wird bis Ende 2026 verlängert Bessere Datengrundlage für die amtliche Energiestatistik
Mai 2017	Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss im Lichte der deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen G20-Digitalministertreffen für eine digitale Zukunft Deutsche Wirtschaft wächst solide – trotz einiger Unwägbarkeiten Das Nationale Reformprogramm 2017 Umweltbonus: Erste Zwischenbilanz zur Kaufprämie für Elektrofahrzeuge Beschäftigungsmotor Gesundheitswirtschaft: Bedeutung der Branche für die deutsche Wirtschaft wächst
Juni 2017	Neue Regeln für den Wettbewerb im digitalen Zeitalter: Die 9. GWB-Novelle Neuer Schwung für weniger Bürokratie – das Bürokratieentlastungsgesetz II „Strom 2030 – Langfristige Trends, Aufgaben für die kommenden Jahre“ Grünbuch Energieeffizienz – Ergebnisse der öffentlichen Konsultation für eine mittel- bis langfristige Effizienzpolitik 40 Jahre Energieforschungsprogramm der Bundesregierung „Der Mittelstand muss die Schwelle ins 4.0-Zeitalter überschreiten“ Demografischer Wandel in Japan, China und Deutschland
Juli 2017	Wie reagieren Betriebe auf Fachkräfteverknappung? Safety und Security bei Mittelstand-Digital: Sicherheit in kleinen und mittleren Unternehmen
August 2017	Das neue Wettbewerbsregister Mieter an der Energiewende beteiligen – das Mieterstromgesetz SMARD: die neue Strommarkt-Plattform für mehr Transparenz ist online Kann die EU allein Freihandelsabkommen mit Drittstaaten abschließen?
September 2017	Die Reform des Unterschwellenvergaberechts 2017 Transparenz im Rohstoffsektor
Oktober 2017	Zukunft der Europäischen Union – Von der Diskussion zu konkreten Handlungsempfehlungen und Maßnahmen Aktuelle Entwicklungen im Investitionsprüfungsrecht Neue Perspektiven für den Einzelhandel Produktivität in Deutschland – Messbarkeit und Entwicklung

Ausgabe	Fachartikel
November 2017	Manifest für „Frauen in der Wirtschaft“ Deutsche Wirtschaft in Schwung Die Nachhaltigkeitsstrategie des BMWi Weg frei für offenes WLAN Der Rückgang von Korrespondenzbankbeziehungen: Eine Herausforderung für die Weltwirtschaft
Dezember 2017	Industrie 4.0 schafft neue Wertschöpfungsnetzwerke Modernisierung der Wirtschaftsstatistik Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) hat eine neue Strategie
Januar 2018	Emissionshandel ist fit für 2030 Instant Payment – WhatsApp für Geld?



Alle Ausgaben der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik
finden Sie im Internet unter
www.bmwi.de/Navigation/DE/Service/Monatsbericht/monatsbericht.html
